Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich NR. 286 15. Juni 1979 1,50 DM incl. 6%MWst. D 1870 CX



Rattles-Chef Achim Reichel: In Arbeitsuniform... ...und in Ausgehuniform: „Ich komme mir wie ein General vor."

Hamburg — „Das hätte ich nie gedacht! Daß mir das paßt!" Rattles-Chef Achim Reichel ist erstaunt. Jetzt gibt es nichts mehr, was dem frischgebackenen Panzergrenadier Reichel noch fehlt. Am Wochenende bezog er seine Uniformen: Eine Ausgehuniform, einen Dienstanzug, einen Kampfanzug und zwei Arbeitsuniformen, dazu von Mützen bis Socken, vom Mückenschleier bis zur Atomplane alles, was ein junger Soldat braucht.

„Ich komme mir wie ein General vor, wenn ich meine Ausgehuniform anhabe", lacht Achim Reichel. Der Chef von „Deutschlands Beat-Band Nr. 1" — so die Manager und Fans — war in der letzten Woche in die Hanseaten-Kaserne eingerückt, wie ABENDECHO ausführlich berichtete. Mit drei Tagen Verspätung.

Er wird behandelt wie jeder andere junge Soldat: Also mußten auch die Haare, bei Achim eine echte Beatles-Mähne, abgeschnitten werden. Jetzt erkennt kaum noch einer Hamburgs Beat-Liebling, wenn er über den Kasernenhof eilt. In Ausgeh- oder Kampf-Uniform.

Achims Privat-Anzüge, Privat-Krawatten, Privat-Hemden, Privat-Schuhe hängen zu Hause im Schrank. Seine Fans achteten darauf, daß er immer nach dem letzten Schick gekleidet war, wie das Vorbild aller Beat-Truppen, die Beatles. Und Achim enttäuschte seine Fans nie. Er war stets nach dem letzten Schick gekleidet.

„Und deshalb hätte ich nie gedacht, daß mir eine Uniform steht. Aber ich fühle mich jetzt ganz wohl darin. Was bleibt mir anderes übrig. Ich muß mich im Augenblick wie jeder andere Bundesbürger unterordnen. Mir tun nur meine drei Freunde leid", sagt er dazu.

Achims drei Freunde, die übrigen drei Rattles, hoffen nur eins: Daß ihr Chef doch noch einmal zurückgestellt wird. Rattles-Schlagzeuger Reinhard Tarrach, mit traurigem Gesicht Gast im Hamburger Star-Club, diesmal vor dem Podium: „Ich drücke Achim die Daumen!" Achim Reichel versucht am Donnerstag vor dem Verwaltungsgericht, eine weitere Freistellung zu erreichen.

NEUES VOM BILDERDIENST

Uns gibt es übrigens noch, auch wenn wir nicht ständig im ID Bilder ankündigen, haben wir doch zu fast allen aktuellen Themen Material. Also,wenn Ihr zu bestimmten Sachen Dokumaterial braucht, schreibt uns oder ruft uns an. Außerdem gibt es ab Montag, den 18. Juni Bilder von „Rock gegen Rechts" und dem Faschistenaufmarsch in Sachsenhausen.

Ulmbach – Ferien und Arbeiten auf dem Land

Seit einem Jahr sind wir sechs als Gruppe mit dem Ausbau der alten Schule in Ulmbach (südl. des Vogelsbergs) zu einer selbstorganisierten Begegnungsstätte beschäftigt. In der Zeit vom 15. Juli — 10. August möchten wir alle die Leute einla-



den, die sich für ein solches Projekt interessieren und mit uns an Haus und Garten zusammen arbeiten und Erfahrungen austauschen wollen. Bitte schreibt bzw. ruft uns an:

Begegnungsstätte Ulmbach, Wohn- und Arbeitskollektiv e.V. An der Kirche 18, 6497 Steinau-Ulmbach, Tel. 06667–222.

Schwalmstadt Hungerstreik der Ausländer: „Da müssen andere Gesetze her"

Der Hungerstreik von ausländischen Gefangenen im Knast Schwalmstadt-Ziegenhain (die Forderungen stehen im ID 281) ist abgebrochen worden, ohne daß ein konkretes Ergebnis erzielt worden wäre. „Ich habe den Leuten gesagt: was ihr wollt, die Gleichstellung der Ausländer mit den anderen Gefangenen, das ist vom Gesetzgeber ausdrücklich ausgeschlossen. Das kann nicht mal der Minister, da müssen Gesetze geändert werden," so der Vollzugsleiter zum ID. Die Gefangenen hätten daraufhin „aus Einsicht" aufgehört.

Kontakt: über Rechtsanwalt Michael Wagner, Markt 11, 3550 Marburg, Tel. 06421–22159.

Stuttgart – Erster Prozeß wegen Strompreisboykott

Am Freitag, dem 6. Juli 79, findet um 10 Uhr in der Uhlandstr. 14, Amtsgericht, Saal 6, der erste Strompreisboykottprozeß in Stuttgart (TWS: "atom"technische Werke Stuttgart) gegen Andreas und Dorothee Kleinefenn statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten!

Kontakt: Monika Anhorn, Machtolfweg 18, 7000 Stuttgart 80, Tel. 0711/727490 oder 0711/260654 (Wilfried)

Freiburg – Dritte-Welt-Plakat

Die Aktion Dritte Welt e.V. hat ein Plakat herausgegeben, das den Bereich Rohstoffe–Welthandel–Abhängigkeit thematisiert (Format 64 x 44 cm, zweifarbig). Es kostet eine Mark und ist zu beziehen bei:

Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Freiburg Diskussion zum geplanten Umweltchemikaliengesetz

Am Mittwoch, 20. Juni, findet um 20 Uhr im Umwelt-Info-Büro in der Habsburgerstr. 9 in Freiburg eine Veranstaltung zum geplanten Umweltchemikaliengesetz statt. Über Sinn und Zweck dieses Gesetzes, über den Widerstand der chemischen Industrie gegen eine effektive Umweltchemikaliengesetzgebung und über die tödlichen Risiken der Chemieindustrie wird Uwe Ruehling, Mitarbeiter der IG Chemie Ludwigshafen und des Öko-Instituts referieren. Angefragt ist auch ein Referent des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI).

Kontakt: Nikolaus Geiler, Kronenmattenstr. 8a, 78 Freiburg, 0761/77451

Nürnberg – Alternativ geht fast nichts schief

„Alternativ" wurde ein Begriff, der alles und nichts aussagt, zu dem viele mit ganzem Herzen stehen, und der andere völlig kalt läßt.
Herrschende Kräfte wie Parteien, Gewerkschaft, Kapital versuchen den ‚Alternativen' den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem Ökologie, mehr Menschlichkeit und Freiheit als eigene Ziele vorgegeben werden. Alternativen wären damit überflüssig, behaupten jene, die schon länger Macht und Funktion ausüben. Den Alternativen wiederum machen die Systemzwänge und eigene Unzulänglichkeiten schwer zu schaffen. Die Ökonomie bleibt auf der Grundlage des Geldes, Konkurrenz mischt immer mit, und die Konsummöglichkeiten sind als „alternative" oft sehr beschränkt. Streitigkeiten, Neid und Hilflosigkeit machen sich ebenso breit, wie Ohnmacht gegenüber Eingriffen und Vorschriften des Staates.
Zur Diskussion dieser Zusammenhänge wird es am Samstag/Sonntag den 23./24.6. ein erneutes „Tagträumen" im Kommunikationszentrum stattfinden (Beginn: jeweils 12 Uhr), auf dem sich alternative Ansätze von Stadt und Land vorstellen, darstellen und ausstellen. Themen und Arbeitsgruppen werden sein:
Handwerk/Kunsthandwerk und Werkstätten
Zeitungen und Bücher
Landleben und Ökologie
Kunst/Kultur und Kneipen u.v.m.
Zusammengefaßt werden soll das Ganztagesgeschehen (Stände, Ausstellungen, AG's, Dias und Filme etc.) in einer größeren Diskussionsveranstaltung am Sonntag gegen Abend. Das obligatorische Fest selbst (Musik, Tanz, Theater und Rausch) wird mittendrin am Samstagabend die ganze Geschichte hoffentlich auflockern und nicht beenden.
Wacht auf, . . . und fangt zu träumen an.

Tagträume II — 2. Alternativen-Treffen im Nürnberger Komm, Königsstr. 93, 85 Nürnberg.
Kontakt: Wolfgang Kischka, Kaulbachstr. 45, 85 Nürnberg.

Hohenstein Umwelttage

Vom Dienstag, den 19. Juni bis Sonntag, den 24. Juni finden an der Uni Hohenstein (bei Stuttgart) „Umwelttage" statt mit Veranstaltungen zu Theorie und Praxis alternativer Energiegewinnung, zu sanfter Technologie, biologisch-dynamischem Landbau. Freitag gibts ein Fest zur Sonnenwende. Die ganze Zeit über ist die Ausstellung „Sanfte Energie" (ID 271 und 278) zu sehen.

Kontakt: Günther Seufert, Lindenstraße 21, 7024 Bernhausen, oder telefonisch: 0711–60 22 81 (Susanne).

ERFAHRUNGEN EINER TRAMPENDEN FRAU

BERLIN 1. Juni *Im ID Nr. 283 haben wir einen Aufruf der ADAC-Motorwelt nachgedruckt. Darin wurden Tramper und Tramperinnen und deren „Mitnehmer" aufgefordert, Erfahrungsberichte an die „Motorwelt" zu schreiben. Wir waren auch neugierig darauf. Jetzt erhielten wir einen ersten Bericht von Cornel Grasmuck aus Berlin.*

„Trampen ist 'ne feine Sache. Auf diese Weise, Reisen ohne Beförderungskosten, bin ich schon ganz schön rumgekommen: Paris–Spanien–Berlin–Istanbul–Athen–Stuttgart ... und so weiter, nicht zu reden von den vielen Kleintrips innerhalb Deutschlands, die sich sehr günstig bewältigen lassen.

Mir macht es auch Spaß, mehr oder weniger dem Zufall zu überlassen zu sein. Bei schönem Wetter an der Autobahn zu stehen – vielleicht auch Stunden zu stehen – ist eigentlich kein Problem: Geschichten von 5-6-7 Stunden irgendwo in the middle of nowhere sind für mich eben nur Geschichten – wird mir nie passieren. Der Grund dafür ist ganz einfach: ich bin kein langhaariger Typ, auch kein kurzhaariger oder sonstwas für einer, nee, ich bin eine Frau.

Mitnehmerzielgruppe beim Trampen sind hauptsächlich Männer. Eine bunte Auswahl steht zur Verfügung: Die vornehmen Mercedesfahrer, die Fernfahrer, Vertreter, Familienpapis, die mittleren Selbstständigen auf Geschäftsreise, alles da. Leider fahren relativ wenig Freaks auf den Autobahmen. Sie sind die einzigen, zu denen ich Vertrauen habe, die haben wahrscheinlich entweder soviel gelernt über die Rechte der Menschen auf eigene Entscheidung über ihre Sexualität, auch der Frauen (!), oder sie haben genug Platz in ihrem Leben für ihre Sexualität ... jedenfalls ist es da ganz klar, daß du nicht auf'm Männeraufreißtrip bist, sondern irgendwo hin willst und sonst gar nichts.

Die anderen Exemplare männlichen Geschlechts sind da ganz anderer Ansicht: Das fängt beim Pfeifen in allen Tönen der Fernfahrer an, Türkenautos mit vier Mann darin wollen dich noch in ihre Mitte quetschen (ich mag die türkischen Landsleute in Deutschland, aber in Beziehung auf ihren sexuellen Notstand und die Mittel dagegen, die sie sich einfallen lassen, bin ich absolut mißtrauisch, zumal ein weibliches Verhalten, wie wir es drauf haben, nach ihrer Moral geradezu anbieterisch ist), vom offenen Angebot bis zu Bettelei um Zuwendung, plumpen Anträgen und subtil verpackten Geilheiten muß eine Frau beim Trampen auf alles gefaßt sein.

Dem zu entgehen gibt es nur zwei Möglichkeiten: Nicht mehr Trampen oder nur mit männlichem Schutz. Beide Möglichkeiten machen mich stocksauer. Wenn ich offensichtlich bereits das Besitztum eines anderen Mannes bin, dann bin ich vor dem Generve sicher. Habe ich keinen Beschützer, muß ich eben zuhause bleiben und sparen, bis ich das Geld für 'nen Zug habe. Die Männerherrlichkeit dieses Staates hat auch auf der Straße (naja, da ja sowieso), aber auch auf der Autobahn mal wieder voll zugeschlagen. Ich habe im Moment noch Angst davor. Ich werde also tatsächlich nur noch mit Beschützer oder gar nicht trampen.

Selbstverteidigung lernen und Sprühdosen mit Tränengas sind die kleinen Schritte, das Trampen auch für Frauen angenehm oder zumindest möglich zu machen ... aber es sind nur Kompromisse, Reaktionen auf die bestehende Diskriminierung der Frauen und Herabwürdigung zu Sexualobjekten und als solche langfristig unbefriedigend, da immer nur Stückwerk. Warten wir ab, was nach der Revolution so sein wird, und helfen wir ihr ein bißchen auf die Sprünge ... jede(r) da, wo sie es kann.

Kontakt: Cornel Grasmuck, Erdmannstr. 5, 1000 Berlin 62.

POLIZEI BESPITZELT SCHWULE

Köln 10. Juni *Von einem Essener Journalisten erhielten wir den folgenden Bericht:*

Als üble Nachrede sieht Kölns Polizeipräsident die Behauptung an, die Kölner Kripo bespitzele Homosexuelle, führe gesetzestreue Bürger in einer Schwulenkartei und huldige auf diese Weise "faschistischen" Ansichten. Wegen dieser Vorwürfe hat die Staatsanwaltschaft inzwischen beim Amtsgericht Köln Anklage erhoben.

Der Strafantrag geht von drei Beamten des Kölner Schwulen-Kommandos aus, "die als Angehörige eines Fahndungskommandos mit der Aufgabe betraut waren, mögliche Straftaten gegen Homosexuelle zu verhindern" – so schön sieht es der Staatsanwalt. Das Verfahren richtet sich gegen ein Kölner SPD- und Juso-Vorstandsmitglied, der als Verfasser eines Antrags seines SPD-Ortsvereins die Praktiken der Homo-Streifen der Kölner Polizei untersucht haben wollte. Insbesondere fuchst die drei Beamten und ihren Präsidenten der Vorwurf, "faschistisches Gedankengut sei darin zu erkennen, daß Polizeibeamten gesagt werde, Homosexuelle seien potentielle Triebtäter, neigten zur Prostitution und machten sich ständig an Minderjährige heran.

Aus der Anklage ist nicht zu erkennen, ob die Kölner Polizei nur ihre Maßnahmen für rechtens (eben nicht faschistisch) erklärt haben will, oder ob sie die Gerüchte bestreitet, daß die Kripo Spitzel an Homosexuellen-Treffpunkte entsendet, die dort Namen und Anschrift der Besucher für entsprechende Listen erfassen sollten. Kölns Homosexuelle erhoffen sich von dem Prozeß nun Aufschluß darüber, auf welche Weise sie tatsächlich unter Kontrolle gehalten werden. Daß heute noch Listen aller bekannten Homosexuellen geführt werden, daran zweifelt ernstlich niemand, so gesetzeswidrig diese Praxis auch ist. Der Mannheimer Staatsanwalt Dr. Wimmer erklärte laut 'Spiegel' im Fachblatt 'Kriminalistik' ganz offen, es gehe nichts "über ein mit griffelspitzerischer Sorgfalt geführtes Homosexuellen-Registers", so sehr auch "interessierte Kreise" dagegen Sturm liefen. Noch nie ist öffentlich dementiert worden, daß solche Register geführt werden. Es bleibt abzuwarten ob die Kölner Polizei das tut.

PÄDOPHILE JETZT IM VEREIN

KREFELD 11. Juni *Die Deutsche Studiengemeinschaft Pädophilie hat sich Anfang Mai als eingetragener Verein konstituiert. Dem Vorstand gehört u.a. der niederländische Sexualwiss. und Psychologe Dr. Frits Bernard (Rotterdam) an. Außerdem ist mittlerweile der Rundbrief Nr. 5 (Juni/Juli) der Gruppe erschienen. In einem beigelegten Selbstverständnis heißt es:*

„Die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) versteht sich zunächst als ein Forum für alle Personen, die sich grundsätzlich für die Legalisierung und Entkriminalisierung von Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen, bzw. zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, einsetzen; wobei auch die erotische und sexuelle Seite des zwischenmenschlichen Umgangs nicht ausgeschlossen wird. Die freie Willensentscheidung des jüngeren Partners und die absolute Gewaltlosigkeit sowie die Entwicklung von Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Kind sich entscheidende Richtwerte der DSAP für die Akzeptabilität solcher Beziehungen.

Berücksichtigung findet bei der Tätigkeit der DSAP im wesentlichen

– der erotisch-freundschaftliche Umgang von Jungen oder Mädchen (beliebigen Alters) mit entsprechend geneigten Erwachsenen. Dies wird als „Pädophilie" also „Liebe zu Kindern" bezeichnet.



– die Partnerschaft zwischen einem Jungen und einem Mann, die im klassischen Sinne als „Päderastie" (Knabenliebe) bezeichnet wird, als eine Variante der Pädophilie.

Warum wir uns organisieren

Die Notwendigkeit der Organisation, des solidarischen Zusammenschlusses und gemeinsamen Vorgehens gegen alle Formen der Unterdrückung von Äußerungen der Zuneigung, Zärtlichkeit und Liebe zwischen Kindern und Erwachsenen ergibt sich für die DSAP

– als Konsequenz aus der Existenz der §§174-176 StGB in der jetzigen Fassung, welche in der Rechtspraxis jede derartige Beziehung unter härteste Strafen stellt; was eine unhaltbare Situation in der Bundesrepublik darstellt;

– aus den Folgen von Rollenklischees sowie irrationaler körper-, sexual- und zärtlichkeitsfeindlicher Gesellschaftsnormen, unter denen bei genauerer Betrachtung fast die gesamte Bevölkerung leidet, nicht nur einzelne akut Betroffene des Sexualstrafrechts;

– aus der erdrückenden menschlichen Isolation, in die sich ungezählte Personen in Deutschland gedrängt sehen; Personen, die sich lieber aufrichtig und ehrlich zu ihrer Liebesfähigkeit zum Kind bekennen würden, dies aber wegen tiefgreifender Tabus, Vorurteile und vor allem wegen der Strafbarkeit, der die Kinderliebe ausgesetzt ist, nicht alleine schaffen;

– durch die mit diesem Tabu zusammenhängene Unterdrückung und Manipulation von Kindern und Jugendlichen, die wegen ihrer Beziehungen zu Erwachsenen bestraft, bevormundet und diskriminiert werden;

– aus dem Bestreben, durch gemeinsame Diskussionen und Aktionen eine breite Öffentlichkeit über Kinderliebe zu informieren. Hierzu sollen Aufklärungsmittel aller Art eingesetzt werden, wobei angestrebt wird, die Pädophilie zu einem Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zu machen.

Die DSAP hält eine erneute Strafrechtsreform mit dem Ziel der völligen Herausnahme aller die gewaltfreie Sexualität und zärtlichen Körperkontakte betreffenden §§ für dringend notwendig, ja sogar für gesellschaftspolitisch zwingend, da die z.Zt. gültigen Normen des Sexualstrafrechts die Aussagen der Sexual-, Erziehungs- und Sozialwisssenschaften nicht zur Kenntnis nehmen. Daraus ergeben sich menschliche Härtefälle und Kriminalisierung in Bereichen fundamentaler menschlicher Bedürfnisse. Betroffen hiervon sind auch alle fortschrittlichen Eltern, Erzieher und anderen Erwachsenen, die dem Kind eine eigenständige körperliche und psychische Integrität zugestehen und dies konsequent leben wollen. Wir halten dies für einen massiven Eingriff in das durch die Verfassung der Bundesrepublik garantierte Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Ein erklärtes Zwischenziel der DSAP ist es, das öffentliche Bewußtsein über das Thema Pädophilie aufzuklären, damit deutlich wird, wie weit der Schaden reicht, der durch die Strafbehörden an allen Beteiligten, also auch am Kind und dessen Familie, verursacht wird.

Die DSAP erklärt ihre volle Solidarität mit allen Personen oder Gruppen, die in dieser Richtung aktiv für eine Änderung des Sexualstrafrechts, d.h. für eine ersatzlose Streichung der §§ 174-176 eintreten, oder zumindest für eine drastische „Schutzalter"-Senkung als Schritt dahin. Außerdem muß der Gesetzgeber dahingehend eine schnelle Änderung der Rechtspraxis veranlassen, daß die Gerichte grundsätzlich einen angenommenen Schaden beim Kind auch nachweisen müssen, und zwar unter Berücksichtigung der modernen sexualwissenschaftlichen Standpunkte.

Hamburg **Liebe fragt nicht nach Gesetzen – Jungen mit den Augen eines Päderasten gesehen –**

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie stellt die Päderasten-Gruppe der Homosexuellen Aktion Hamburg Fotos, Gemälde, Zeichnungen und Gedichte von Olaf Stüben aus. Die Ausstellung ist vom 9. Juni bis einschließlich 30. Juni 1979 täglich von 12 – 24 Uhr geöffnet (montags erst ab 18.00 Uhr!!!) Der Eintritt ist frei.

Veranstaltungsort: Kommunikationszentrum und schwule Cafe-Kneipe „Tuc-Tuc", Ölkersallee 5, Hamburg-Altona (S-Bahn Holstenstraße, Bus 111 oder 115 bis Sternbrücke).

Das Forum der DSAP

Die Mitglieder und Interessenten der DSAP treffen sich monatlich zu gemeinsamen Gesprächen, um sich besser kennenzulernen und die weitere Arbeit zu planen (sogenannte „Regionaltreffen"). Etwa zweimal jährlich soll ein „Bundestreffen" stattfinden, dessen Zweck und Inhalt jeweils an der aktuellen Entwicklung orientiert sein wird. Etwa achtmal jährlich wird der „DSAP-Rundbrief" herausgegeben, ein Mitteilungsorgan, in dem neben organisatorischen Hinweisen theoretische Fragen zur Pädophilie und Möglichkeiten der Vorgehensweise in der Öffentlichkeit erörtert werden. Der Rundbrief dient hauptsächlich als internes Mittel der Information von Interessenten und Mitgliedern. Die Finanzierung der Arbeit der DSAP geschieht in der momentanen Struktur durch freiwillige Zuwendungen durch die Mitglieder und Sympathisanten. Entsprechend begrenzt ist der Aufwand, den die DSAP für ihre Arbeit aufbringen kann. Offizielle oder halboffizielle Zuschüsse erhält die DSAP bisher noch nicht. Die DSAP ist politisch unabhängig.

Forschung und Aufbau eines Dokumentationsarchivs

Die DSAP will die Pädophilie und die Reaktion der Gesellschaft auf sie erforschen. Ferner unterstützt sie jede objektive wissenschaftliche Untersuchung über das Thema, unabhängig davon, wer sie durchführt. Die DSAP trägt Material jeder Art zusammen, durch welches das Verständnis der Pädophilie gefördert wird.

Kommunikation zum Thema Pädophilie

Die DSAP will ein Kommunikationszentrum für das Thema Pädophilie sein. Wegen der räumlichen Entfernungen wird dabei die schriftliche Kommunikation im Vordergrund stehen.

Rechtsbeistand

Die DSAP bemüht sich, soweit dies in ihren Möglichkeiten liegt, bei der Beschaffung von Rechtshilfe behilflich zu sein. Auch bemüht sie sich, Informationen zur Rechtssituation der Pädophilen zusammenzutragen und weiterzugeben. Soweit dies im Einzelfall zu ermöglichen ist, versucht die DSAP auch Strafgefangenen oder Untersuchungshäftlingen, die wegen der §§ 174-176 in diese Situation gerieten, ihre Situation zu erleichtern.

Definition des Wortes „Pädophilie"

„Pädophilie" ist die menschliche Gegebenheit, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die von Kindern und Jugendlichen zum Erwachsenen, sowie die von Erwachsenen zu Kindern und Jugendlichen ausgehende Anziehungskraft, auch die sexuelle, von beiden Seiten als sehr bedeutsam erfahren wird. Jeden Erwachsenen oder Jugendlichen, für den diese Anziehungskraft eine so grundlegende Bedeutung hat, nennen wir Pädophilie, solange die Anziehung für ihn oder sie diesen Wert hat. Eine „pädophile Beziehung" ist gekennzeichnet durch gegenseitige Gefühle der Anziehung zwischen Kind bzw. Jugendlichen und Erwachsenen.

Kontakt: DSAP, Postfach 3236, 4150 Krefeld 1, oder DSAP, Postfach 320208, 4000 Düsseldorf 30

INTERNATIONALER ANTI-AKW-TAG PFINGSTEN 1979 CATTENOM AM 4. JUNI

Luxemburg
8. Juni

Kurzbericht über die Anti-AKW-Demo vom 4. Juni in Thionville (Frankreich) gegen das geplante AKW in Cattenom und im Rahmen der Pfingsttage gegen Atomenergie, organisiert von der Internationalen Konferenz der Anti-Atombewegung (Basel).

Die Demo in Thionville gegen die vier geplanten AKW's in Cattenom war organisiert worden für Pfingstmontag, den 4. Juni von der überregionalen Koordination der saarländischen, lothringischen, luxemburgischen und belgischen AKW-Gegner. Sie wurde mitorganisiert oder unterstützt von über 60 Organisationen, darunter der Parti Socialiste, der Federation Moselle (Frankreich), der SPD, den Jusos, SDAJ, SB, GIM usw. in der BRD. Die vom französischen Präfekten des Departement Moselle genehmigte Demonstration konnte aber nicht wie vorgesehen stattfinden.

Auf Anregung des französischen Innenministers Barre wurden die französischen Grenzen auf einer Länge von 250 km durch die französische Spezialpolizei CRS abgeriegelt. In Frankreich selbst sorgte ein Aufgebot von 5000 CRS-Polizisten dafür, daß über die Hauptstraßen in Frankreich die Atomgegner die Stadt Thionville nicht erreichen konnten. Starke Polizeiaufgebote sperrten die Grenzstellen Apach und Saarbrücken, wo die luxemburgischen und deutschen Atomgegner die Grenzen überschreiten wollten. Alles was irgendwie nach Atomgegner aussah, wurde zurückgewiesen, wobei die französische Polizei die Arbeit erleichtert bekam dadurch, daß die deutsche Polizeizentrale aus Wiesbaden den französischen Behörden eine Liste von 650 Atomgegnern übermittelt hatte. Neben bei haben die französischen und deutschen Grenzbehörden eifrig fotografiert. Nach zähen Verhandlungen beschlossen daraufhin zuerst die luxemburgischen Atomgegner, teilweise schon von den deutschen Freunden unterstützt, die das Wochenende in einem Pfingst-Lager in Remreschen (ebenfalls ein Baugelände für ein eventuelles AKW in Luxemburg) verbracht hatten, ab 10 h die luxemburgischen Grenzübergänge in beiden Richtungen zu sperren, besonders in der Dreiländerecke Peri/Apach/Schengen. Sie erhielten gegen 14 h Verstärkung durch die deutschen Freunde aus dem Saarland. Neue Verhandlungen wurden aufgenommen, aber ohne Erfolg.

Daraufhin beschlossen die AKW-Gegner erst gegen 16 h alle Grenzblockaden aufzunehmen (die Demo in Thionville war für 17 h angesetzt) und fuhren über Remerschen geschlossen nach der Hauptstadt Luxemburg. Ein imposanter und dynamischer Umzug von 2500 Atomgegnern zog durch das Zentrum der Stadt Luxemburg zum französischen Konsulat. Dies war inzwischen von der luxemburgischen Polizei, einem kleinen Aufgebot der Armee und anscheinend in Anwesenheit des deutschen Bundesgrenzschutzes vollständig abgeriegelt worden. Vor dem Konsulat wurde alsdann ein Meeting abgehalten, während dem Vertreter der luxemburgischen Atomgegner, der BBU, der Internationalen Koordination und der Saarbrücker Bürgerinitiative das Wort ergriffen. Während einer Minute wurde ebenfalls der erschossenen Atomgegnerin in Tudela (Spanien) gedacht. Die Ansprachen drehten sich hauptsächlich um den Widerspruch zwischen dem Europa, das uns vorgegaukelt wird einerseits, und andererseits dem konkreten Europa der geschlossenen Grenzen für Atomgegner unter dem Druck der internationalen Atomlobby. Die Vertreter der Internationalen Koordination riefen zum Schluß auf, ebenfalls in andereren europäischen Städten Demos vor den französischen Botschaften zu organisieren.

Inzwischen hatten an die 1500 (10.000 waren erwartet) Atomgegner in Thionville demonstriert und wollten anschließend teilweise ebenfalls nach Luxemburg kommen. Aber auch dann gab es Schwierigkeiten an der Grenze, diesmal in umgekehrter Richtung. Insgesamt fanden die Aktionen der Atomgegner großen Anklang, besonders in Luxemburg, dies eine Woche vor den Europawahlen. Eine weitere Antwort im Rahmen der Internationalen Konferenz der Anti-Atombewegung wird wohl nicht allzulange auf sich warten lassen.

Am 7. Juni machten dann auch noch ca. 100 Leute eine symbolische Aktion vor der französischen Botschaftsresidenz in Luxemburg. Sie zäunten das Haus mit Stacheldraht ein, verteilten Flugblätter und machten ihrem Unmut über die Grenzschließungen Luft.

Kontakt: Atomix-Redaktion c/o J. P. Weydert, 28, rue Jean l'Aveugle, Luxemburg

6. ARBEITSTREFFEN VON WISSENSCHAFTLERN GEGEN ATOMANLAGEN

Trebel/Lüchow-Dannenberg
30. Mai

Am Wochenende 26./27. Mai fand in Trebel ein Treffen von Wissenschaftlern gegen Atomanlagen statt, an dem etwa 40 Personen aus dem nördlichen Bundesgebiet und Atomgegner aus dem Wendland teilnahmen. Diskutiert wurde über die Albrechtentscheidung zur WAA Gorleben, Harrisburg und die Folgen und über weitere Fälle von Kriminalisierung von AKW-Gegnern. Wir dokumentieren einen Bericht der Hamburger Brokdorf-Prozeßgruppe über diese Tagung:

Einschätzung der Albrecht-Entscheidung

Albrecht hat die Ablehnung der WAA nicht mit Problemen der technischen Realisierbarkeit begründet, sondern mit politischen Gründen. Wir interpretieren das so, daß er sich erst der „Rückendeckung" der anderen Parteien versichern will, bevor er das Projekt für durchsetzbar hält und/oder vorhat, nach Bonn zu gehen, und sich dann eine Nachfolge-Regierung nicht an diese Entscheidung gebunden zu fühlen braucht. Im Zeitplan der DWK bedeutet dies ohnehin keine Verzögerung, da der Genehmigungsantrag der DWK auf ein Eingangslager nicht abgelehnt wurde und der Bau der WAA sowieso zu einem späteren Zeitpunkt geplant war. Die von Albrecht geforderten „in sich siche-

ren" Eingangslager bringen mit Sicherheit andere Gefahren verschiedener Art (z. B. höhere Freisetzung von Radioaktivität durch Korrosion) mit sich und es ist nicht klar, ob sie technisch realisierbar sind.
Daß das Projekt nicht vom Tisch ist, wird u. a. auch aus der weiteren Präsenz von Polizei und BGS deutlich. Außerdem hat Albrecht in seiner Erklärung durchblicken lassen, es könnte sich die Situation ergeben, daß das Volk aus lauter Energiehunger nach Wideraufbereitung schreit und dann wäre die Lage anders.
Weiter Punkte sind:
- die Tiefbohrungen sollen durchgeführt werden;
- die Polizeikaserne in Lüchow soll gebaut werden;
- die hydrogeologischen Bohrungen laufen weiter.

Dies paßt alles noch in den Zeitplan der DWK. Die Absicht, die dahinter steckt, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, daß keine WAA gebaut wird, ist, die Menschen, die mit dem Widerstand begonnen haben, zu desorientieren, indem vom praktischen Widerstand weg auf die Ebene von parlamentarischen Auseinandersetzungen und Bürgerdialoge orientiert wird.
Selbst die **„kleine Lösung ohne WAA"** stellt eine Zerstörung der Landschaft und der Strukturen im Landkreis und eine große Gefährdung der Bevölkerung dar, denn die radioaktiven Abfälle können auf verschiedenen Wegen in die Umwelt gelangen. (Kontakt mit dem Grundwasser, Grubeneinstürze, etc.)
Die existierenden Pläne haben nur scheinbar mit der Frage der Behandlung des existierenden Atommülls zu tun. Wir fordern, daß nach der sofortigen Stillegung aller AKW's das gesamte Potential der Atomforschungszentren dafür eingesetzt wird, die am wenigsten schädliche Behandlung zu entwickeln. Eine unschädliche Lösung des in unverantwortlicher Weise bisher produzierten Atommülls existiert ohnehin nicht.

Zur Lage nach Harrisburg

Die Katastrophe von Harrisburg ergab sich als eine Kombination einer Reihe von verhältnismäßig einfachen technischen Pannen, wie sie so oder ähnlich auch in deutschen AKW's passiert sind oder passieren können. Das geht unter anderem auch aus Geheimprotokollen der Reaktorsicherheitskommission hervor. Diese Kombination war in den theoretischen Sicherheitsanalysen nicht berücksichtigt worden. Eine Nachrechnung nach der gängigen Theorie ergab, daß sie einmal in 100 Billionen Jahren auftreten dürfte.
Die Stellungnahmen der deutschen offiziellen Reaktorsicherheitsexperten, die herausarbeiten, daß dieser ganz spezielle Unfallverlauf in deutschen AKW's unmöglich sei, gehen am Kern der Sache vorbei.
Denn es hat sich gezeit, daß ein Unfallverlauf möglich ist, der weit über das hinausgeht, was als „Auslegungsstörfall" oder GAU eingeplant ist, und auf den hin die Sicherheitsvorkehrungen ausgelegt sind.
Wie aus uns vorliegenden Sicherheitsprotokollen der amerikanischen Kommission für kerntechnische Regeln (NRC) hervorgeht, hatten die Techniker für längere Zeit den Reaktor nicht unter Kontrolle, und eine noch wesentlich größere Katastrophe wurde durch puren Zufall und nicht durch geplantes Eingreifen vermieden. Auch so muß man damit rechnen, daß die Zahl der Opfer in die Hunderte oder Tausende geht, die in den nächsten Jahren an Krebs und anderen Krankheiten sterben werden.
Dies bestätigt unsere Meinung, daß ein so kompliziertes Gebilde wie ein AKW überhaupt nicht in allen Verhaltensweisen vorhergesehen und vorherprogrammiert werden kann. . Wegen der katastrophalen Folgen eines schweren Unfalls, bei dem die Zahl der Opfer in die Hunderttausende gehen kann, muß unserer Meinung nach die Konsequenz sein, alle AKW's auf der Welt sofort stillzulegen.
Von der Betreiberseite wurde vor einigen Jahren erklärt, man müsse hoffen, daß die nächsten 20 Jahre ohne schweren Unfall vorübergehen. Dann sei die Atomenergie so sehr in die Wirtschaft verankert, daß die Menschheit auch nach einer schweren Katastrophe nicht mehr zurück könne. Heute ist noch Zeit zur Umkehr, – heute wird nur ein geringer Prozentsatz des Stromes aus Atomenergie erzeugt, der leicht durch andere Energiequellen ersetzt werden kann.
Alle in den nächsten Monaten zu erwartenden Behauptungen über „akute Stromknappheit" entbehren ebenso jeder realen Grundlage wie die angebliche „Ölkrise" 1973, als in Wahrheit die Öltanker auf den Meeren gestoppt wurden, weil die Vorratstanks in den Häfen überliefen.
Wir werden insbesondere versuchen, zusammen mit den Bürgerinitiativen an den Standorten Brunsbüttel, Stade, Esensham, Würgassen, Biblis, Kalkar, Neckarwestheim, Obrigheim, Ohu durch bisher noch nicht bekanntes Material über skandalöse Zwischenfälle und Defekte in die öffentliche Auseinandersethung einzugreifen. Ebenso werden wir die gängige Begriffsverwirrung der Betreiber mit Fachworten wie rem, zulässige Dosis, Entsorgung usw. angreifen

Solidarität mit verfolgten AKW-Gegnern

Uns erreichte die empörende Nachricht, daß der Arzt Dr. Klaus Peter Rüppell von seinem Arbeitgeber, dem Kreiskrankenhaus Heide/Dithmarschen, mit folgenden Gründen fristlos gekündigt wurde:
1. Er habe unter Patienten und dem Krankenhauspersonal lautstark für eine Atom-Gegner-Demonstration geworben
2. Er habe Flugblätter im Dienst verteilt
3. Er habe in seinem Dienstzimmer ein Anti-Atom-Plakat aufgehängt
4. Er habe mit einer Anti-Atom-Plakette vor dem Kopf seinen Dienst versehen.

Nach unserer allgemeinen Auffassung und nach dem ärztlichen Ethos ist der Arzt verpflichtet, als Treuhänder für Leben und Gesundheit aufzutreten , und das heißt auch, sich stets vorsorgend zu wehren gegen mögliche Gefährdungen und Schädigungen der lebenden und künftigen Generationen. Spätestens seit dem Unfall in Harrisburg sind Atomkraftwerke für jeden erkennbar derart in Zweifel geraten, daß ein Krankenhausträger als verantwortliche Einrichtung zum Schutz von Gesundheit und Leben unmöglich einen von ihm abhängigen Arzt fristlos aus dem Dienst entlassen kann, nur weil dieser Arzt sich gegen die Gefahren einer atomaren Verseuchung gewandt hat, also nicht pflichtwidrig, sondern in Ausübung seiner ärztlichen Vorsorgepflicht gehandelt hat.
Das Vorgehen gegen Dr. Rüppell ordnet sich in die zunehmenden Maßnahmen gegen Atomgegner ein. Es soll damit erreicht werden, die Atomgegner einzuschüchtern und ihren Widerstand gegen Atomanlagen als kriminell abzustempeln.
Wir fordern die sofortige Rücknahme der Entlassung von Dr. Rüppell!

Ebenfalls erreichte uns die Nachricht, daß Gerd Kovacs vom Amtsgericht Hameln zu acht Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde. Ihm war trotz erheblicher Identifizierungsschwierigkeiten vorgeworfen worden, am Abräumen eines Baufahrzeuges für das AKW Grohnde beteiligt gewesen zu sein.
Aus aktuellem Anlaß fordern wir fener die Einstellung des Berufsverbotsverfahren gegen Prof. Jens Scheer, der als einer der Begründer der wissenschaftlichen Atomenergie-Kritik in der BRD gilt. Hier steht in diesen Tagen eine erneute Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Bremen am 6.+7. 6. an.
Ebenso fordern wir die Einstellung des derzeit vor dem Landgericht Itzehohe anhängigen Strafverfahrens, in dem ihm und U. Lenze der absurde Vorwurf gemacht wird, zwei Rädelsführer der zweiten Demonstration gegen das AKW Brokdorf gewesen zu sein.

Wir fordern ferner die Einstellung des Verfahrens gegen P. Gurr, der anläßlich einer Demonstration gegen das AKW Brokdorf in Hamburg festgenommen worden war, und das am 30, Mai in Hamburg begonnen hat.

Wir fordern die Aufhebung der Haftbefehle gegen Eso Oldefest und Karl Winter, wir fordern die niederländische Regierung auf, ihnen Asyl zu gewähren.
Darüberhinaus fordern wir die Einstellung aller Verfahren, Aufhebung aller Urteile, Schadensersatzforderungen und sonstigen Gerichtskosten gegen AKW-Gegnern.
Die Bewegung darf sich die Formen ihres Widerstandes nicht von denen vorschreiben lassen, die Atomanlagen bauen, bzw. sie politisch ermöglichen. Denn kriminell ist es, AKW's zu bauen bauen, nicht, sie zu verhindern!

Nachbemerkung

Mit welchen Polizeistaatsmethoden im Landkreis Lüchow-Dannenberg Gegner der WAA bespitzelt werden, mußten wir am eigenen Leib erfahren. BGS-Fahrzeuge fuhren im Abstand von zwei Minuten am Tagungsort mit geringer Geschwindigkeit vorbei, bei Spaziergängen wurden wir im Schrittempo verfolgt, wurden bei der Besichtigung der Bauernhöfe vom BGS gefilmt und die Tagung wurde teilweise mit einem Richtmikrophon abgehört. Das Lauschfahrzeig entfernte sich sehr schnell, als wir gemeinsam darauf zugingen.
Kontakt: Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU-Hamburg c/o Laden Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel.: 040 / 40 27 82

FREIHEIT FÜR KARL UND ESO

HILDESHEIM
12. Juni

Karl und Eso, zwei verurteilte Grohnde-Demonstranten, haben sich ihrem Knastantritt durch Flucht nach Holland entzogen. Dort haben sie poliitsches Asyl beantragt.
In Holland gibt es bereits eine Bewegung, die den Antrag von Karl und Eso unterstützt, aber auch von der deutschen Anti-AKW-Bewegung muß Druck auf die holländischen Gerichte ausgeübt werden, der ihnen zeigt, daß die Grohnde-Prozesse poliitsche Prozesse waren und Karl und Eso wegen ihrer Gesinnung verurteilt worden sind.
In Hildesheim haben wir folgende Resolution verabschiedet, um die Diskussion in die Öffentlichkeit zu tragen und vor allem um Karl, Eso und deren Anwälten etwas in die Hand zu geben, das zeigt, daß sie auch von einer breiten Öffentlichkeit in der BRD unterstützt werden.
Wir hoffen, daß diese oder eine ähnliche Resolution auch in anderen Orten und Gruppen diskutiert und verabschiedet wird.

Resolution

Advokatenkollektief "de Pijp"
Dolf Hartkamp, Hans Langenberg, Arnoud Willems
van Ostadestraat 286
1007 EC Amsterdam
Niederlande

„Wir, die Unterzeichner, unterstützen die verurteilten Grohnde-Demonstranten Karl Winter und Helmut Oldefest (Eso) in ihrem Ersuchen um politisches Asyl in den Niederlanden.
Die Prozeßführung seitens der BRD-Justiz zeigte uns deutlich, daß einige AKW-Gegner exemplarisch hart verurteilt wurden, um uns von unserem weiteren Widerstand gegen das Atomenergieprogramm abzuschrecken. So wurden gegen Karl und Eso Haftstrafen von 13 bzw. 12 Monaten ohne Bewährung verhängt.
Die immer häufiger auftretenden Störfälle und Katastrophen in Atomkraftwerken (Harrisbourg und in der BRD z.B. Brunsbüttel) beweisen, daß unser Widerstand gegen Atomanlagen berechtigt und notwendig ist.
Des weiteren befürchten wir, daß Karl und Eso in BRD-Gefängnissen Sonderbehandlung und Isolationshaft drohen.
Auch der niederländischen Justiz und Öffentlichkeit wird bekannt sein, daß derartige Haftbedingungen eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Strafgefangenen darstellen.
Unser politischer Kampf für das Leben bedeutet auch den Kampf um das persönliche Leben Einzelner!

Wir fordern für Karl Winter und Helmut Oldefest politisches Asyl in Holland, ersatzweise keine Auslieferung der genannten an die BRD!

Wir fordern die Aufhebung aller Verurteilungen und die Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner!

Arbeitskreis gegen Atomanlagen
Grohnde-Gruppe
Hildesheimer Grohndedorfgeräumte
Amei's Buchecke
Antifaschistischer Arbeitskreis
Gruppe Hildesheimer ZDLer und Kriegsdienstgegner
VV des KUKUK (Verein zur Förderung von Kultur, Kunst und Kommunikation)

Kontakt: Grohnde-Gruppe c/o Jutta Gunkel, Bugenhagenstr. 11, 3200 Hildesheim

ZERSTÖRUNG DES JADERAUMS: INDUSTRIE IM WATT IST ZU VERHINDERN

WILHELMSHAVEN
25. Mai

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven teilt mit:

In Wilhelmshaven wird zur Zeit eines der größten umweltzerstörenden Industrieprojekte der Gegenwart durchgeführt. Gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung in Wilhelmshaven und Friesland, versucht die Stadtverwaltung in Wilhelmshaven unter Regie von Oberstadtdirektor Eickmeier (SPD), die Zerstörung eines gesunden und für die Erholung wichtigen Küstenstreifens und seine Verwandlung in ein zweites Ruhrgebiet zu betreiben.

Millionen von Quadratmetern herrlicher Wattlandschaft wurden innerhalb kurzer Zeit eingedeicht und zur Industrialisierung erschlossen. Eine Chlorgasfabrik (Alusuisse), ein Kohlekraftwerk (Nordwestdeutsche Kraftwerke), eine Großraffinerie (Mobil Oil), sowie ein im Entstehen befindliches Chemiewerk (ICI, ausgesprochen unschüchtern: Imperial Chemical Industries, die deutsche Tochter eines britischen Chemiekonzerns) befinden sich auf dem Groden, im Wattenmeer. Weiter ist ein Flüssigerdgasterminal in nächster Nähe des Chemiewerkes in fester Planung.

Trotz größter Proteste und Demonstrationen innerhalb der Bevölkerung wurden diese Projekte von der Stadt Wilhelmshaven durchgesetzt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven (BUW) hat es sich seit zwei Jahren zur Aufgabe gemacht, diese Industrialisierung zu verhindern. Es ist aber für die BI sehr schwer, etwas zu unternehmen, wenn die Auseinandersetzung auch ein Kampf gegen die lokale Presse (Wilhelmshavener Zeitung) ist. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven hat daher eine Broschüre herausgegeben, in der die jetzige Lage in Wilhelmshaven dargestellt ist. Es ist für die Initiative sehr wichtig, wenn überregionale, kritische Blätter von dieser Auseinandersetzung Notiz nehmen und die Zustände in Wilhelmshaven zu publizieren helfen, damit das Geschehen in dieser Region einer großen und breiten Bevölkerungsschicht zugänglich gemacht wird.

Die Broschüre informiert über das Industrieansiedlungsprojekt im Jaderaum und über die Gefahren der Chemie (VC und PVC) und ist zu bestellen bei:
Hannes Klöpper, Weserstraße 24, 2940 Wilhelmshaven, Tel. 04421–44000 oder
Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven, c/o Rainer Bergner, Kettenstraße 42, 2940 Wilhelmshaven.
Die Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven ist für jede Unterstützung dankbar und würde sich freuen, wenn es zu einer Kontaktaufnahme kommen würde.

„WIR WARTETEN AUF EINEN LASTER MIT ABGEBRANNTEN BRENNSTÄBEN"

Chicago/München/Ffm
1. Juni

Dieser Brief kommt von einer Frau aus Chicago/Illinois, die in der dortigen Anti-AKW-Bewegung mitarbeitet. Er ist bereits am 5. April geschrieben worden:

„. . . Ich bin beunruhigt, daß sogar dieser Unfall in Harrisburg, wenn nicht noch etwas schlimmeres nachkommen sollte und jemand nachweislich, d. h. jetzt an seinen Folgen sterben sollte, nicht hinreicht, um die Atomkraft in diesem Lande zum Stoppen zu bringen. Die Energieversorgungsunternehmen behaupten schon wieder, daß es da gar keine Krise gäbe: Es wird konstant gelogen und sich widersprochen: Es gäbe keine Hinweise darauf, daß die momentane Freisetzung von Radioaktivität gefährlich sei und Krebs erzeugen würde. Immernoch behaupten sie, daß keiner davon betroffen wäre: das ärgert und beängstigt uns zugleich.

Aber es hat auch sein Gutes: Viele Menschen entwickeln ein starkes Mißtrauen gegen die offiziellen Verkündungen.
Wir, die Chicagoer Bailly Alliance, antworteten auf diese Situation, indem wir am Fretag in der Nacht zum Atomaren Zwischenlager nach Morris/Illinois fuhren, dort zelteten und auf einen Laster mit abgebrannten Brennstäben warteten. Wir wußten, daß er kommen mußte. Vor der Katastrophe in Harrisburg hatten die Leute in Morris Schwierigkeiten, Leute zu solchen Aktionen zu bewegen. Entweder hatten sie Angst, oder sie sahen das Problem nicht. Jetzt hat sich das geändert. Daß es dazu immer erst eriner Katastrophe bedarf, ist schrecklich.

Der Laster kam um 10.00 Uhr morgens. Wir umzingelten ihn und vier Frauen und ein Mann blockierten ihn durch hinsetzen — ziviler Ungehorsam —. Die Polizei kam mit ungefähr sechs Wagen und schleppte sie weg. Aber sie verhafteten keinen. Meine Freundin Carol sagte zu dem sie wegtragenden Polizisten: „Das solltet ihr nicht tun. Ich tu das für meine Kinder", worauf der Polizist antwortete: „Ihr solltet das im ganzen Land machen . . . "
Interessant an der Geschichte war, daß eben dieser Laster von Leuten aus La Crosse/Wisc. verfolgt worden war, die über seine Route genau Protokoll führten. Der Laster verließ La Crosse um Mitternacht, um eventuelle Demos zu vermeiden. Es handelte sich nämlich um den fünften von sieben fälligen Transporten und vier Wisconsiner waren bei der Blockade eines früheren Lasters bereits verhaftet worden. Jedenfalls erzählten die Verfolger, daß der Transport mitten durch die großen Städte ging, vorbei an Spielplätzen mit Kindern, Schulen, über alte, rostige Brücken. Dabei überschritt er permanent das Tempolimit. Von der Polizei wurde er nur bis Madison eskortiert (ca. die halbe Strecke). Einmal stoppte der Fahrer zum Essen und schloß den Transporter weder ab noch hinterließ er eine Wache! Die Wisconsiner sagen, daß diverse Sicherheitsvorkehrungen mißachtet worden wären, unter anderem die, unter anderem die, daß der Transporter von einer Schutzabschirmung hätte verhüllt sein sollen. Sie sagten, es sei gefährlich gewesen, sich in der Nähe des Transporters aufzuhalten, da er 15 mrem/std. abstrahlte. Der Fahrer hätte in dieser Zeit wohl 12.000 mrem abbekommen. Möglicherweise natürlich auch viele Kinder und die Umwelt.

New York City hat ein Gesetz verabschiedet, das den Transport solcher abgebrannter Brennstäbe ganz verbietet. Der Oberstaatsanwalt (attorney general) versucht momentan, 50 solcher Transporte, die die ganze Strecke von Californien herkommen sollen, zu verhindern!! Wenn wir es nicht legal verhindern können, müßen die Californier die Laster demonstrativ verfolgen, sie an verschiedenen Stellen blockieren und vor allem die Leute entlang der Route aufklären. Es hat ja bereits 144 Unfälle mit solchen Transportern von 1971—1977 gegeben. Bei 36 davon wurde Strahlung freigesetzt. Ein Offizieller vom New Yorker Gesundheitsamt warnte bereits, daß ein schwerer Unfall bis zu 10.000 Soforttote bewirken könne und bei bis zu einer Million Menschen Krebs erzeugen könnte. Morris/Illinois wurde vor kurzem dazu auserwählt, einer der möglichen Standorte für die zentrale Endlagerstätte von Atommüll zu werden. 11 Staaten haben bereits Gesetze gegen solche Endlagerstätten auf ihrem Territorium verabschiedet. 15 weitere haben ähnliches vor. Wir müssen wirklich dagegen kämpfen!!

Dieses Wochenende planen wir die Aktionen für diesen Sommer. Lisa (auch aus der Chicagoer Gruppe) und andere sind in South Dakota bei der Black Hills Conference. Denn 80% des Uraniumvorkommens befinden sich auf indianischem Boden und die Leute aus dem Midwest arbeiten mit den Indianern aus den Black Hills (an der Grenze South Dakota—Wyoming gelegen) zusammen um eine weitere Enteignung indianischen Landes und weitere Abschaffung indianischer Rechte zu verhindern (es existieren nämlich bereits Gesetzesvorschläge, wonach Energieträger auf indianischem Land weitgehend ohne die Indianer zu fragen von den Weißen abgebaut werden können. Die Beschneidung der eh schon minimalen Rechte der Indianer wird also eiskalt mit der Energiekrise begründet. Besonders ein Senator Kennedy tut sich dabei unrühmlich hervor..."

TREFFEN VON US-MILITÄRGESCHÄDIGTEN

ERLANGEN
31. Mai

Von der Bürgerinitiative, die gegen den geplanten Bau von Munitionsbunkern im Reichswald bei Erlangen kämpft, (ID 283) stammt die folgende Einladung zu einem überregionalen Treffen:

Die Bürgerinitiative gegen Munitionsbunker will ihren Widerstand auf noch breiterer Basis organisieren. Sie veranstaltet am **14./15. Juli in Erlangen** ein Treffen der „Militärgeschädigten in der alten amerikanischen Besatzungszone". Dazu werden Vertreter aller Orte aus dem süddeutschen Raum eingeladen, die durch neue militärische Anlagen betroffen sind: Nürnberg, Fürth, Schwabach, Landshut, Augsburg, die Mainschleife bei Nordheim, Mannheim, Wehrheim/Taunus, Freigericht und Köppern in Hessen, Bamberg , Kitzingen, Schwabhausen u.a.

Auf dem Treffen soll insbesondere diskutiert werden über den Stand der jeweiligen Planungen und Bauvorhaben, über die Inhalte und Formen der örtlichen Proteste sowie über Möglichkeiten gemeinsamer Widerstandsaktionen. Auf dem Programm steht auch die Mitarbeit an einer „Karte aller militärischen Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland", die von einer Bremer Bürgerinitiative angeregt worden ist. Diese Karte soll der Bevölkerung deutlich machen, wo überall Munitionsdepots, Raketenbasen, Schießplätze und dergleichen stationiert bzw. geplant sind.

Die Bürgerinitiative will mit dieser Aktion unterstreichen, daß es ihr nicht allein um die Bunker „vor der Haustüre" geht. Sie will vor allem auf die mangelhafte politische Kontrolle der militärischen Entscheidungen aufmerksam machen. Alle Parteien, Politiker und Gemeinden unserer Region haben sich gegen die Munitionsbunker im Reichswald ausgesprochen, doch haben sie bisher nicht erreichen können, daß auf den Bau verzichtet wird. Eine breite öffentliche Diskussion solcher Sachverhalte soll den Bürgern bewußt machen, daß sie sich und wie sie sich wehren können.
Wir bitten interessierte Gruppen (wegen der Organisierung von Verpflegung und Unterkunft) um Anmeldung bis spätestens 30. Juni an folgende Adresse — mit Angabe der voraussichtlichen Teilnehmerzahl.

Kontakt: Bürgerinitiative gegen Munitionsbunker, Schleifweg 7a, 8521 Uttenreuth, Tel.: 09131—57567.

NEUES VON DER HÜTTE AM DAMM

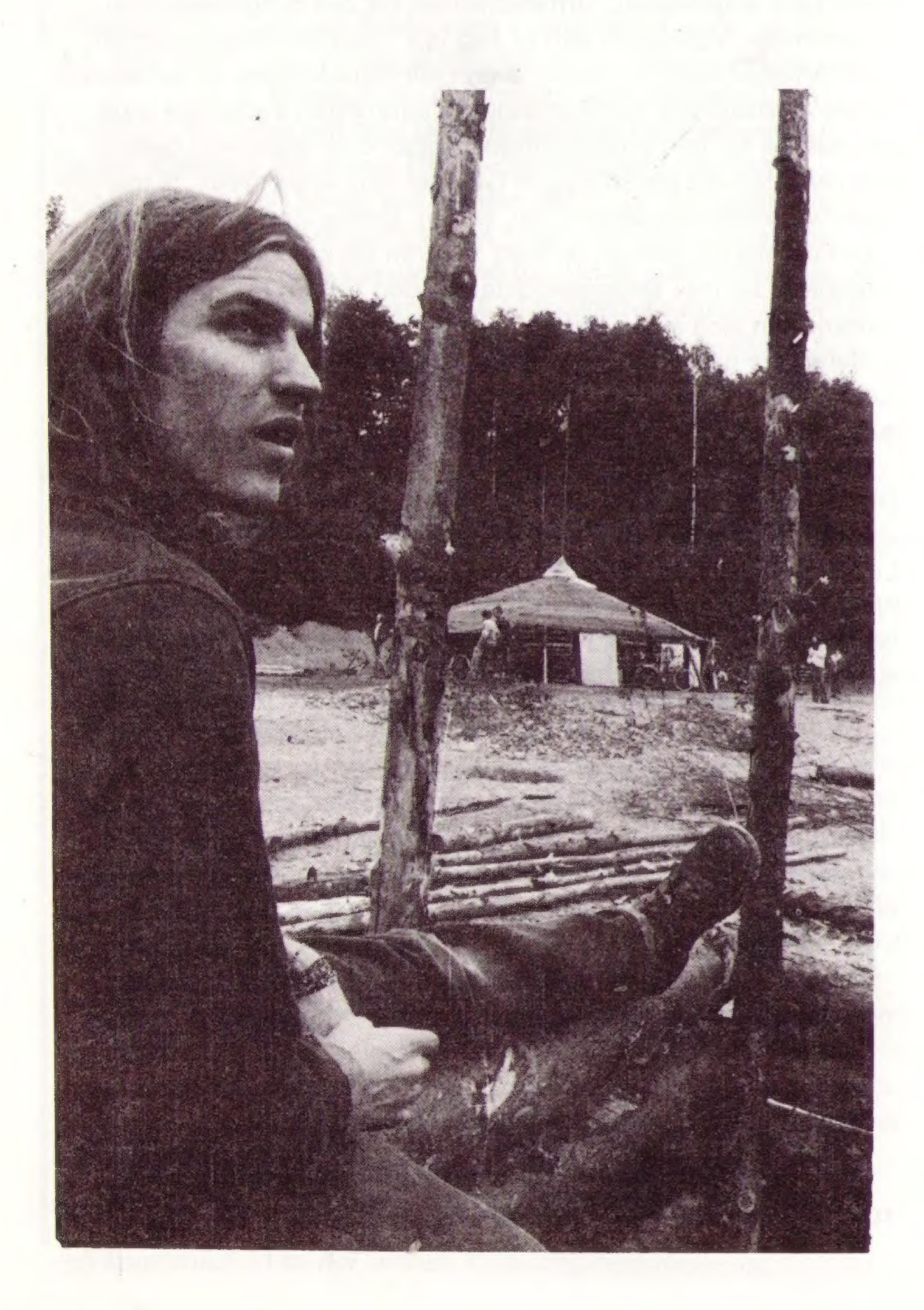
Königstein/Kelkheim (Taunus)
12. Juni

Die Platzbesetzer vom Taunus haben sich wieder gemeldet. Hier ist Ihr Artikel:

Seit sechs Wochen Platzbesetzung gegen den Bau der neuen Bundesstraße Kelkheim/Königstein - eine vierspurige Autobahn, genannt Schnellstraße, durch den Taunus. 30 000 Bäume würden dafür abgeholzt. Weitere direkte Informationen haben wir ja schon mal hier (ID 282) veröffentlicht. Soweit also die äußeren Umstände.

Was alles anfing

Interessanter finden wir es für uns, vielleicht auch für euch, vom Leben bei uns zu berichten. Zum Schrecken der Behörden breiten wir uns auf dem Damm immer mehr aus, zu der riesigen Rundhütte ist noch ein Schlafhaus dazugekommen, eine Werkstatt, ein Ofen, ein Kinderhaus, eine durch Sonnenkollektor erwärmte Dusche und noch vieles mehr ist im Entstehen. Die ersten Anfänge von Ackerbau und Viehzucht werden auch gemacht.
Es macht uns Spaß, diese Sachen zu machen und eine Menge primitives Leben zu lernen, entgegen unseren sonstigen Stadtwohnungs-, Geldeintausch- und Mit-dem-Auto-Leben-Erfahrungen.
Im Widerspruch dazu steht allerdings die Öffentlichkeitsarbeit und unserer Arbeitsplatz, wo wir immer wieder als zivile Bürger erschienen müssen, uns vielleicht umziehen müssen, duschen müssen und wo wir auch von unseren Autos abhängig sind. Da entwickelt sich schon eine Schizophrenie — entweder die Unlust, jetzt weg vom Hüttendorf gehen zu müssen und aus den Gewohnheiten dort herausgerissen zu werden, oder aus Frankfurt von der Arbiet zurückzukommen oder aus Königstein vom Infostand und — umschalten.
Unser Dorf hatte von Anfang an zwei Funktionen: Aktion gegen die B8 und damit gegen die gesamte Verkehrsplanung in der Bundesrepublik, und Kommunikationszentrum. Unsere Haupthütte hat auch das Straßenschild, Jugendzentrum — Haus am Damm 1, bekommen. Diese beiden Funktionen sind manchmal nicht leicht unter einen Hut zu bekommen, da viele Jugendliche aus der Gegend kommen, weil sie grillen, trinken und sich unterhalten wollen und manchmal gar nicht wissen, daß sie damit auch Besetzer sind.



Idealisitsche Kriminelle, kriminelle Idealisten, alle wandern, überwandern, unterwandern

Die konventionelle Presse berichtet ganz gut und viel über uns, der Widerspruch, daß unser Dorf gegen das Landschaftsschutzgesetz verstößt, (deshalb bisher ca. 20 Anzeigen) aber die Autobahn nicht, erscheint ihr sensationell genug, die FDP und die SPD will sich profilieren, indem sie sich für den zweispurigen Ausbau einsetzt und den Bund angreift, daß nach den Bundesfernstraßenrichtlinien nur Geld für einen vierspurigen Ausbau zur Verfügung gestellt wird.
Ca. 6 Leute wurden angezeigt wegen Parkens im Landschaftsschutzgebiet; als eine etablierte Kelkheimer Bürgerin bei der Polizei anrief und meinte, sie würde da schon seit Jahren parken, um dort mit dem Hund spazieren zu gehen, gab man ihr zur Antwort, das solle sie ihnen schriftlich geben, und die Aktionen seien ja nur gegen die Umweltschützer gerichtet.
Die Eschborner Bullen, die vor zwei Wochen die Personalien von 14 Leuten aufgenommen hatten, teilten dem „Höchster Kreisblatt" mit, daß darunter 9 Kriminelle seien, was auch prompt von dem Blatt gedruckt wurde: „Die ehemaligen Idealisten von Kriminellen unterwandert." Dem Chefredakteur vom Kreisblatt und einem Mitglied der SPD-Kelkheim wurde das Angebot gemacht, in die Akten der Angezeigten Einblick zu nehmen. SCHWEINEREI!!! Übrigens ist keiner von den Leuten vorbestraft, was ist eigentlich kriminell?
Anscheinend ist es kriminell, die Natur schützen zu wollen und seinen Lebensraum zu erhalten, einen Treffpunkt zu haben, nachdem es sonst keinen gibt für uns. — Deshalb an alle „Kriminelle": kommt zu uns! Nicht nur zum Fest am Samstag dem 23. Juni, wo die Gruppe „Lavendeltreppe" aus Essen spielt (Folklore).

Kontakt: Eva Groth, Wiesbadenerstr. 32, 6240 Königstein, Tel.: 0 61 74 / 71 40

UNTERHOSEN GEGEN DAS ATOMPROGRAMM

FRANKFURT
11. Juni

Wie bereits mehrfach berichtet (ID 274, 281 und 285), stehen gegenwärtig AKW-Gegner vor Gericht wegen der Grohnde-Demonstration am 19. März 1977. Das Land Niedersachsen will sich von den 18 Angeklagten die Kosten des Polizeieinsatzes zahlen lassen.
Frankfurter AKW-Gegner schreiben dazu:

„Laut Gericht wurden (unter anderem) bei der Grohnde-Demonstration zerstört: 13 Einsatzanzüge der diensttuenden Beamten a 188,— DM, Reithosen und Reitstiefel sowie mehrere Unterhosen a 8,50 DM!

Wir wehren uns dagegen, die Gewalt der Polizei zu finanzieren und lehnen alle Versuche ab, durch derartige Zahlungsbefehle die Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern und Einzelne lebenslänglich zu ruinieren. Demgegenüber haben wir Verständnis für die Angst auch der Polizeibeamten vor bereits existierenden wie auch im Bau befindlichen Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen. Wir erklären uns daher bereit, gemein-

schaftlich denjenigen Posten, der in Grohnde "beschädigten, zerstörten oder verlorengegangenen Gegenstände" neu zu beschaffen, der diese Angst der Polizisten beinhaltete: die Unterhosen.
Wir rufen alle AKW-Gegner auf, ihren Beitrag für die gemeinsame Sache zu leisten und massenhaft Unterhosen zu schicken an die Sammeladresse:
A. Rentsch, Paradiesgasse 4, 6000 Frankfurt 70 oder direkt an die Landesregierung von Niedersachsen, z.Hd. Herrn Albrecht, Hannover 1"

DAS ALLGÄU SOLL LEBEN! OHNE AUTOBAHN UND TOURISMUS

ISNY 12. Juni „Am Sonntagabend um 18.00 Uhr war die sonst tote Fußgängerzone in Isny äußerst lebendig! Es gab eine Menge fröhlicher Menschen, die tanzten, sangen und lachten. Was war denn passiert? Nun, die fröhliche Menge war gerade aus dem Rathaus gekommen. Und das sollte der Grund für diese große Freude sein? Nun — am 20. Mai ist etwas ganz besonderes in Isny vorgefallen: Im großen Ratssaal wurden die Ergebnisse des Bürgerentscheides über das geplante Freizeitzentrum im Rotmoos bekanntgegeben. Wir haben schon früher darüber berichtet. Wir haben uns hauptsächlich aus naturschützerischen Gründen gegen dieses Freizeitzentrum gewehrt. Es sollte in eine schöne Mosslandschaft bei Isny gebaut werden. Wir sahen dieses Projekt als einen Vorboten des Massentourismus, wie wir ihn an Beispielen wie Oberstdorf im Allgäu schon zur Genüge kennen. Dieses Freizeitzentrum war so angelegt, daß - um es wirtschaftlicher zu machen - die Werbetrommel für den Tourismus hätte kräftig gerührt werden müssen. Dieses Projekt wäre für die kleine Stadt Isny, die schon jetzt hoch verschuldet ist, nicht tragbar gewesen. Es hätten sehr viele notwendige Dinge für alle Zukunft - vor allem im sozialen Bereich - abgeschrieben werden müssen.

Das Ergebnis des Bürgerentscheides war einfach überwältigend: Je länger die Gesichter von Verwaltung und Gemeinderäten wurden, wenn die Einzelergebnisse aus den Wahlbezirken eintrafen, um so ausgelassener wurde die Stimmung der vielen Isnyer im Saal. Denn ein so klares Ergebnis hätte niemand erwartet:
Die Wahlbeteiligung war ausnehmend hoch, nämlich 65,4 %. Wir hätten lediglich 30 % der Stimmen gebraucht. Und 68,4 % der Stimmen waren gegen das Freizeitzentrum. In einzelnen Bezirken waren es sogar 75 %!

Als das Gesamtergebnis bekannt wurde, gab es regelrechten Jubel im Saal. Der Bürgermeister traute sich nun hervor und wollte eine Rede schwingen. Aber bevor er den Mund aufmachen konnte, kam ihm einer von uns zuvor, der unsere große und nicht nur klammheimliche Freude ausdrückte und alle zu einem Fest in der Fußgängerzone einlud. Die Herren von Stadt- und Gemeinderat konnten sich nur noch ein gequältes Lächeln abringen. Und bevor der Bürgermeister nun das Wort ergreifen konnte, griff unser Redner in die Tasten seiner Ziehharmonika und mit einem Tanzlied zogen wir mit einer Polonaise durch den Ratssaal, dann ins Treppenhaus und mit Singen und Klatschen gings durch das ehrwürdige Rathaus. Wir hatten diese "heiligen Hallen", in denen sich mensch kaum getraute, ein lautes Wort zu reden, entweiht, heute gehörte es uns!

In der Fußgängerzone schlossen wir uns zu einem Kreis zusammen und tanzten weiter. Viele Isnyer(innen) hatten uns mit lachenden Gesichtern an der Tür erwartet, sie gratulierten uns und auch sich selbst. Als es dunkel wurde zündeten wir Fackeln an und zogen durch die Stadt. Plötzlich rief mensch "Jetzt gehmer zum Fürscht!". Und mit Musik und Gesang ging's an seinem Park entlang zu seiner Villa. Wir klingelten höflicherweise, bevor wir anfingen, weil wir die zarten Nerven unseres lieben Fürsten (im Volksmund "Fürst Hennemischt und Schweinedreck" genannt, da er sein bescheidenes Dasein durch Hühner- und Schweinefarmen fristet) schonen wollten. Er hatte nämlich heute 1,1 Millionen für das Baugrundstück des Freizeitzentrums verloren, und einige weitere Milliönchen, die er für die auf unsere Kosten erschlossenen angrenzenden Gebiete verdient hätte.

Wir sangen nun in den kräftigten Tönen "Wir sind Geyer's schwarze Haufen", und beim Refrain versprach sich mensch manchmal und aus "Klosterdach" wurde manchmal "Quadt'sche Dach"! Fürst Hennen-Paule nennt sich nämlich hochoffiziell "Fürst Quadt und Wykrad zu Isny" und liebt die Anrede "Durchlaucht"! Einige von uns hielten ihren Mund dicht an die Sprechanlage, so daß es auch im fürstlichen Hause deutlich zu vernehmen war.

Nach diesem Lied, dessen Bedeutung "Durchlaucht" sehr wohl versteht, zogen wir wieder ab. Er ist nämlich der Schwager des "Fürsten" Georg von Waldburg-Zeil, dessen Vorfahre, der "Bauernjörg" als Truchseß im Schwäbischen Bauernkrieg vor 450 Jahren durch Mord, Folter, Raub und Brandschatzung die Grundlage für sein heute riesiges Vermögen zusammengestohlen hat. Waldburg-Zeil ist heute der zweitgrößte Grundbesitzer der BRD.

Vor dem fürstlichen Hause waren wir genau an der richtigen Adresse gewesen. Denn der Fürst sitzt als CDU-Vertreter im Gemeinderat und fühlte sich nicht befangen, als er für den Bau des Freizeitzentrums auf seinem Grund mitbeschloß. Daß sich eine so große Zahl von Bürger(inne)n gegen dieses Freizeitzentrum gewandt hat (auch CDU-Wähler) zeigt, welch "bürgernahe" Politik in Isny gemacht wird.

Dieses schöne Abschiedsfest hat uns für die vielen frustrierenden Erlebnisse und die Mühen entschädigt. Schon vor 1 Jahr hatten wir angefangen, Unterschriften für das Bürgerbegehren zu sammeln. Von da an gab es fast nur trockene Routinearbeit. Am härtesten kam es uns an, wenn wir stundenlang in der schrecklichen Atmosphäre der Gemeinderatssitzungen ausharren mußten, bis die für uns interessanten Tagesordnungspunkte besprochen wurden. Es ergriffen uns Gefühle von Ärger, Wut, ja manchmal Haß, wenn wir diese alten, fetten, geistig und menschlich verkümmerten Herren so feist in ihren dicken Sesseln thronen sahen und sie ihre selbstgerechten Reden führen hörten! Sie kümmerten sich einen Dreck um die Interessen und Bedürfnisse derer, die glaubten, sie würden ihre Belange vertreten. Die Gemeinderäte hielten es nicht mal für nötig, eine Bürgerbefragung durchzuführen, und eine Bürgerversammlung mußte von uns erzwungen werden.
Die letzten Wochen vor dem Entscheid haben uns voll beansprucht. Fast jeden Tag waren Versammlungen, Info-Stände, Leserbriefe, Artikel, Erklärungen, Broschüren, Flugblätter und Plakate zu machen. Unser anfangs kleiner Kreis von Jungen hatte sich auf 15 Menschen, am Schluß auf über 30 vergrößert, auch Ältere waren dazugekommen.

Es gab auch schöne Dinge zu tun: Am Samstag mischten wir uns unter die Flohmarktstände, bauten eine Anlage auf und sangen Lieder gegen das Freizeitzentrum. Neben uns hatten sich Herren von Stadt und Gemeinderat mit dem herrlichen Freizeitzentrum-Modell postiert, die fluchtartig im Rathaus verschwanden, als wir über Mikrofon das Anti-Freizeitzentrums-Lied sangen!
Und was das Beste war, wir hatten eine Alternative: ein normalgroßes Bad für die Isnyer, für die halben Baukosten und detaillierte Planungen für eine Sonnenenergieanlage. Ein Plakat und genaue Pläne dieser Alternative wurden in einem Schaufenster direkt gegenüber dem Verkehrsamt aufgehängt.

Am Tag vor der Wahl kamen wir noch voll auf unsere Kosten: Mit drei blumen- und plakatgeschmückten Traktoren zo-

gen wir über die Dörfer, bimmelten mit einer großen Glocke und riefen zur Wahl auf. Mittags versammelten wir uns auf dem Isnyer Marktplatz und machten zusammen mit vielen Radfahrern einen Zug durch die Stadt. Eine sehr empfehlenswerte Möglichkeit, ein Verbot für Lautsprecher und Megaphone zu umgehen. Überall wurden wir mit lachenden Gesichtern begrüßt und die Leute riefen "mir wählet scho" oder "mir wählet scho richtig - nämlich noi"!.

Der Entscheid ist vorbei, es gibt noch viel Arbeit - wir müssen den Herren da oben sehr genau auf die Finger schauen, daß sie uns nicht doch noch bescheißen. Und wir möchten eine ausführliche Dokumentation über den Bürgerentscheid, unsere Erfahrungen machen, die dann vielleicht anderen Initiativen nützen könnte. Wenn sie fertig ist, hört ihr wieder von uns. Freunde, wir wollen das Allgäu so wie es noch! ist, nämlich grün, ohne Autobahnen und Tourismus. Und das werden wir auch schaffen!
Das Allgäu soll leben!

Kontakt: Arbeitskreis Umweltschutz, Christine Seegräber, General-Moser-Weg 37, 7972 Isny im Allgäu, Tel. 07562/8004

Eine Antwort

AUF DER STRASSE ÜBERFAHREN

AM 2. JUNI IN GORLEBEN

Marburg
13. Juni 1979

In der Nacht vom 1. auf dem 2. Juni 1979 wurde der 20-jährige Steven bei Gorleben von einem Auto überfahren und starb noch am Unfallort. Er hatte am dortigen Pfingstlager teilgenommen. Steven stammte aus einem Ort im Sachsenwald am Rande von Hamburg. Ich lernte ihn kennen, als er in die Sexta des Gymnasiums in Geesthacht an der Elbe kam. Sein Vater war Physiker am dortigen Versuchsreaktor, ob er auch beim Bau des jetzt fast fertiggestellten 1396-Megawatt-Reaktors beteiligt war, weiß ich nicht. Steven war bis in die Quarta (also die 7. Klasse) der kleinste und schmächtigste Schüler des Gymnasiums. Wir etwas Älteren kannten ihn fast alle, in seiner Kleinheit erschien er uns irgendwie exotisch. Sonst weiß ich nur noch von ihm, daß er vier jüngere Geschwister hat und daß er nach der Schule nie wußte, was er tun sollte. Seine Mutter ließ ihn immer erst gegen 17 Uhr ins Haus. Sie wollte beim Mittagsschlaf nicht gestört werden. Er strolchte dann durch die Gegend oder saß auf der Türschwelle. Während des großen Schnees jetzt im letzten Winter traf ich ihn wieder. Er torkelte die Straße entlang und wollte sich im Schnee ausruhen. Ich brachte ihn nach Hause und dabei erzählte er mir, daß er pro Tag mindestens eine Flasche Rum brauche, daß ihm alles egal wäre, daß alles nichts bringen würde . . .

Er bat mich, ihm zu schreiben. Er antwortete drei Monate später und jetzt drei Monate später ist er tot. Da ich das Gefühl habe, daß sein Brief nicht nur an mich gerichtet war, hier Stevens damaliger Antwortbrief:

Dassendorf, 10.3.79

Hallo (. . .)!
Habe echt nicht damit gerechnet, daß du tatsächlich schreibst. Muß ja urig gewesen sein auf dem Bahnsteig (ich hatte ihm von den verstopften Bahnhöfen während des Schnees geschrieben.

Ich kann mich in so ner halben Katastrophenstimmung immer sehr wohl fühlen.

Den Abend, wo wir uns getroffen haben, war ich echt kaputt, jetzt nicht nur vom Alkohol, den ich getrunken hatte, sondern allgemein, so, Ärger mit meiner Freundin, ewige Spannungen zu Hause, kurz vor der Prüfung usw. Ich habe mich da halt ein bißchen selbst bemitleidet, und so.

Mittlerweile habe ich die Prüfung bestanden und bin jetzt Maschinenschlosser, die Freundin hat sich überlebt, den Alkohol halte ich in Grenzen. Trotzdem ist natürlich nicht alles in Butter, aber es geht besser. Allerdings das Grundproblem bleibt, nämlich die Suche nach ner Persepktive, zu leben.

Wir haben uns tatsächlich ne ganze Zeit (5 Jahre kann hinkommen) nicht gesehen, und ich hab viel gemacht, ich bin ja von der Schule geflogen, habe beim Magnet-Großmarkt gejobbt, bei der Friedhofsbehörde als Waldsäuberer, dann hat mein Alter mir die Lehrstelle bei der Firma Fette besorgt. Habe ein halbes Jahr in ner Wohngememeinschaft gelebt und ein halbes Jahr ne eigene Wohnung in Geesthacht gehabt. Bin auch ne ganze Zeit im SSB und später im KB organisiert gewesen, aber dann habe ich mit der organisierten politischen Arbeit aufgehört, aber nicht wegen verschiedener Standpunkte oder so, sondern wegen 1. Überbelastungsstreß und 2. habe ich mit einigen Leuten Differenzen gehabt, die ich nie hätte beilegen können.

Vor dreieinhalb Jahren haben auch meine Depressionen angefangen, also echte, mit körperlichen Auswirkungen und so. Bin dann bei so nem Scheißarzt in B . . . gewesen, der hat mich 2 Monate mit Valium etc. vollgepumpt, daß ich echt nichts mehr gescheckt habe, dann in L. .. beim anderen (Neuro-Psychologen), der wieder mit anderen Tabletten, bescheinigte mir ne endogene Depression (brauchte deshalb auch nicht zum Bund). Jetzt in B. . . bei wieder nem anderen, der meinte, ich würde ja noch lachen können, also mein Fall wäre gar nicht so schlimm, gab mir Tabletten und verschrieb mir ab April autogenes Training. Zwischendurch habe ich auch noch Meditation gemacht (TM), aber ich weiß nicht, ob das was gebracht hat. Übrigens hat mir der Arzt in B. . . (wo ich jetzt bin) keine endogene, sondern 'ne reaktive Depression bescheinigt. Das beknackte ist, daß man (oder ich) mich ziemlich einsam fühle, so nicht, daß ich nicht viele Kumpels und auch echte Freunde und gute Verwandte hätte, aber irgendwo doch. Und das irgendwie treibt einen dazu, nicht ne eigene Persönlichkeit zu bilden oder zu haben, weil man glaubt, die wäre ja doch nichts wert. Man wird dadurch immer provoziert, jemand anders zu spielen, als man wirklich ist, bis man gar nicht mehr wirklich wer ist. Ich weiß nicht, ob du das verstehst, aber man ist auf der Suche nach einer Persönlichkeit und begibt sich dabei auf Wege, seine Persönlichkeit zu bilden, die davon abhängig ist, daß sie von anderen anerkannt wird und keine Persönlichkeit, die einem entspricht und die die anderen Leute zwingt, sie anzuerkennen.
So, jetzt schreibst du für Zeitungen, das find ich ganz gut, so ne Sachen, was willst du denn machen, wenn du fertig studiert hast? Schreiben find ich stark, ich hatte auch immer Bock drauf und im Moment mache ich es teilweise, aber nur für mich, so über Sachen, die mich irgendwie besonders und auch oft persönlich berühren.

Hast du Bock auf ne Kostprobe (jetzt kommt wieder ne kleine Selbstdarstellung, die auf Anerkennung heischt):

Kaputt
Erst machen sie einen mit ihrem
menschenfeindlichen Wirtschafts- und
Sozialsystem depressiv,
und dann fordern sie die Schutzsuchenden
und Depressiven mit farbenfrohen
Heile-Welt-Plakaten auf, s i e in ihrem
Terror auch noch zu bestärken.
(zu dem C"D"U-Plakat "der bessere Weg")

So, ich habe nur über mich geschrieben, aber das wollte ich dir auch schreiben. Schreib mir auch mal wieder.

Machs gut.

Steven

HUNGERSTREIK DER INDIANERKOMMUNE

NÜRNBERG
13. Juni

Zusammen mit einigen Jugendlichen hat die Indianerkommune Nürnberg am 2. Juni vor der Lorenzkirche in Nürnberg einen Hungerstreik begonnen (s. ID 283). Dieser Hungerstreik soll bis zum 17. Juni fortgesetzt werden. Ihre Forderungen sind:

Recht auf Scheidung von den Eltern
Herabsetzung des volljährigkeitsalters bzw. volljährigkeit auf verlangen
Abschaffung des „schutzalters", d. h. Legalisierung gewaltfreier sexueller Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen
Ersatzlose Streichung der entsprechenden §§ 174–176
Abschaffung der Schulpflicht; freiwilliges Lernen nach den Bedürfnissen und Wünschen der Lernenden selbst; freie Zeiteinteilung und Selbstbestimmung des Lerninhalts; kein Sitzenbleiben und keine Zeugnisse mehr
Absetzung von Jugendamtsleiter Mösenef, der sich wegen seiner Behandlung unserer Kommune und auch mit Menschenversuchen an Heimkindern seine Versetzung in den Ruhestand verdient hat.
Freie „Adoption", wobei die Kinder das „letzte Wort" haben und nicht die Eltern und das Jugendamt.
Beendigung aller Übergriffe auf die Jugendlichen (nicht nur) in der Indianerkommune, besonders auf diejenigen Verfolgten, die bei uns um Schutz aufsuchen
Die Indianerkommune soll aufgrund ständiger öffentlicher Verleumdung und auch wegen dauernder brutaler polizeilicher Verfolgung Entschädigung erhalten und diese soll für Jugendliche, die aus mörderischen Elternhäusern und Heimen abhauen, verwendet werden
Abschaffung der Jugendpolizei, besonders in Nürnberg
Sofortige Abschaffung aller Isolierzellen, überhaupt aller Zwangseinweisungen besonders in Erziehungsheimen und Psychiatrien
Abschaffung aller Erziehungsheime
Abbau der künstlich kompliziert aufgebauten Konsum- und Plastikwelt, damit Kinder und Jugendliche in der Gesellschaft auch Verantwortung und „Pflichten" übernehmen können

In einer Presseerklärung schreibt die Indianerkommune u. a.: „Nachts um 11.30 h am 5.6. fing die Polizei auf brutalste Weise an, unseren Platz zu räumen. Fast kein Mensch fand es nötig, uns zu helfen. Wie immer. Auch waren wir an diesem Tag völlig wehrlos. Die Einsatzleiter begründeten den kleinen „Zwischenfall" u.a. damit, daß Minderjährige abends ins Bett und nicht auf die Straße gehören. Wir wehrten uns nicht, wurden aber trotzdem geschlagen. Wir wurden mit dem Kopf auf den Metallboden des Polizeiwagens geknallt, in der Zelle ins Gesicht geschlagen, in die Nieren und den Magen getreten, an den Haaren gezogen. Ca. 15 Jugendliche etwa zwischen 15 und 20 Jahre alt wurden in ganz kleine Zellen eingesperrt, die Älteren nachts um 2 Uhr wider freigelassen. Dann wurde ein 16-jähriges Mädchen herausgelassen, weil sich ihre Mutter auf der Freilassung ihrer Tochter bestand. Die beiden letzten „Minderjährigen" wurden in ein Erziehungsheim verfrachtet, wo sie die Nacht und den nächsten Tag in Einzelzellen verbringen mußten und nur nach Einwilligung der Eltern herausgelassen wurden. Eine Mutter erpresste ihr Kind: entweder du gehst jetzt nach Hause bzw. in die Schule oder du bleibst im Heim, ein Vater durfte einige hundert km weit fahren, um seinen Jungen (15 Jahre) aus dem Heim herauszuholen! Ein weiteres Mädchen wäre beinahe durch Zusammenwirkung von Mutter, Nachbarn und Lehrern in die Psychiatrie gesteckt worden!

8. Juni: Inzwischen sind wir weit geschwächt. Der Einsatzleiter der Polizeiaktion beschlagnahmte am Vortag ein Plakat, auf dem wir den Polizeieinsatz kritisiert hatten. Dann gegen abend vom 8. Juni haben sie uns die Genehmigung unseres Standes, die sie uns zwei mal verweigert, dann doch erlaubt hatten, wieder zurückgenommen. Das alles hat bewirkt, daß Jugendliche nach einer Woche Hungerstreik abgebrochen haben, den wir nun, zehn übriggebliebene Jugendliche unter schweren Bedingungen auch in ihrem Namen fortsetzen.

Am Samstag, 9. Juni, wurden 6 Jugendliche auf die Wache gebracht und dort festgehalten. Einer hatte versucht, einen Passanten zu fotografieren, der auf einen sitzenden Jugendlichen getreten hatte. Tenor auf der Wache: Jetzt müssen die Politiker einschreiten und euren Stand und eure Übernachtungen vor der Kirche genehmigen." Noch was: am 5. Juni hatten wir einen Prozeß, weil wir einen elfjährigen Ausreißer aufgenommen hatten (s. ID 283). Wir müssen deshalb nun 200 DM Strafe zahlen. Begründung: es ist nicht legal, ein Kind vor den prügelnden Eltern und vor Polizisten, die es ins Heim oder zu den Eltern zurückschleifen, zu schützen.

Kontakt: Indianerkommune, Mittlere Kanalstraße 34, Nürnberg, Tel. 0911–266786, Spendenkonto 5943113/90 (Carl), Commerzbank Nürnberg, Plärrer.

RAINER KOCH BEI ROLF HEISSLER IN STRAUBING

FRANKFURT/
STRAUBING
13. Juni

Rainer Koch, Anwalt von Rolf Heissler, der am 9. Juni in Frankfurt-Sachsenhausen mit Kopfschuß verhaftet worden war, versuchte heute, Mittwoch, den 13. Juni, seinen Mandanten im Knastkrankenhaus in Straubing zu besuchen.

Rainer Koch konnte Rolf Heissler nicht unüberwacht sprechen. Begründung war, daß ein Besuch nur im Besucherzimmer mit Trennscheibe möglich sei, obwohl noch kein neuer Haftbefehl wegen 129a verkündet ist (Rolf Heissler sitzt seit seiner Verhaftung in Strafhaft wegen einem Bankraub). Der Arzt der Krankenstation sagte, Rolf Heißler sei nicht „gehfähig", könne also nicht in den Trennscheibenraum gehen. Anwalt Koch durfte auch nicht in die Krankenstation, weil es dort keine Trennscheibe gäbe. Um überhaupt mit seinem Mandanten reden zu können, mußte er sich notgedrungen auf den Kompromiß einlassen, das Gespräch mit Rolf Heissler in der Krankenstation von zwei Beamten überwachen zu lassen.

Rolf Heissler teilte Rainer Koch mit, daß er seit Dienstag sich dem Hungerstreik der politischen Gefangenen angeschlossen habe. Ansonsten bestätigte er noch einmal die Umstände seiner Festnahme im Detail. Besonders wichtig daran ist, daß ihm die Pistole erst abgenommen worden sei, als er schon getroffen am Boden lag. Erst dann sei ihm die Pistole aus dem Halfter genommen worden. Gezogen habe er sie nicht. Er bestreitet, daß er die Pistole in der Hand gehabt habe, oder daß sie zu Boden gefallen sei. In den Aussagen der Polizisten ist auch nicht die Rede davon, daß die Pistole zu Boden gefallen wäre oder daß er sie in der Hand gehalten habe. Für Rainer Koch ist dies das letzte Indiz dafür gewesen, daß Rolf Heisslers Schilderung zutrifft. Wenn die Version der Beamten zuträfe, hätten sie sicher Angaben über den „Fundort" der Pistole gemacht. Da sie in ihren Aussagen aber genau dies verschwiegen haben, geht Rainer Koch davon aus, daß Rolf Heissler, von dem Schuß getroffen, am Boden lag, die Beamten ihn dann durchsuchten, und dabei erst die Pistole entdeckten und aus dem Halfter nahmen.

Kontakt: Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt, Tel. 0611–49 03 92.



WELCHE ART VON LEHRERN WÜNSCHT DIE OBRIGKEIT ?

Konstanz
Anfang Juni 1979

Um die Schwierigkeiten im Schulalltag eines nicht–angepassten Lehrers, die Knüppel, die ihm die Schulbehörde zwischen die Beine und in den Unterricht warf und wirft, geht es im folgenden Bericht über ein „schleichendes" Berufsverbot.

Nachdem Ernst Köhler die Arbeiten zu seiner Habilitation abgeschlossen hatte, wurde ihm der Vertrag an der Universität Konstanz nicht verlängert, er erhielt keine Stelle. Damit fing alles an...

Da ihm der rechte Flügel in der Fachgruppe Geschichte alles andere als wohlgesonnen war, und Ernst Köhler durch seine politische Arbeit und sein praktisches Verhalten den Studenten gegenüber, sich den Zorn dieser Leute zugezogen hatte, wurde gegen ihn ein verdecktes Berufsverbot in den entsprechenden Gremien der Universität durchgesetzt. Begründet wurde es mit der Stellenstreichung, die das Kultusministerium angeordnet hatte.
Aus dieser Notlage heraus bewarb sich Ernst Köhler als Lehrer und erhielt eine Stelle am Otto-Hahn-Gymnasium in Tuttlingen. Dabei kam es, wie so der üble Brauch, zu einem Verfahren, in dem seine Verfassungstreue überprüft wurde. Allerdings konnte das dringend benötigte Haar in der Suppe nicht gefunden werden. Danach war es, abgesehen von einigen Auseinandersetzungen an der Schule ruhig, bis, ja bis es auffiel, daß Ernst Köhler zu gute Noten gab. Er hatte sich geweigert im Fach Deutsch „im Zeugnis die Noten 4 bzw. 5 in irgendeinem Fall zu erteilen", wie der Schulleiter in einem Brief vom 18.9.78 an das Oberschulamt zu berichten wußte.

Chancengleichheit ist, wenn ... Die Noten.

Vorausgegangen war ein Papier, in dem Ernst Köhler zur Diskussion um seine Noten im Fach Deutsch Stellung bezog. Darin geht er auf den Verdacht des Oberschulamts ein, „daß ich das Spektrum der Notenskala nicht voll ausschöpfe, und damit auch das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Chancengleichheit aller Schüler verletze." (Zitat aus dem von Ernst Köhler vorgelegten Papier vom 15.9.78). Dem hält Köhler entgegen daß Chancengleichheit in diesem dreistufigen Schulsystem, das 1945 unreformiert übernommen wurde, nicht möglich sei, sondern ein System der Privilegierung sei, das seine Leistungsbewertung in der Korrektheit des Ausdrucks und bestimmten Formen des Formulierungsreichtums findet. Und weiter:„Es ist meines Erachtens nicht legitim, den mittelständischen Typus des sprachlichen Ausdrucks anderen Formen gegenüber normativ und selektiv durchzusetzen."
In einem zweiten Punkt wendet er sich gegen die Koppelung von Chancengleichheit an eine bestimmte Notengebung, was er zugespitzt so formuliert: es wäre absurder Mißbrauch der Verfassung, wenn „der Notendurchschnitt aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht höher als, sagen wir 2,89 liegen darf." Außerdem reklamiert er in diesem Papier, das seine Konzeption des Deutschunterrichts darstellt, das Recht der Notengebung, die er in starker Abhängigkeit von der pädagogischen Konzeption des Deutschunterrichts sieht, für den Lehrer. Dies um so mehr, als Ernst Köhler das Fach Deutsch in der Nähe der musischen Fächer sieht, wo die Spielräume größer sind, und er „besonderen Wert auf die Entwicklung des freien spontanen Sprechens legt", was natürlich die Bewertungskriterien beeinflußt.

Was denkst du darüber? " ... Die Aufsatzthemen.

Doch damit nicht genug. Im Laufe der Überprüfung der Noten kam etwas anderes ins Schußfeld: die Aufsatzthemen. Das Oberschulamt fand sie „nicht angemessen" oder „für eine schriftliche Leistungskontrolle nicht geeignet" (Brief vom 22.3.79) Die inkriminierten Themen befaßten sich in einer sechsten Klasse mit dem Thema Faschismus und Militarismus, in einer siebten Klasse mit der Außenseiterproblematik, Drogenproblematik und den Problemen des Schulwegs, in einer neunten Klasse mit dem Problem der Massenmedien und des Antifaschismus. So hatte es Ernst Köhler gewagt, nach Vorarbeit im Unterricht, die durch die Aktualität der Holocaust-Serie gegeben war, das Thema zu formulieren:„Wir haben davon nichts gewußt". Diese Behauptung hört man oft, wenn mann ältere Leute auf die Judenverfolgung unter Hitler anspricht. Was denkst du darüber? Da es nicht genehmigt wurde, den Film „Die Brücke" im Unterricht zu zeigen, mußte Ernst Köhler das Thema umformulieren. Dies tat er damit, daß er die Schüler einen Aufsatz schreiben ließ, in dem sie zu dem Verbot Stellung nehmen sollten. Der Themenkomplex Militarismus konnte so überhaupt nicht angeschnitten werden.

Als Vertrauenslehrer war Ernst Köhler bekannt, welche Schwierigkeiten sich beim Bustransport der Schüler ergab. Er hatte dieses Problem mehrfach im Deutschunterricht aufgegriffen und einen kritischen Leserbrief erarbeiten lassen, der auch abgedruckt wurde. Nur, eine Bearbeitung dieser unmittelbaren Erfahrung im Aufsatz wurde moniert. Die Diskussion um die Drogenproblematik hatte damit begonnen, daß die Jugendlichen die Stern-Serie „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" kannten. Auch dieses Thema war nicht genehm, obwohl hier von Seiten des Lehrers Informationsarbeit betrieben wurde. Aufmerksam geworden durch einen Elternabend bearbeitete Ernst Köhler anhand einer Lesebuchgeschichte die Außenseiterproblematik, das Mißfallen des Oberschulamtes war deutlich. In der neunten Klasse besprach man anhand von Wallraffs Buch gewisse Praktiken des Springer-Journalismus, außerdem regte die Klasse als Aufsatzthema an:„Mir ist schweres Unrecht angetan worden" sagte Herr Ministerpräsident Filbinger bei seinem Rücktritt. Nimm Stellung dazu". Damit war natürlich ins Wespennest gestochen.

Nachdem Ernst Köhler den Hintergrund und das Zustandekommen der Themen dargelegt hatte, erging erneut die Aufforderung, es zu tun, was er als sinnlos, da bereits geschehen, ablehnte. Daraufhin wurde Ernst Köhler in einem Schreiben ultimativ aufgefordert und mit seiner Kündigung gedroht. Dies ist der aktuelle Stand der Dinge Anfang Juni. Der in diesem Verfahren zu Ausdruck kommende Wille zur Vernichtung von Existenzen ist nicht gerade neu und bedarf keines Kommentars. Neu für mich als Schreiber des Artikels ist die Konkretheit mit der dies abläuft. Wer meint sich dazu äußern zu müssen, etwas tun zu müssen oder nicht weiß was er tun soll, vielleicht geht gemeinsam was.

Kontakt: Bene c/o Buchladen Schwarze Geiß, Inselgasse 20, Konstanz, Tel. 07531–26568.

POLIZEIALARM WEGEN EINBRUCH – DER NICHT STATTFAND

In einer Presseerklärung schreibt Roland Kern, Rechtsanwalt in Darmstadt:

"Wie leicht der einzelne Bürger in Verdacht geraten kann und wie schnell man polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt ist, erfuhr in der Nacht vom 21. auf 22.5. eine Wohngemeinschaft in Rödermark/Hessen.

Zwei Mitglieder dieser 5-köpfigen Wohngemeinschaft klebten an einen Bauzaun neben dem ALDI-Markt in der Frankfurter Straße Plakate an für die Veranstaltung "Rock gegen Rechts", die am 25. Mai in Rödermark stattfand. Ein Gastwirt gegenüber dem ALDI-Markt meinte jedoch, flüchtende Einbrecher gesehen zu haben, die gerade den Großmarkt ausgeraubt hätten und alarmierte die Polizei. Zusammen mit dem Gastwirt machte sich nun die Polizei an die Verfolgung der vermeintlichen Täter und bald wurde auch deren Fahrzeug in der Heitkämper Straße (200 m Luftlinie entfernt) gefunden – abgestellt vor dem Haus der Wohngemeinschaft. Angeleitet

vom Gastwirt betraten Polizeibeamte das Grundstück, kletterten eine Leiter hoch und versuchten über den Balkon in das Haus einzudringen, wobei die Dachtraufe und ein Rolladen beschädigt wurden. Mittlerweile waren auch die vermeintlichen Täter auf den späten Besuch aufmerksam geworden.

Nachdem die Polizeibeamten vergeblich versucht hatten, auf diesem Umweg in das Gebäude zu gelangen, klingelten sie am eigentlichen Hauseingang Sturm und verlangten Einlaß. Dieser wurde auch ohne weiteres Zögern gewährt, und den angeblichen Tätern wurde die Beschuldigung — Einbruch in den ALDI-Markt — bekanntgegeben, Die Mitglieder der Wohngemeinschaft wiesen sofort den Verdacht von sich und erklärten, daß sie zwar an der fraglichen Stelle gewesen seien, aber dort lediglich Plakate geklebt hätten. Die Polizei suchte jedoch — immer noch mit der Pistole in der Hand — in barschem Ton nach weiteren Bewohnern des Hauses. Die Mitglieder der Wohngemeinschaft, die schon geschlafen hatten, — u.a. eine im 5. Monat schwangere Frau —, wurden aufgefordert, aufzustehen. In dem sich anschließenden Wortwechsel fragte diese Frau, wie denn in den ALDI-Markt eingebrochen und was denn gestohlen worden sei. Erst daraufhin wurden zwei Beamte zum angeblichen Tatort geschickt, wo allerdings festgestellt wurde, daß ein Einbruch nicht verübt worden war. Als diese Mitteilung eintraf, wurde die Aktion, die bis dahin eine gute halbe Stunde gedauert hatte, abgebrochen mit den Worten: "Dann ist ja alles klar. Schönes Häuschen habt ihr hier. Gute Nacht!"

Am nächsten Tag beschwerten sich die so Heimgesuchten beim Dienststellenleiter der Polizeistation Rödermark, Rüdiger Anger. Dieser stellte sich vor seine Beamten und erklärte — auch gegenüber der Presse — es sei kein Fehler gewesen, daß die Polizeibeamten nicht erst festgestellt hätten, ob im ALDI-Markt tatsächlich eingebrochen worden sei. Vorrang habe in solchen Fällen die Suche nach dem Täter. Die Beamten hätten sich eindeutig richtig verhalten. Der Rechtsanwalt der Betroffenen, die die Sache nicht auf sich beruhen lassen wollten, ist allerdings mit seinen Mandanten der Auffassung, daß mit einer solchen polizeilichen Einstellung der Denunziation und der Falschbeschuldigung Tür und Tor geöffnet sind. Völlig unbegreiflich sei das Unterlassen einer sofortigen "Tatort"besichtigung, zumal der Gastwirt unmittelbar am vermeintlichen Tatort wohnt und von den Polizeibeamten dort auch abgeholt wurde. Über das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung hätten sich die Beamten auf diese Weise sehr leichtfertig hinweggesetzt.

Als persönliche Ehrenkränkung wird auch die Äußerung des Dienststelle nleiters der Polizeistation empfunden, der gegenüber der Presse erklärte: "Ich kenne diese Leute, die haben auf so etwas nur gewartet!" Hierdurch — so die Betroffenen — würde versucht, die Stimmung der Bevölkerung gegen die Opfer dieser mitternächtlichen Polizeiaktion zu lenken; und dieses Ablenkungsmanöver dürfte auch nicht ganz erfolglos verlaufen denn: alle Mitglieder der heimgesuchten Wohngemeinschaft sind Mitglieder der DKP.

Jedenfalls scheint diese Polizeiaktion und ihre Rechtfertigung durch den Dienststelle nleiter eine Bestätigung dafür zu sein, wie leicht heutzutage Bürger, die andere Lebensweisen bevorzugen und Mitglieder unbequemer politischer Organisationen sind, in den Verdacht geraten, sich kriminell zu verhalten. Und wenn sich solchermaßen in Verdacht geratene Bürger gegen diese Form der Strafverfolgung zur Wehr setzen, dann wird dieses Sich-Wehren mit dem Hinweis auf deren politische Einstellung gleich abqualifiziert."

Die Mitglieder der Wohngemeinschaft sind zu erreichen bei Baer/Bischoff/Schwerber, Heitkämper Str. 14, 6074 Rödermark, Tel.: 06074/90 963

MAULWURF HÖRT AUF ZU WÜHLEN!

Berlin 3. Juni — *Die folgende Erklärung kam direkt von den aufhörenden Maulwürfen:*

"Maulwurf" in Berlin, einer der beliebtesten (?) linken Buchvertriebe, sehr kollektiv, sehr alternativ, existiert seit vielen Jahren. Zum politischen Selbstverständnis hier ein Zitat aus dem letzten Vertriebskatalog: "Der ganz überwiegende Teil unseres Sortiments stammt von Kleinstproduzenten (Einzelpersonen und Gruppen, Kleinstverlagen). Und das ist kein Zufall. Daß wir so viel 'Kleine' haben hängt u.a. einfach auch damit zusammen, daß wir der Meinung sind, daß es auf die vielen und jede/n von ihnen ankommt, wenn wir etwas besseres schaffen wollen. Da können wir es nicht dem Zufall überlassen, daß eine/r, die/der was sagen will, auch die Möglichkeit bekommt, sich zu artikulieren.

Diese Auffassung geht einher mit Vorbehalten gegenüber einer bestimmten Art von Literatur, derjenigen nämlich, bei der die Theorieproduktion BESONDEREN Leuten zukommt (Wissenschaftlern; Anhängern eines ,-ismus' sei's des Wissenschaftlichen Sozial-), und die zu allem Überfluß meist daherkommt mit objektivem Wahrheits- und unbedingten Geltungsanspruch. . .

. . . Es geht noch nicht einmal so sehr darum, "weite Bereiche politischer Literatur einer breiten Öffentlichkeit (wieder) zugänglich zu machen" als vielmehr die Trennung zwischen 'Öffentlichkeit' auf der einen und Produzenten bzw. 'Zugänglichmachern' auf der anderen Seite aufzuheben.

Das hieße dann, die Kommunikation zwischen uns, den Individuen, den Gruppen zu verbessern, dafür zu sorgen, daß Informationen uneingeschränkt fließen können, die Vermittlung dessen zu ermöglichen, was wir erfahren — so zu gewährleisten, daß wir voneinander lernen können."

Damit hat es für die Maulwürfe nun ein Ende — jedenfalls was ihre Tätigkeit als Vertrieb anbelangt. Der Laden trägt sich nicht mehr. Zwei weitere Schicksalsschläge (Umsatzsteuer-Sonderprüfung durch das Finanzamt und die Schlußabrechnung mit Prolit, einem anderen linken Vertrieb, mit dem Maulwurf früher kooperiert hat) ließen den Schuldenberg weiter anwachsen. Nach langem Hin- und Herüberlegen und Diskussionen stand dann der Entschluß fest den Vertrieb zuzumachen, und zwar so schnell wie möglich, um die Verluste der Lieferanten nicht weiter anwachsen zu lassen. (Wir werden in Bälde in einem ausführlicheren Artikel nochmal auf das Scheitern von Maulwurf eingehen). Was sich jetzt abzeichnet ist ein privater Vergleich zwischen Maulwurf und den Gläubigern, bei dem eine Quote zwischen 30 und 40 Prozent herauskommen wird. Das ist natürlich insbesondere deshalb beschissen, weil die Gläubiger bzw. Lieferanten alles Linke bzw. Kollektive sind, die selbst keine Knete haben.

Maulwurf hat sich deshalb entschlossen, seinen Bücherbestand zu stark reduzierten Preisen zu verramschen, um so die auszuschüttende Quote noch etwas nach oben zu drücken.

Die geneigten Leser/innen werden deshalb gebeten, sich anschließend sofort hinzusetzen, bei Maulwurf die Ramschliste anzufordern, und nach Erhalt eine möglichst große Bestellung abzuschicken.

Die Ramschliste enthält z.T. noch sehr gute und billige Sachen (Spanientexte, AAO-KO, Marighella, Kinderbücher, die alten Politladen-Titel). Außerdem gibt es — ebenfalls verbilligt — (fast) sämtliche Titel des Verlags 2000, Sozialistisches Büro (SB) in Offenbach: Reihe Betrieb und Gewerkschaft, Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich, Info Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Arbeitsfeld Schule, Reihe Roter Pauker usw. Da der Verlag 2000 trotz anfänglicher Zusage diese von Maulwurf nicht mehr zurücknehmen will, können wir diese ebenfalls verramschen.

Also liebe Leute, 'ran an die Buletten, erweist den Maulwürfen einen letzten solidarischen Liebesdienst und bestellt massenhaft.

Maulwurf Buchvertrieb
Waldemarstr. 24
1000 Berlin 36
Tel.: 030 - 614 98 58

P.S.: Und vergeßt bei der Bezahlung (gegen Voreinsendung von Briefmarken oder Verrechnungsscheck) nicht, DM 1,50 für'n Versand draufzuschlagen.

NETZWERK RHEIN–MAIN WIRD GEGRÜNDET

Frankfurt 11. Juni

Am 9. Juni fand in Frankfurt ein erstes Kontaktgespräch zur Gründung eines regionalen Netzwerk Selbsthilfe im Rhein-Main-Gebiet statt. Von den eingeladenen Netzwerk-Mitgliedern, Interessierten, vielen politischen Organisationen und noch mehr politischen und alternativen Projekten waren gut 60 erschienen, wobei viele Interessenten von außerhalb Frankfurts kamen. Es wurden viele Informationen weitergegeben, vor allem aus Berlin, wo das Netzwerk gegründet worden ist. und Vorstellungen, Hoffnungen und Ideen ausgetauscht. Das Gespräch mündete darin, daß eine Arbeitsgruppe beauftragt wurde, die regionale Netzwerk-Gründung vorzubereiten. Sie soll Vorschläge für die organisatorische Struktur des Netzwerk Rhein-Main erarbeiten, Kontakte zu mehr politischen und alternativen Projekten aufbauen, die Gründung mit anderen Regionen und mit Berlin koordinieren und eine Werbeaktion vorbereiten. Dazu gehört auch, daß sie sich Gedanken darüber macht, nach welchen Kriterien das Netzwerk Geld vergeben soll, wie die Kontakte zwischen den Projekten und den Linken, die in bürgerlichen Berufen arbeiten, verbessert werden können und wie die Beziehung zwischen Frankfurt und dem übrigen Rhein-Main-Gebiet intensiver werden kann. Wahrlich genug zu tun! Deswegen freut sich die Arbeitsgruppe über alle, die noch mitarbeiten wollen. Sie trifft sich zum ersten Mal am Samstag, 23.6., 14 Uhr im Umweltladen in der Heidestraße, Ecke Höhenstraße (Alleenring) in Frankfurt.
Kontakt: Felix Schneider, Im Prüfling 4, 6 Ffm 60. Tel. 0611/ 45 77 47 und 0611/57 82 93

Dodoma Material über Sonnenöfen gesucht

In den Usambara-Bergen in Tanzania arbeitet ein tanzanischer Bauer mit einer Gruppe von Leuten an einem Wiederaufforstungsprojekt, um die drohende Zerstörung der Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen durch Bodenerosion infolge von Kahlschlag des Baumbestandes zu verhindern. Gefällt werden die Bäume dort in für die Gegend gefährlich hoher Zahl vor allem deswegen, weil ihr Holz als Brennmaterial gebraucht wird — Strom gibts sowieso keinen und Kerosin ist teuer und schwer zu bekommen. Deswegen wollen die Leute dort zur Erhaltung des lebensnotwendigen Baumbestandes die Verwendung von Sonnenöfen erproben und gegebenenfalls propagieren.
Dazu brauchen sie Material darüber: Baupläne (möglichst wenig Aufwand, allein an Glas ranzukommen ist schwer genug) und wenns geht auch konkrete Erfahrungsberichte (die klimatischen Bedingungen in den Usambara-Bergen sind oft nicht viel besser als in Mitteleuropa: Sonneneinstrahlung oft nicht sehr lang oder intensiv). Material auf Englisch wäre am besten, muß aber nicht sein.

Kontakt über: Leo Kauter, SLP 433, Dodoma, Tanzania

Trier - Der erste Sommer für die Katz

KATZ teilt mit:

Die "kleine andere trierer zeitung" besteht seit November 1978 und möchte jetzt am 29. Juni ihr erstes Pressefest machen. Dieses Fest soll zum einen einfach Spaß bringen. Zum anderen sollen die Kontakte zu den Trierer Gruppen und Initiativen verbessert werden und neue Leute zur Mitarbeit gewonnen werden.
Davon hängt nämlich ab, ob aus der KATZ mehr und mehr eine Stadtzeitung werden kann. Am Samstag, den 30.6., wollen wir mit Leuten von anderen Zeitungen ein Gespräch führen über die Notwendigkeit und die Aufgaben einer Stadtzeitung und auch darüber, wie sie gemacht wird und welche Probleme sich stellen. Dazu laden wir Vertreter anderer Zeitungen ein! Das Fest am Freitag, dem 29. Juni, findet im Jugendzentrum Exzellenzhaus ab 17 Uhr statt, und wir würden es gut finden, wenn das Programm möglichst "bunt" wird mit Musik, Theater, Kabarett, Lesung, Graphikausstellung, Ständen, Tanz, Schmaus und Trank. Dazu suchen wir noch Leute oder Gruppen, die zu diesem Termin Zeit haben und Lust, gegen Bezahlung ihrer Unkosten (für Gagen reicht's nicht) bei dem Fest mitzumachen. Solche Gruppen und auch Stadtzeitungen, die zu diesem Wochenende nach Trier kommen wollen, wenden sich bitte möglichst bald an:
Jugendzeitung KATZ, Postfach 2223, 5500 Trier


Röttingen Festlichkeiten

Das Jugendzentrum "Bahnhof" will ein Open-Air-Konzert ankündigen und zwar am 30.6. und 1. Juli. Das Festival findet in 8701 Röttingen in Unterfranken auf dem Sportplatz mit bekannten und unbekannten Musikgruppen statt.
Kontakt: Förderverein Jugendzentrum Röttingen e.V., Postfach 4, 8701 Röttingen/Ufr.



Bremen — Kontakte in Krisen

In Bremen wollen etwa 20 Leute einen Laden aufmachen, wo jeder, der allein mit seinen Problemen nicht klarkommt, hingehen und sich aussprechen kann. Dieser Laden ist der Versuch, einer Alternative zu Isolation und Psychiatrie. Dafür werden noch Spenden gebraucht (Kto. Jürgen Hollatz, Bremer Bank, Nr. 190523500).
Kontakt: Kontakte in Krisen, Ulli Kröger, Humboldtstr. 59, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/78792



ROCK-LISTE GEGRÜNDET

Frankfurt
3. 6. 1980

Von den Organisatoren der Kampagne „Rock gegen Rechts" bekamen wir folgende Mitteilung zugeschickt:

Auf dem Bundeskongreß der Basisgruppendelegierten der „Rock gegen Rechts"-Kampagne wurde am 24. 5. 80 beschlossen, zur Bundestagswahl eine eine Liste antifaschistischer Rockmusiker aufzustellen. Nachdem im letzten Jahr dem sogenannten „Deutschlandtreffen" rechtsradikaler Gruppen in Franfurt mit der Kampagne erfolgreich begegnet werden konnte, hat sich für alle Beteiligten klar herausgestellt, daß für die antifaschistische Aussage der Rockmusik noch größere Verbreitung geschaffen werden muß. Der Wahlkampf kann allen linken und demokratischen Rockfans die Möglichkeit bieten, die Rockmusik weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Immer mehr hat sich herausgestellt, daß die Rockmusik in ihrem proletarisch-rebellischen Aufbegehren ein bedeutender gesellschaftlicher Träger oppositioneller Politik in Deutschland darstellt. Vor allem arbeitslose Jugendlich identifizieren sich mit dieser ori'ginär aus den Ghett den grauen Vorstädten unserer Met entst Musik. Wir k

Half Moon janis joplin

Half moon night time sky,
seven stars heaven's soft eyes,
seven souls and seven seas,
just to bring all our sweet love
home to me.

Hey honey, feeling like a mountain,
you feeling like a sea, Lord,
not coming past, but still at last
your love brings life to me,
hey, Lord, uh, rain the cloud,
you're on the flame,
brings us up to call your name,
sunrise up, Lord, it burn the ground,
just tell you about the first good man
I found,
yeah, honey, feeling like a mountain,
yeah, you feeling like a sea, Lord,
not coming past, but still at last
your love brings life to me,
your love brings life to me.

Half moon on night time sky,
seven stars heaven's soft eyes,
seven storms on seven seas,
just to bring all your sweet love
home to me,
hey daddy, now feeling like a mountain,
and feeling like a sea, Lord,
not coming past and still at last,
oh, feeling like a mountain,
feeling like a sea, Lord,
and not coming past but still at last,
hey, feeling like a mountain,
feeling like a sea, oh, Lord,
and not coming past, honey,
but still at last,
your love brings live to me,
your love brings life to me,
your love.
Don't you lovers laugh at me,
I feel it gonna ride around,
when I'm on a little home, babe,
bring it on home, you bring it on home,
I say your love brought life to me.

Westway

Now I'm in the subway
Looking for the flat
This one leads to this block
And this one leads to that.
The wind howls through the empty blocks
Looking for a home
But I run through the empty stone
Because I'm all alone

the clash

"Politik? Politik mischte sich in den Jazz ein und brachte ihn eingemischt und wird ihn ebenfalls umbringen." (Eric Burdon)

Sister Morphine

Here I lie in my hospital bed
Tell me, Sister Morphine, when are you comin' round again?
Oh, I don't think I could wait that long
Oh you see that my pain is so strong

The scream of the ambulance is sounding in my ear
Tell me, Sister Morphine, how long have I been lyin' here?
What am I doin' in this place?
Why does the doctor have no face?
Oh, I can't crawl across the floor
Can't you see, Sister Morphine, I'm just tryin' to score

And that just goes to show, things are not what they seem
Please, Sister Morphine, turn my nightmare into a dream
Oh, can't sleep till I'm feeling fine
And that this shot will be in line

Please, cousin cocain, place your cool hands on my head
Hey, Sister Morphine, you better make up my bed
For you know between the night time and the morning of the day
That you sit around and watch and meanwhile the sheets stain red

stones


alles ist vage und schwindelnd. die haut schwillt, und es gibt keinen unterschied mehr zwischen teilen des körpers. ein anmaßendes getön drohender, spottender, monotoner stimmen. dies ist furcht und verlangen verschluckt zu werden.
jim morrison

Under My Thumb

Under my thumb's the girl who once had me down
Under my thumb's the girl who once pushed me around
It's down to me, the diff'rence in the clothes she wears
It's down to me, the change has come, she's under my thumb
Under my thumb's a squirming dog who's just had her day
Under my thumb's a girl who has just changed her ways
It's down to me, the way she does what she's told
It's down to me, the change has come, she's under my thumb
Under my thumb's a siamese cat of a girl
Under my thumb she's the sweetest pet in the world
It's down to me, the way she does what she's told
It's down to me, the change has come, she's under my thumb
Under my thumb her eyes are just kept to herself
Under my thumb well, I can still look at someone else
It's down to me, the way she talks when she's spoken to
It's down to me, the change has come, she's under my thumb
stones

alle spiele enthalten die idee des todes.
jim morrison

der zuschauer ist ein sterbendes tier (jim morrison)

n um. Politik hat sich jetzt in den Rock'n'Roll

erwürgt!

seventh heaven

Oh Rapheal, Guardian angel. In love and crime all things move in sevens. seven compartments in the heart. the seven elaborate temptations. seven devils cast from Mary Magdalene whore of Christ. the seven marvelous voyages of Sinbad. sin/bad. And the number seven branded forever on the forehead of Cain. The first inspired man. The father of desire and murder. But this was not the first ecstacy. Consider his mother.

Eves was the crime of curiosity. As the saying goes: it killed the pussy. One bad apple spoiled the whole shot. But be shure it was no apple. An apple looks like an ass. Its fags fruit.
It must have been a tomato.
Or better yet. A mango.
She bit. Must we blame her. abuse her.
poor sweet bitch. perhaps theres more to the story.
think of Satan as some stud.
maybe her knees were open.
satan snakes between them.
they open wider
snakes up her thighs
rubs against her clit fo awhile
more than the tree of knowledge was about
to be eaten. she shudders her first shudder
pleasure pleasure garden
was she sorry
are we ever girls
was she a good lay
god only knows

1972
patti smith

freedom is just another word for nothing left to lose.
janis joplin

siebter himmel / o Raphael. Wächterengel. In der liebe und im Verbrechen / dreht sich alles um die sieben. die sieben kammern des / herzens. die sieben durchtriebenen versuchungen. / sieben teufel ausgetrieben der Maria Magdalena hure / Christi. die sieben wunderbaren reisen Sindbads. / sünd/bad. Und dann die zahl sieben unauslöschlich eingeprägt auf / Kains stirn. der erste inspirierte mensch. / Vater der begierde und des mordes. Doch seine ekstase / war nicht die erste. Nehmt doch den fall seiner mutter. / Neugier war der grund für Evas fehltritt. Wie's so / schön heißt: das hat die fotze umgebracht. Ein mieser apfel / war genug das ganze zu vermasseln; Aber seid sicher das war gar kein apfel. / Ein apfel sieht aus wie ein arsch. 'ne frucht für schwule. / Das war bestimmt doch 'ne tomate. Oder / besser noch. 'ne mango. / Sie biß hinein. Müssen wir sie schuldig sprechen. sie beschimpfen. / arme süße schlampe. vielleicht lief die sache noch ganz anders. / stell dir satan vor als dreckhengst. / und ihre knie schon / ein wenig offen. / satan schlängelt sich dazwischen. / sie öffnen sich weiter / schlängelt sich die schenkel hoch / reibt sich an ihrer klit 'ne weile / klar: hier wird von anderem gleich / geschleckt als nur vom baume der / erkenntnis . . . sie schauert ihren ersten schauer / lust lust garten / tat's ihr leid / tut's uns je leid kinder / war die nummer gut / nur der herr wird's wissen

ROCK GEGEN RECHTS
STERNMARSCH AUF DEN RÖMER FINDET STATT

FRANKFURT 13. Juni Heute mittag gegen 15.00 Uhr wurde bekannt, daß dem Verbot der Stadt zum Teil entsprochen und der Sternmarsch auf den Römer verboten wurde. Erlaubt wurde die Veranstaltung „Rock gegen Rechts" auf dem Rebstockgelände, am Samstag ab 21.00 Uhr bis 2.00 Uhr und Sonntags morgens ab 11.00 Uhr. Die Veranstaltung des DGB auf dem Römer am 16.6.79 um 18.00 Uhr wurde erlaubt. Die geplante Kulturveranstaltung mit dem DGB auf dem Römerberg ab 13.00 bis 18.00 Uhr wurde verboten.

Trotz des Verbots des Verwaltungsgerichts in Frankfurt wollen sich die Demonstranten wie geplant um 11 Uhr
- am Friedberger Platz im Nordend
- Frankenallee im Gallus (Ecke Brückenstraße)
- Weißer'Stein/Eschersheimer Landstr. (10.00 h)
- und dem Campus der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Bockenheim

treffen. Das Unigelände soll der bevorzugte Treffpunkt der Frankfurter Linken sein.

Das geplante Kulturprogramm, daß von W. Mossmann, Kunert&Panach, Henning Venske, dem Linksradikalen Blasorchester und Lerryn bestritten wird, findet dezentral in der Innenstadt Frankfurts statt, da die Künstler sich geweigert haben auf dem Rebstockgelände statt auf dem Römer aufzutreten.

Die Veranstalter von „Rock gegen Rechts" bitten die Genossen, sich durch das erwartete Polizeiaufgebot, das voraussichtlich den Sternmarsch unterbinden will, nicht provozieren zu lassen und friedlich und geordnet in die Innenstadt zu ziehen. Nur zu leicht läßt sich durch die Verbotsverfügung und die zeitliche Getrenntheit DGB/Sternmarsch eine Spaltung von „Chaoten" und „friedlichen Gewerkschaftern" erzielen.

Nach Rückfrage bei den Rechtsanwälten Golzem und Plottnitz konnte bis heute nicht definitiv gesagt werden, ob beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel in die zweite Instanz gegangen wird. Dies ist erst am Freitag möglich. Der Einspruch kann nur formal sein, da der Ablehnungsbescheid der ersten Instanz frühestens am Freitag zu erwarten ist. Voraussichtlich wird aber der Verwaltungsgerichtshof im Sinne des Verwaltungsgerichts Frankfurt entscheiden.Die Begründung für das Verbot in erster Instanz wird sich voraussichtlich auf die „befürchtete Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" und der „örtlichen Entzerrung zugunsten einer ausreichenden räumlichen Entfernung der beiden Demonstrationen" beziehen.

Die Störung der Sicherheit und Ordnung wird einer Tradition folgend von den Gegendemonstranten erwartet. Die Demonstration der Faschisten, die übrigens in Sachsenhausen angemeldet und ohne Einschränkung genehmigt wurde, „stellt keine Gefahr für Bewohner der Stadt dar". Frankfurt wird jedenfalls am Samstag einem Heerlager gleichen. Laut Frankfurter Rundschau will Müller über 5000 Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte aufbieten, um den Naziaufmarsch zu schützen. Der Main wird zum Grenzwall.

Einer Polizeiverfügung zufolge sollen ab 15.00 Uhr sämtliche Mainbrücken nach Sachsenhausen gesperrt werden. Der Frankfurter Verkehrsverbund wird nicht mehr von der Frankfurter Seite nach Sachsenhausen verkehren. Die Deutsche Bundesbahn stellt voraussichtlich ihren Zugverkehr im Südbahnhof ein.
Frankfurt, belagerte Stadt. **„Radio Querfunk" sendet am Sonntag um 19.00 Uhr auf 102 MHz.**
Wolfgang/ID

Da die Anwälte befürchten, daß ihre Dienste beansprucht werden können (siehe 17. Juni 1978), hier eine Liste von Rechtsanwaltsbüros, die am Samstag offen sind (in Ffm):

RA Axel Kolbe (ganzen Tag)
Tel.: 72 96 54; 72 96 53

RA Johannes Riemann (ab 14.oo h)
Tel.: 59 80 78

RA Rainer Koch (ab 14.oo h)
Tel. 49 03 92

RA Heinz Funke (von 17.oo – 19.oo)
Tel. 59 01 88

RA Hartmut Tschacksch (ab 14.oo)
in Offenbach 81 30 35



KEINE KUNDGEBUNG UND DEMONSTRATION DER NPD IN FRANKFURT!

Frankfurt/Sachsenhausen 7. Juni *Dies forderte die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Sachsenhausen/Frankfurt in einer Resolution. Der Forderung schloß sich die Aktionsgemeinschaft zur Erhaltung der Wohngebiete in Sachsenhausen (AGS) und 10 Sachsenhäuser Pfarrer an. Wir dokumentieren die Resolution der Sachsenhäuser BI und die Erklärung der 10 evangelischen und katholischen Pfarrer:*

Sachsenhäuser gegen Nazis

Am Samstag, dem 16. Juni, wollen faschistische Gruppen unter der Schirmherrschaft der NPD im Rahmen ihres „Deutschlandtreffens" einen Demonstrationszug durch Sachsenhausen veranstalten. Noch unter dem Eindruck von Holocaust sollen wir mit ansehen, wie die Leute, die die dort gezeigten Untaten noch immer abstreiten, durch unser Viertel ziehen. Dieser öffentlichen Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankengutes darf nicht tatenlos zugesehen werden. Äußern Sie Ihre Empörung und schreiben Sie an Oberbürgermeister Wallmann, daß die Sachsenhäuser nicht die Gastgeberrolle für Tausende von Faschisten übernehmen wollen. Wir wollen nicht, daß in der in- und ausländischen Presse Sachsenhausen als Schauplatz neonazistischer Aktionen bekannt wird.

WIR FORDERN DAS VERBOT DES DEMONSTRATIONSZUGES DER NAZIS!

Wir begrüßen die Initiative Sachsenhäuser Bürger, ihren Protest durch das Aushängen von Fahnen und Spruchbändern öffentlich zu machen.

Kontakt: (stellvertretend für mehrere Sachsenhäuser Projekte, Kneipen, Einzelpersonen): Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Sachsenhausen c/o Schäfer, Peppmeier, Brust, Skop, Textorstr. 20, 6 Frankfurt / Main Tel.: 0611 / 61 66 77

Stellungnahme der 10 Pfarrer zur Veranstaltung der NPD am 16. Juni 1979 in Ffm-Sachsenhausen

Als Seelsorger von Sachsenhäuser katholischen und evangelischen Kirchengemeinden sind wir zutiefst beunruhigt, daß das ‚Deutschlandtreffen' nationalsozialistischer Gruppen unter Führung der NPD am 16. Juni in Sachsnehausen veranstaltet werden soll.
Mit großer Sorge beobachten wir die Zunahme neonazistischer Aktivitäten und befürchten, daß auch die Veranstaltung am 16. Juni dazu benutzt wird, nationalsozialistisches Gedankengut zu verbreiten.
Angesichts der Erfahrungen deutscher Geschichte mit den unmenschlichen Grausamkeiten und dem unsäglichen Leid, das der Nationalsozialismus über Millionen von Menschen gebracht hat, halten wir es für unerträglich, wenn der Versuch unternommen wird, den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland den Weg des Nationalsozialismus wieder als politische Möglichkeit darzustellen.
Wir sind — aufgrund vergleichbarer Veranstaltungen in der Vergangenheit — besorgt, daß die Demonstration und Kundgebung am Oppenheimer Platz mit gewalttätigen Ausschreitungen verbunden sein werden.
Daher fordern wir Oberbürgermeister Wallmann und alle politischen Verantwortlichen in unserer Stadt auf, alles Mögliche zu tun, daß das Deutschlandtreffen nicht stattfindet.
Unabhängig unerschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen unterstützen wir alle Aktivitäten Sachsenhäuser Bürger, die auf gewaltlose Weise ihren Protest gegen diese NPD-Veranstlatung zum Ausdruck bringen.

7. Juni 1979

gez. Hanno Berger, Pfarrer, Ev. Ostergemeinde
gez. Wilhelm Gegnwart, Pfarrer, Ev. luth. Dreikönigsgemeinde
gez. Elisabeth Grünewald, Vikarin, Ev. luth. Dreikönigsgemeinde
gez. Gerhard Helbich, Pfarrer, Ev. luth. Dreikönigsgemeinde
gez. Gerhard Keller, Pfarrer, Ev. luth. Lukasgemeinde
gez. Robert Kirste, Pfarrer, Ev. luth Lukasgemeinde
gez. Günter Loock, Kaplan, Kath. Pfarrgemeinde Deutschorden
gez. Dr. Ludwig Schmidt, Dekan, Ev. Ostergemeinde
gez. Phil. Schmidt, Pfarrer, Ev. Südgemeinde
gez. Richard Weiler, Pfarrer, Kath. Pfarrgemeinde St. Bonifatius

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT : ERSTENS RECHTSEXTREMISTISCH , ZWEITENS JUGENDGEFÄHRDEND ? ? ?

FRANKFURT
13. Juni

Eine seriöse Nachrichtenagentur, AP nämlich, meldet, der Verfassungsschutzbericht 1976 sei eine der größten „rechtsextremistischen Monatszeitschriften in der Bundesrepublik", und zwar so groß und rechtsextremistisch, daß er noch vor der Rechtsradikalen—Zeitschrift „Mut" rangiert. Daß er monatlich erscheint, ist sicher eine brandheiße Information. Aus der Meldung, die die ebenfalls seriöse Tageszeitung „ Frankfurter Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 13. Juni auf Seite 2 abdruckte, geht allerdings nicht hervor, warum nur der „Mut", nicht aber der monatlich erscheinende Verfassungsschutzbericht 1976 auf den „Index für jugendgefährdende Schriften" gesetzt worden ist. Überzeugt Euch selbst:

Kurz gemeldet:

„Mut" auf dem Index

BONN, 12. Juni (AP). Die Januar-Ausgabe der Monatszeitschrift „Mut", nach dem Verfassungsschutzbericht 1976 eine der größten rechtsextremistischen Monatszeitschriften in der Bundesrepublik, ist auf den Index für jugendgefährdende Schriften gesetzt worden. Die Indizierung erfolgte unter anderem wegen des Bestreitens der Tatsache, daß unter der nationalsozialistischen Herrschaft sechs Millionen Juden vergast worden seien.

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS VOR GERICHT

Frankfurt/Bochum
8. Juni

Im Februar letzten Jahres wurden wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes fünf Vorstandsmitglieder der Bochumer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ausgeschlossen. Sie waren mitverantwortlich für eine Erklärung gegen das damals von der CDU/CSU betriebene Verbot der K-Gruppen und K-Parteien. Ein GEW-interner Antrag und die Erklärung zum K-Gruppen-Verbot waren in der örtlichen GEW-Zeitung abgedruckt worden und von anderen Organisationen, wie Falken, Evangelische Studentengemeinde (ESG) und den Pfadfindern (BDP) mit unterzeichnet. Die fünf Gewerkschaftler reichten Klage gegen ihren Rausschmiß ein, die am 18. Juni um 15 h vor dem Landgericht in Frankfurt verhandelt werden soll. Frankfurter Gercihtsgebäude B, Erster Stock, Raum 134. In der Erklärung ihrer Rechtsanwälte Michael Dornieden (Bochum) und Armin Golzem (Frankfurt) heißt es zum Prozeßbeginn:

Der Vorwurf, durch diesen Abdruck K-Gruppen unterstützt und somit gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB verstoßen zu haben, traf zunächst insgesamt 18 (!) Mitglieder des Ortsverbandsvorstandes und der Zeitungsredaktion. Damit erfuhren die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB eine bis dahin nicht gekannte Verschärfung: bereits derjenige, der darüber i n f o r m i e r t , daß die auch gegen kommunistische Gruppen gerichtete Einschränkung demokratischer Rechte auf Protest stößt, soll aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.
Trotz in der Mehrzahl inhaltlich gleichlautender Stellungnahmen der Betroffenen schloß der Hauptvorstand bzw. der Hauptausschuß der GEW letztlich nur fünf aus. Was dabei für den Ausschluß gerade dieser Gewerkschaftler den Ausschlag gab, blieb bis heute unklar und ist auch Gegenstand der Klage. Die Ausgeschlossenen sehen in ihrem Verhalten jedenfalls keinen Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, dafür aber in den Maßnahmen des GEW-Hauptvostandes einen offensichtlichen Willkürakt.

(Wahrscheinlich kann in einer anwaltlichen Erklärung zu einem Ausschlußprozeß nicht stehen, was die Mandanten von Unvereinbarkeitsbeschlüssen überhaupt halten.)

WAS HEISST HIER FEHLER?

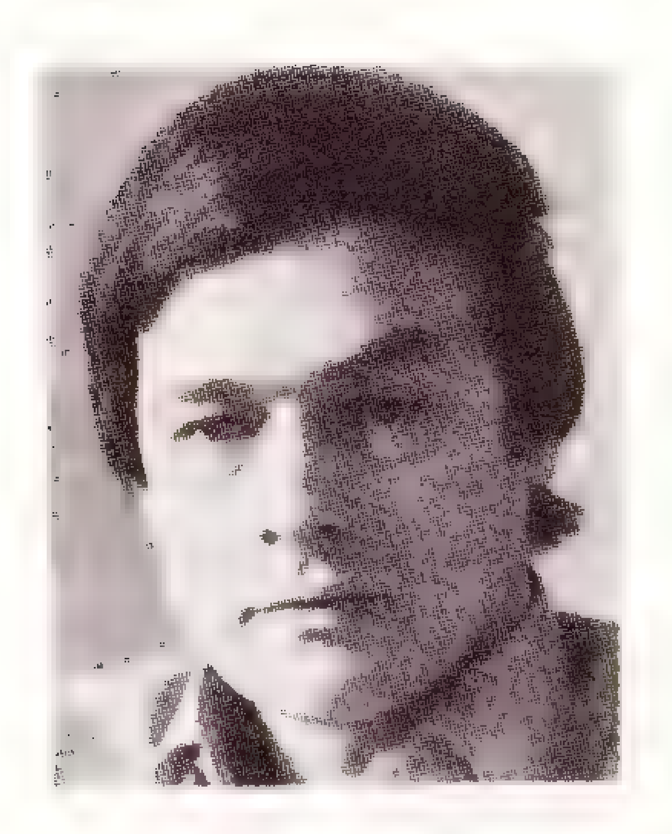
RÜSSELSHEIM
13. Juni

Michael Köster war Listenführer der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Mit ihm zusammen wurden letztes Jahr noch zwei weitere RGO-Kollegen in den Betriebsrat gewählt. Der Sieg dieser Liste bei der Wahl, gab der oppositionellen Bewegung in Betrieb und Gewerkschaft großen Auftrieb.

Am 31. Januar 79 wurde Michael Köster von der Cassella AG fristlos gekündigt. Anlaß für die Kündigung war ein Fehler von M. Köster bei der Produktion von Farbstoff. (Es geschah kurz vor Ende der Nachtschicht.) Die Werksleitung wirft ihm vor, bewußte Falschangaben im Ansatzprotokollbuch gemacht zu haben, was sie als Betrug auslegt. Sonst aber selbst gröbere Verstöße gegen die Arbeitsordnung haben bei der Firma nicht zur Kündigung geführt.

Der Arbeitsgerichtsprozeß von M. Köster findet jetzt statt. Termin: 20. Juni '79, 10.30 Uhr, Raum 101, Arbeitsgericht Frankfurt, Adickesallee.

Kontakt: M. Köster, 6090 Rüsselsheim, St. Alban-Str. 4, Tel.: 06142—63347.



HAARSTRÄUBENDES URTEIL GEGEN GERHARD HÄRDLE

HEIDELBERG 5. Juni *Im Heidelberger Wahlkampf 1976 gab's Stände des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Die Genehmigungsanträge hatte die Stadt nicht beschieden, und also waren sie nicht genehmigt. Als die Polizei die Stände abräumte, gab's Streit. Zeugen der Polizei wollen den linken Rechtsanwalt Gerhard Härdle einmal dabei beobachtet haben, wie er einem Polizisten einen Schlag in die Niere verpaßte; die Niere erwies sich im Prozeß als Wanderniere, die es immerhin bis zu linken Schulter schaffte, aber was tut's: dem Gericht reichte der „Beweis". Ein andermal will ein Polizist von ihm umfaßt worden sein — wohl, um ihn gründlich zu verdreschen. Dazu kam eine Anklage wegen Falschaussage: ein Heidelberger Student hatte Hausverbot bekommen und dies von einer Kanzleiangestellten auch bereits erfahren, während Härdle noch meinte und auch sagte, der Student habe vom Hausverbot noch nichts gewußt. All dies zusammen war dem Gericht 22 (in Worten: zweiundzwanzig) Monate Knast wert, ohne Bewährung.*
Gerhard Härdle und seine Verteidiger (Borowsky aus Frankfurt, Feuerborn und Wiehe aus Mannheim) sagen dazu in ihrer Presseerklärung:

Der Mann sollte weg!

„(...) Die Verurteilung eines Rechtsanwalts zu einer solchen Strafe, nachdem die Beweisaufnahme nichts gegen ihn erbracht, seine Unschuld vielmehr klar erwiesen hat, läßt sich nur erklären aus den Interessen, die hinter diesem Prozeß stehen. Getroffen werden soll durch dieses Urteil offensichtlich ein Anwalt, der in zahlreichen politischen Prozessen in Heidelberg und anderswo der Justiz, und ganz besonders häufig der Strafkammer 2 des Landgerichts Heidelberg und deren Vorsitzendem Gutmacher, als entschiedener Verfechter der Interessen seiner Mandanten gegenübergetreten ist.

Bereits vor drei Jahren forderten Oberbürgermeister, Landgerichtspräsident und andere staatliche Stellen in Heidelberg, Rechtsanwalt Härdle aus der Anwaltschaft zu entfernen. Kurz danach kam das jetzt abgeschlossene Strafverfahren in Gang. Dieser Interessenhintergrund sowie die Tatsache, daß in diesem Verfahren das Recht des angeklagten Rechtsanwalts auf Verteidigung seiner Rechte und die Rechte seiner Verteidiger in bisher nicht gekannter Weise verletzt wurden, daß die Verteidiger Angriffen verschiedenster Art seitens des Gerichts und der Staatsanwaltschaft ausgesetzt waren, machen deutlich, daß die Interessen der Anwaltschaft insgesamt und die ihrer Mandanten von diesem Prozeß gravierend betroffen sind.

Tatsächlich wurden in der Hauptverhandlung 53 Zeugen vernommen, von denen nur drei durchweg Polizeibeamte, die Vorwürfe der Anklage bestätigten, während eine Vielzahl von Zeugen den Angaben dieser Polizeibamten in entscheidenend Punkten widersprach. Über die Aussagen dieser Entlastungszeugen verlor das Gericht in der Urteilsbegründung kein Wort, ihre Vernehmung hatte es bereits in Form einer lästigen Pflichtübung durchgeführt. Über zehn Anträge der Verteidigung auf Vernehmung weiterer Zeugen zur Führung des Entlastungsbeweises entschied das Gericht überhaupt nicht mehr. Demgegenüber hatte es noch vier Tage vor der Urteilsbegründung förmlich durch Gerichtsbeschluß verkündet, es werde allen Beweisanträgen der Verteidigung nachgehen. Am Tag vor der Urteilsverkündung war auf Ladung des Gerichts noch ein von der Verteidigung benannter Zeuge erschienen, der dann aber vom Gericht ohne Begründung unvernommen wieder nach Hause geschickt wurde.

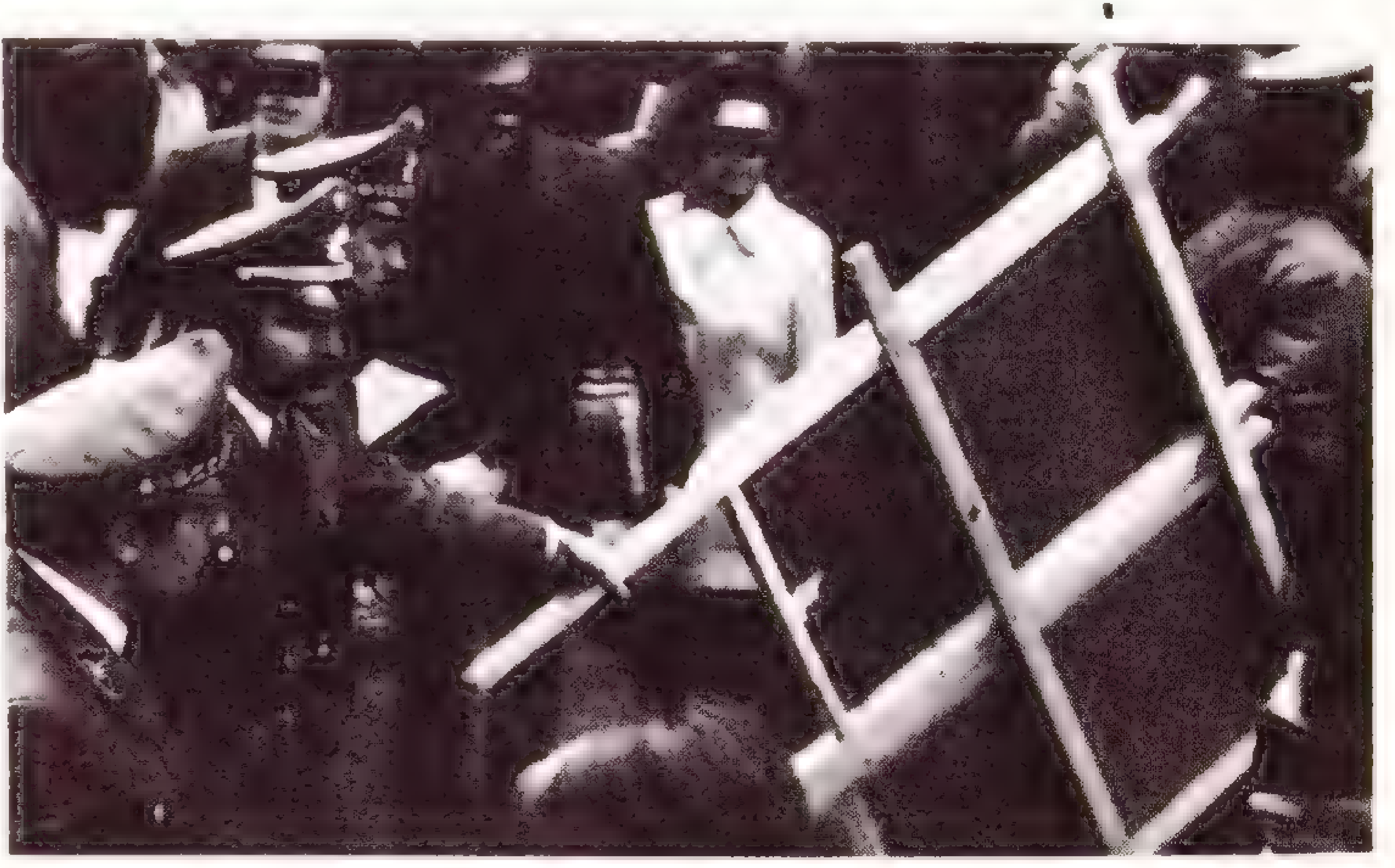
„Drohender Mißbrauch" der Verteidigungsrechte: gleich durchschaut!

Die Stellung weiterer angekündigter Anträge verhinderte der Vorsitzende dadurch, daß er, unbeirrt durch Erklärungen der Verteidigung, noch Anträge stellen zu wollen, die Urteilsformel und die Urteilgründe verlas. Über einen vom Gericht entgegengenommenen Ablehnungsantrag wegen Befangenheit entschied das Gericht ebenfalls nicht mehr. Dr. Härdle erhielt das letzte Wort nicht mehr vor der Urteilsverkündung, das Gericht führte die Urteilsverkündung in seiner Abwesenheit durch. Das Gericht benutzte die Urteilsbegründung ... zu Angriffen auf die Prozeßberichte in der Presse (abträgliche Presseberichte), auf den Angeklagten und auf die Verteidigung (mit der kein Konsens erzielt werden könnte), die das Fragerecht, das Beweisantragsrecht und das Ablehnungsrecht in gravierender Weise mißbraucht habe. Was es damit auf sich hat, sei an einem Beispiel aufgezeigt: Bei der Vernehmung eines Hauptbelastungszeugen hatte das Gericht drei Verteidigern das Fragerecht wegen drohenden Mißbrauchs entzogen, obwohl diese noch keine einzige Frage an diesen Zeugen gestellt hatten.

Auch der Zwangsverteidiger ist nicht mehr lieb zum Gericht

Heftige Angriffe richtete das Gericht auch gegen den von ihm selbst zur Sicherung des Verfahrens bestellten Pflichtverteidiger — übrigens ein erstmaliger Schritt eines Gerichtes in Heidelberg —: Rechtsanwalt Tonnecker habe sich in die Strategie der Verteidigung eingeordnet und auf eine eigenständige distanzierte Haltung gegenüber Härdle, wie mann sie von einem Organ der Rechtspflege erwarten könne, verzichtet. Einen einstimmig gefaßten Beschluß des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe und einen fast einstimmig gefaßten Beschluß gleichen Inhalts der Mitgliederversammlung der Rechtsanwaltskammer kommentierte der Vorsitzende als „sonderbare Aktivitäten in der Anwaltschaft". In diesen Beschlüssen war unter Anführung zahlreicher Beispiele kritisiert worden, daß die Verteidigung in diesem Prozeß in unzumutbarer Weise behindert werde, und der Präsident der Rechtsanwaltskammer deshalb zu einem Gespräch mit dem Justizminister aufgefordert worden.

Zuschauer, gegen die das Gericht Ordnungsmittel verhängte, z.B. in Höhe von 800 Mark wegen bloßen Blätterns in einem Fachbuch während der Verhandlung, bezeichnete der Vorsitzende als vorbestellte Ware der Verteidigung. Nach allem sind wir



der Auffassung, daß es im Interesse der gesamten Anwaltschaft und darüberhinaus all derer ist, die auf anwaltliche Unterstützung angewiesen sind, daß dieses Urteil unter keinen Umständen Bestand haben darf. In diesem Sinne werden wir die Revision gegen das Urteil vor dem Bundesgerichtshof durchführen. Wir gehen davon aus, daß die massiven Rechtsbrüche des Gerichts in der Revisionsinstanz nicht sanktioniert werden können."

Hier noch eine Kostprobe aus den mündlichen Urteilsgründen (Mitschrift der Verteidigung, 29. Mai):
Das Gericht wurde bekämpft und wahrscheinlich gehaßt vom Angeklagten. Das Gericht hat sich durch all dies nicht beeinflussen lassen. Das Gericht hat das eigene Blut niemals in Wallungen geraten lassen. Schon vor einigen Jahren habe ich in einem anderen Strafverfahren hier an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht: „Diese Strafkammer ist weder blind noch feige! Trotz Drohbriefe haben wir die Angst niemals in unser Beratungszimmer hereingelassen!"

Kontakt: Rechtsanwälte Gerhard Härdle und Wolfgang Lehner, Bergheimer Str. 74, 6900 Heidelberg 1, Tel.: 06221–21001 und 21002.

Zum Härdle-Prozeß gibt es folgende Broschüren:

"Der Zweck heiligt die Mittel - Zum Strafprozeß gegen Rechtsanwalt Härdle" ***(bei Klaus Zimmermann, Bergheimerstr. 74, 6900 Heidelberg, für einen Solidaritätsbeitrag auf das Konto 205 010 06 Heidelberger Volksbank)***

"Sofortige Einstellung ders Verfahrens gegen Rechtsanwalt Härdle!" ***(über Härdle/Lehner, Bergheimer Str. 74, 6900 Heidelberg)***

"Rechtsanwalt Härdle angeklagt für die Verteidigung" ***(bei Leni Ganz, Bergheimer Str. 7, 6900 Heidelberg, für eine Mark)***

"Einstellung aller politischen Prozesse - Härdle muß Anwalt bleiben" ***(bei "Initiative Einstellung aller politischen Prozesse", c/o Volker Hurrle, Friedrich-Ebert-Platz 4, 6900 Heidelberg, für 80 Pfennig; Spenden für den Rechtshilfefonds, Konto 15 12889, Bezirkssparkasse Heidelberg).***

Am 12. Juni findet in Heidelberg eine Veranstaltung zum Prozeß statt. Näheres über Tel. 06221/21 001 und 21 002.

ZUSTÄNDE IN OSSENDORF

Köln 8.9.78 *Die beiden Berichte aus dem Kölner Knast-Alltag sind schon im letzten Herbst eingegangen. Sie sind nachts bei Kerzenlicht geschrieben worden, denn die Zeit, in der die Zellenbeleuchtung angeschaltet war, reichte nicht aus. Den ID-Machern geht es nicht anders als vielen ID-Lesern: Berichte aus dem Knast möchten wir, bewußt oder unbewußt, nur allzugern verdrängen. Das äußert sich dann im Verschieben von Nummer zu Nummer, im Verschlampen, in Arbeitsschwierigkeiten bei der Bearbeitung. ID-Benutzer im Knast und außerhalb könnten uns helfen, wenn sie uns durch ihre Reaktionen klarmachen, welche Art von Knastöffentlichkeit gebraucht wird. Es geht nicht um ein graues Einerlei, denn wir sind vielleicht an einem entscheidenden Punkt angekommen: die Hungerstreiks der vielen "politischen" Gefangenen, der Ausländer-Hungerstreik in Schwalmstadt, die Unruhe wegen der Skandale in Berlin und die Revolten in Frankfurt-Preungesheim sind Anzeichen dafür.*

Laut einer Mitteilung vom März 75 der ‚Neuen Züricher Zeitung' soll es sich bei der Justizvollzugsanstalt (JVA) Köln-Ossendorf um eine der modernsten Westeuropas handeln. Wer so was schreibt, muß von einer Luftaufnahme ausgegangen sein, oder hat sich den riesigen Komplex vom Helicopter aus angesehen. Von den hier einsitzenden Gefangenen, sowie den ‚Transportern' oder ‚Durchgängen' wird sich nicht einer finden lassen, der dies unterstreicht.

Der gesamte Komplex besteht aus ca. 22 Einzelhäusern mit zwei Etagen, einem Haus mit 3 Etagen, sowie aus Lazarett, Psychiatrie und Anbau. Hinzukommen die Werksgebäude. Jedes Einzelhaus faßt etwa 60 Häftlinge; das Haus mit 3 Etagen faßt 300 Häftlinge, wobei sich auf einer Seite etwa 150 Strafgefangene nur bis 9 Monate, wer mehr hat, geht auf Transport, da es sich hier in erster Linie um eine U-Haftanstalt handelt. Die vier Frauenhäuser, darunter eines für Jugendliche liegen separat, paralell zu den 10 Männerhäusern, davon drei Jugendhäuser. In der Mitte des Komplexes liegt die kathedralenhafte Kirche, die mehr gekostet haben muß, wie 3 Häuser zusammen; gegenüber der Kirche die Verwaltung. Davor ist das Eingangsgebäude mit der Beamtenkantine im ersten Stock, links daneben die zahlreichen Garagen.

Wer neu in die Anstalt eingeliefert wird, muß 3 schwere automatische Stahltore passieren. Er landet im Haus I und wird über die Kammer je nach Platz in eines der restlichen Häuser überwiesen. Wer nach Haus 11 oder 10 verlegt wird, hat gut 300 m mit seinem Bündel zu schleppen. Neuerdings hat man kleine Handwagen für diese Entfernung. Der Nachtdienst fährt mit einem Fahrrad durch die Gänge. Die Zellen haben die übliche Ausstattung: Schrank, Bett (Modell Bochum), Neonlicht, eingebaute Lautsprecher, Notrufanlage, kleines Waschbecken, Toilette, Zentralheizung, Tisch, Stuhl, nach innen zu öffnenden Fensterflügel mit Oberlicht, Doppelverglasung. Davor Betongitter, die üblichen Karos. Der neu ankommende Gefangene wird in Einzelhaft gehalten, da sich auf jeder Abteilung nur 2 Gemeinschaftszellen befinden und dort nur Leute landen, die Selbstmordversuch begangen oder richterlich ‚Gemeinschaft' angeordnet bekommen haben. Die Gemeinschaftszellen fassen 4 Personen jeweils, wird jedoch nur mit 3 Leuten belegt, da 1 Bett freibleiben muß für wie bereits geschilderte Fälle bzw. Nachtverlegungen. Knackis, die sich nun von draußen gut kennen, haben ab und zu die Möglichkeit, eine Gemeinschaft aufzumachen, der Rest schmort in Einzelzellen.

Die **Einzelhaft** kann als Isolationshaft bezeichnet werden, zumal der Häftling, abgesehen von der täglichen Freistunde 23 Stunden allein ist. Einmal pro Woche ist ein Fernsehabend von 18.30 – 21.15 Uhr. Hinzu kommt ab und zu ‚Hobby', was soviel heißt, daß eine halbe Abteilung sich für 2 Stunden in einem ursprünglich vorgesehenen Werksraum zusammenfindet.

Der Angeschuldigte und Verhaftete wird so völlig zermürbt und wehrlos gemacht. Der Sinn dieser Zermürbung ist völlig klar: Der gestaute Mitteilungsdrang des Untersuchungshäftlings soll in ein Geständnis münden. So wird die Einzelhaft, die Isolationshaft als Mittel zur Erzwingung eines Geständnisses eingesetzt. Aus eigener Erfahrung behaupte ich, daß solche Mittel nichts anderes sind als moderne Foltermethoden. Das Gesetz besagt, daß zur Erzielung eines Geständnisses keinerlei Zwangsmittel angewendet werden dürfen. Von behördlicher Seite wird deshalb die Isolationshaft als reine 'Sicherheitsmaßnahme' gegen die sogenannte Verdunkelungsgefahr dargestellt. Wissenschaftliche Versuche in der BRD haben ergeben, daß jedermann schon nach Stunden, spätestens jedoch nach ein paar Tagen Einsperrung in einem kleinen Raum psychisch schwer angeschlagen wird, was nachweislich bedeutet, daß ein Persönlichkeitswandel stattfindet. Es kommt zu Labilität des Gefühlslebens, mangelnden Hemmungen, erhöhter Beeinflußbarkeit. Außerdem kommt es zu einer Verarmung des Denkens und Wollens. Diese Veränderungen kann man mit einer Hirnleistungsschwäche, wie sie etwa bei schweren Schädelunfällen mit Hirnquetschungen auftreten, vergleichen. Diese skandalösen Zustände

sind in letzter Zeit mehrfach an die Öffentlichkeit gelangt. Die Reaktion war gleich null.
Die Isolation ist also perfekt, besonders auch abends und in den quälenden Nachtstunden, in denen man oft wachliegt, weil der Körper durch mangelnde Bewegung, wenig Sauerstoff aus dem Gleichgewicht geratener Organismus nicht ermüdet wird. Die meisten verlieren sich somit in Wachträume. Einer der häufigsten: Die wenigen Kontakte, die man noch hat (Brief oder Besuch) werden idealisiert; man legt mehr hinein und belastet damit diese Beziehungen, die es ohnehin schwierig genug haben, die Knastsituation zu überstehen. Hinzu kommen die Willkürmaßnahmen der Anstaltsbediensteten, die sich in der Widersinnigkeit dieser Schikanen identifizieren. So z.B. Fenster bzw. Oberlicht reinigen. Hierzu ist man gezwungen auf ein einen Stuhl oder Tisch zu steigen. Genau das ist aber lt. Anstaltsordnung verboten. Man wird schikaniert bzw. erpreßt es trotzdem zu tun. Was von bürgerlichen Kriminologen als mit einer der schmutzigsten Verbrechen bezeichnet wird, eben die Erpressung, wird von den staatlichen Objekterziehern als prinzipielle Grundlage ihres Erziehungsprogramms betrachtet. Ausländische Gefangene können ihre Isolation noch weniger durchbrechen, da sie durch Sprachschwierigkeiten weiter verschärft wird. Oft verlängern Mißverständnisse die Dauer der Untersuchung.

Radio-Quälerei

Laut § 69 Strafvollzugsgesetz kann der Inhaftierte am Hörfunkprogramm der Anstalt teilnehmen. Hierzu befindet sich in jeder Zelle ein in die Wand eingebauter Lautsprecher, der an und aus gestellt werden kann. Der Hörfunk soll laut Gesetz so ausgerichtet sein, daß die allgemeine Information des Gefangenen befriedigt wird. Hiervon kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil scheint man es darauf abzusehen, den Inhaftierten möglichst mit der üblichen Berieselungsmusik in Botmäßigkeit zu halten, Sendungen des kritischen Zeitgeschehens, aktuelle Kommentare oder rein politische Berichte werden bewußt vorenthalten, da diese ja die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährden könnten. So hört man hauptsächlich Radio Luxemburg oder Südwestfunk III (Pop Shop). Sogar Sportsendungen werden oft gar nicht eingeschaltet, dafür läuft dann das bereits altersschwache Wunschkonzert aus Baden Baden. Daß hier Artikel 25 des Grundgesetzes nach allgemeiner Informationsfreiheit beschnitten wird, ja verletzt ist, braucht nicht erst noch erwähnt zu werden. Hinzu kommt immer wieder die unverschämte Lautstärke, die abends, besonders nach 22.00 Uhr herrscht. Es hat den Anschein, als sollten die Gefangenen bewußt an frühem Schlaf gehindert werden, denn obwohl man sein eigenes Radio ausgestellt hat, bekommt man den Mist von der Nebenzelle aufgezwungen. Ist man dann endlich um 24.00 Uhr (Ende des Programms) voller Ärger und psychischer Belastung eingeschlafen, geht morgens um 6.oo Uhr das ganze wieder in gleicher Lautstärke weiter. Ich betrachte diese Handhabung der hiesigen Aufsichtsdienstleitung als vorsätzliche Folterpraxis, zumal wissenschaftlich erwiesen ist, daß durch diese Lautstärke schwere psychische Störungen bei Inhaftierten aufzutreten pflegen. Außerdem ist ja auch nichts Neues, daß in etlichen Ländern mit dieserlei Praktiken gefoltert wird. Die Beantragung eines eigenen Radios bekommt man hier grundsätzlich abgelehnt, da es sich mit der Sicherheit und Ordnung der Anstalt nicht vereinbaren läßt und die Gewähr nicht dafür besteht, daß mit dem Gerät Mißbrauch getrieben wird. Man ist so gezwungen, um sich auf dem neuesten Informationsstand zu bewegen, mindestens 1–2 Zeitungen zu halten. Viele der Gefangenen können sich dies finanziell jedoch nicht erlauben; sie vegetieren daher in völligem Dämmerzustand, werden aphatisch und infantiel, ja leben oft zeitversetzt. An politischem und allgemeinem Zeitgeschehen sind sie auch bald nicht mehr interessiert, sie leben in den Tag hinein ohne zu wissen, was um sie herum vorgeht. Ab und zu quatschen sie belangloses Zeug aus dem Fenster und brüsten sich damit, daß sie gestern Nacht wieder dreimal onaniert haben, obwohl sie in Wirklichkeit überhaupt keinen mehr hochkriegen. Dies alles wird bewußt seitens der Anstaltsleitung gefördert, denn zu schlau, bzw. zu großen Einblick in die hiesigen Verhältnisse darf der Gefangene nicht bekommen, er könnte ja alles notieren, Beschwerden schreiben, sich gegen die legalisierte Gewalt auflehnen. Einige, die dieser Ohnmacht der Justiz gegenüber nicht länger zusehen können, drehen durch und schlagen in letzter Verzweiflung das Zellenmobilar kaputt. Sie kommen dann in die sogenannte ‚Sichtzelle', die Tag und Nacht beobachtet und bei denen auch Nachts kein Licht ausgeschaltet wird. Nach einigen Tagen, oft auch Wochen kommen sie völlig gebrochen aus diesen Käfigen raus. Das Spiel beginnt von Neuem.

Tropfenweise Wasser

Vor gut 5 Monaten baute man im hiesigen Haus 11 das Bad um. Dieses Bad hat ca. 20 Duschen, die man früher selbst heiß und kalt einstellen konnte. Es war so möglich, beim wöchentlichen Duschen Wechselbäder zu nehmen, die den sowieso schon stark angegriffenen Kreislauf oft wieder in Schwung brachten. Außerdem konnte man sich bis zu 30 Minuten unter der Dusche aufhalten, was sichtlich für die meisten besonders im Sommer eine Wohltat war. Dies ist nun alles vorbei. Man hat um Wasser zu sparen anstelle der Früheren Druckhähne angebracht, die bei Bedienung 1 Minute lang einen hauchdünnen Rieselregen erzeugen. Außer, daß das Wasser weder heiß noch kalt ist, ist die ganze Anlage auf jeweils 10 Minuten maximale Duschzeit eingestellt. Danach hat man fertig zu sein. Viele Inhaftierte, die anfangs mit den neuen Gegebenheiten noch nicht vertraut waren, kamen mit Seifenschaum am Körper aus dem Bad, die Haare noch voller Shampoo. Sie hatten kein Wasser mehr, um sich abzuspülen. Als man die Anstaltsleitung auf diese unmöglichen, menschenunwürdigen Zustände aufmerksam machte, hieß es nur, „dann müßt ihr euch eben schneller waschen".
Ein ‚Neuzugang' erwähnte kürzlich voller Ängste, daß diese ganze Anlage an beiden Seiten mit Stahltüren versehen, Ähnlichkeit mit ehemaligen „KZ-Bädern" hätte, nur das hier kein Gas rauskommt. Erst nach längerem Zureden konnte ich ihn dazu bewegen unter die Dusche zu gehen.
Deutsche Geschichte wird lebendig. Der Layouter.

Das Essen: Logistik

Ich komme nun auf das Essen zu sprechen. Wie bekannt wird in Ossendorf das Mittagessen in der Küche in Tabletts abgefüllt und in die einzelnen Hauswagen verladen. Hierbei handelt es sich keinesfalls wie vielleicht irrtümlich angenommen um moderne Thermowagen, sondern um einfache Karren, die von unten in minimaler Form elektrisch beheizt werden können. Früher war es so, daß nach der ‚Ausgabe'(in der Küche) die vorher zur Erwärmung angeschlossenen Wagen sofort neu beheizt wurden, so daß das Essen bei Abruf der einzelnen Abteilungen recht heiß auf den Tisch kam. Heute macht man es sich einfacher in Hinsicht darauf, daß die Gefangenen zum Teil kaltes Essen empfangen. Man lädt nämlich die Wagen erst eine Stunde später, also gegen 11.00 Uhr und ruft, ohne erneute Warmhaltung der Tabletts die Häuser nacheinander telefonisch ab. Der Nachteil ist, daß Wagen auf Grund der Wartezeit oft 15–20 Minuten abrufbereit im Durchzug stehen und die Speisen kalt werden. Die Ausgabe des Essens in Tablettform hat jedoch einen bestimmten Grund, denn hierbei macht man aus einer normalen Portion, in anderen Haftanstalten im Schlag ausgegeben hier 2–3 Portionen draus, wobei der Tablettinhalt im umgekehrten Verhältnis zum Tablettvolumen steht, ähnlich dem Ruf und der Dämlichkeit der dafür Verantwortlichen zu ihrem Gehalt. Anders ausgedrückt, die Tabletts sind nur minimal gefüllt.
Bei Tätigkeiten in 2 Anstaltsküchen, Köln und Düsseldorf machte ich bezüglich des Kartoffelverbrauchs pro Tag folgende Recherchierung. In der Düsseldorfer Anstaltsküche, die etwa 450–500 Gefangene zu versorgen hat, werden täglich (außer Suppe,

Nudeln, Reis) neun bis neuneinhalb Fünfzig-Liter-Kübel Kartoffeln geschält (bei Suppe nur fünf bis sechs). Hier werden ca. 500 Mann mit versorgt, wobei noch ca. 2 Tonnen dreiviertelvoll am nächsten Tag zur Schweinemarie wandern. In Köln, wo ca. 1.000 - 1.080 Mann, einschließlich Frauen und Jugendliche versorgt werden müssen, müßten demnach grob gerechnet mindesten 18 Kübel geschält werden. Weit gefehlt, es werden ganze 4 Wannen (1 Wanne ca. 3 Kübel a 50 Liter) geschält, macht summa summarum 12 Kübel a 50 Liter. Damit werden alle Insassen, einschließlich der Leute, die Kostvermehrung erhalten, verpflegt. Man braucht nicht viel Verstand zu besitzen, um sich die Menge einer einzelnen Portion auszurechnen.



Das Essen: Rhetorik

Schaut man sich nun aufmerksam den wöchentlichen Speiseplan an, der groß am schwarzen Brett der einzelnen Abteilungen angeheftet ist, glaubt man sich im „Wittelsbacher Hof" in Rosenheim zu befinden. Da heißt es: ‚Ungarischer Saftgulasch' ‚Königsberger Klopse in Kapernsoße', ‚gegrillter Puterrollbraten', ‚original serbisches Reisfleisch', ‚serbische Bohnensuppe mit Speck', ‚Rostbratwurst mit Weißkohlsalat und Petersilienkartoffel' usw. usf. Was effektiv im Tablett ist, hat meist mit dem ‚Angeschlagenen' wenig zu tun, allenfalls die Soße stimmt öfter, das andere scheinen nur Kostproben des ursprünglichen Speiseplanzettels zu sein. Eine Vorsuppe, die oft nur aus ‚Spülwasser' mit ein paar Nudeln besteht gibt es im allgemeinen nur sonntags, bzw. wochentags bei Ankündigung hohen Besuchs. Da will man dann zeigen, wie gut die Knackis leben und mit was für Kalorien sie angeblich gefüttert werden. In Wirklichkeit bewegt sich das Essen kalorienmäßig unter der Minimalzone. Von 2700 Kalorien wird gesprochen, woran ich nicht glauben kann. Obst sieht man meistens nur abends in der Fernsehreklame, dabei ist es gerade hier vitaminmäßig von großer Wichtigkeit und Bedeutung. Zusammenfassend stelle ich fest, daß die einzelnen Inhaftierten durch die Ausgabe des knappen Essens mittags (von morgens und abends ganz zu schweigen) gezwungen sind, sich beim Einkauf, der 3mal im Monat stattfindet, Zusatznahrung zu beschaffen. Dies können aber lediglich gutbetuchte Gefangene, bei den meisten reicht es nur gerade für Tabak und Kaffee. Quantität und Qualität des Essens spricht jeglichem Speiseplan sowie ernährungswissenschaftlichen Gesichtspunkten Hohn.

Das Essen: Ökonomie

Ich komme nun zum Einkauf, der für Untersuchungsgefangene 3mal im Monat stattfindet. Pro Einkauf ist ein Höchstbetrag von 70,– DM festgesetzt, macht zusammen 210,– DM. Wer für diesen Betrag einkaufen kann, müßte im allgemeinen gut leben können, so die Annahme. Doch dies täuscht, schaut man sich die unverschämten Preise auf der Einkaufsliste an. Hierzu muß ich erwähnen, daß es sich bei der JVA-Köln um wie mir bekannt einzigste Anstalt in Nordrhein-Westfalen handelt, die ‚Zetteleinkauf' vornimmt. Dies bedeutet im Klartext, daß man sofern Geld vorhanden zum Wochenende einen grünen Zettel erhält, auf dem rechts der Einkaufsbetrag steht; dazu bekommt man die Artikelliste. Einen Tag später wird alles ausgefüllt eingesammelt. Eine Einkaufsliste an Land zu ziehen, gelang mir bisher nicht. Ich kann jedoch versichern, daß sie lediglich aus 5 DIN A4 Seiten besteht, in der die allgemein üblichen Artikel aufgeführt sind. Will man etwas besonders haben, ich betone im Gegensatz zu draußen, daß auch einfacher Dosentee sowie Weintrauben schon zu den hiesigen Besonderheiten zählen, so wird einem gesagt, entweder wir haben das nicht, oder man liefert diese Artikel mit einem nicht zu kontrollierenden Preis, der an Unverschämtheit nicht seinesgleichen hat. Um die Sache für euch etwas anschaulicher zu machen, füge ich hier einen ausgefüllten Einkaufszettel bei.

Die Waren werden vom hiesigen Vertragskaufmann, dem Lebensmittelhändler H. Roma, dessen Geschäft der Revisionsgemeinschaft Westkauf (REWE) angeschlossen ist, geliefert. Ich erwähne hierzu, daß es sich bei der REWE und dem Edeka-Verband außer der Coop-Zentrale (mit 10,1 Mrd. DM, 77 Umsatz) um die 2 größten Einkaufsgenossenschaften der BRD handelt. In ihnen sind bei Edeka 42382 und bei REWE 13683 Lebensmittelhändler organisiert. Die 1977 erreichten Umsätze der Edeka-Zentrale AG belaufen sich auf 6,75 Mrd. DM, die der REWE-Zentrale auf 5,2 Mrd. DM. Mit weitem Abstand folgt dahinter erst die Filialistenvereinigung Gedelfi mit 3,7 Mrd. 77 Umsatz. Um den Widerspruch Genossenschaft und Zentrale AG vor Augen zu führen, wäre nur zu sagen, daß diese Handelsketten in den sechziger Jahren in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Außerdem begannen beide Handelsketten, dessen Leitungen nach den Prinzipien des Managements von Konzernen arbeiten, Ende der sechziger Jahre mit der Einrichtung eigener Verbrauchermärkte, die es sich zur Aufgabe machten, die eigenen Genossenschaftsmitglieder herauszukonkurrieren. Heute ist es bereits so weit, daß von der REWE-Zentrale AG Mitglieder unter einem Jahresumsatz von 360 000 DM garnicht mehr beliefert werden.

Wie gesagt, durch diese ‚Konzernbrut' erhalten die Inhaftierten ihren Einkauf. Wer nun annimmt, daß sich doch hier bestimmt preisgünstige Angebote einräumen ließen, wird bald schon enttäuscht, denn Artikel, die hier mit einem Sonderpreis vertrieben werden, sind im allgemeinen noch immer fast 30–40% zu teurer als draußen. Der Gefangene mit seinem oft hart erarbeiteten Einkaufsbetrag wird erneut übers Ohr gehauen und exploitiert. Außerdem werden ein Teil Waren nicht frisch angeliefert, wer Ölsardinen kauft, findet auf dem Deckel noch den Stempel von 1973. Bei Büchsenfleisch ist äußerste Vorsicht von Nöten, wie mehrere ernsthafte Erkrankungen bereits gezeigt haben. Man will uns weismachen, daß sich ein anderer preisgünstigerer Vertragshändler nicht finden läßt und erklärt uns, von 10 angeschriebenen Händlern hätten nur 2 zugestimmt. Diese kämen jedoch nicht in Frage, Gründe verschweigt man. Aus einer mir zuverlässigen und vertrauten Quelle weiß ich jedoch, daß sich die Firma Aldi vor 2 Jahren bereit erklärt hatte, den Einkauf in der hiesigen Anstalt zu übernehmen. Warum auch dies nicht

geschehen ist, darüber schweigt man sich ebenfalls aus.

Strafgefangene haben nur 1 Einkauf im Monat und zwar in der letzten Woche des darauffolgenden Monats, zumal die Arbeitsabrechnungen durch die Trägheit der hiesigen Verwaltungsangestellten erst am 18.–20. des folgenden Monats fertiggestellt sind. Zu wünschen wäre, daß man ihnen ihr viel zu hohes Gehalt, welches in keinem Verhältnis zu ihrem Fleiß steht auch erst 6–7 Wochen später zahlen sollte, damit sie diese bodenlose Frechheit am eigenen Leib zu spüren bekommen. Der Strafgefangene kann lediglich über zwei Drittel seines Arbeitsverdienstes als Hausgeld gutgeschrieben beim Einkauf verfügen. Der Rest wandert auf Rücklage, damit die Ansalt nicht gezwungen ist, bei der Entlassung Gelder des Sozialfonds locker zu machen. Kommt es hoch, hat der Gefangene etwa 65,- DM im Monat Einkauf, seine Tüte kommt dem Gewicht einiger aufgeblasener Pariser gleich. Der Betrag ermöglicht nur die notwendigsten Artikel für den eigenen Bedarf zu decken.

Dem Bericht III ist zu entnehmen, daß der Strafgefangene lediglich über 2/3 seines Arbeitsverdienstes als Hausgeld gutgeschrieben beim Einkauf verfügen kann. Der Rest wandert auf Rücklage, damit die Anstalt nicht gezwungen ist, bei der Entlassung Gelder des Sozialfonds locker zu machen. Kommt es hoch, hat der Gefangene etwa 65,– DM im Monat Einkauf, seine Tüte kommt dem Gewicht einiger aufgeblasener Pariser gleich. Der Betrag ermöglicht nur die notwendigsten Artikel für den eigenen Bedarf zu decken.

Hofgang

Nunzur täglichen Freistunde. Im hiesigen Haus 11 befinden sich 2 von Mauern und Werksgebäude eingeschlossene Spazierhöfe im Rechteck von ca. 15x60 m. Entlang der vier Wände ein schmaler Plattenweg, in der Mitte eine Rasenfläche. Morgens um 7.30 Uhr wird durch interne Lautsprecheranlage die erste Freistunde ausgerufen. Allgemein ist vorgeschrieben, daß nicht mehr als 60 Personen in einem der Höfe spazieren gehen sollen. Man wäre also gezwungen, unter Berücksichtigung der im Strafbau im Werksgebäude arbeitenden Gefangenen, die nachmittags Freistunde haben, auf beiden Seiten mindestens 3 Freistunden abzuhalten. Den Anstaltsbediensteten ist dies jedoch zuviel Zeitaufwand. So läßt man oft 120–140 Gefangene wie die Heringe in einem Hof laufen. Das Bild erinnert an Vietnam-Demonstrationen, nur das Spruchbänder und Plakate fehlen. Im Winter laufen die Inhaftierten oft schon im Dunkeln draußen herum, der Eindruck erinnert an Kriegsgefangene während des zweiten Weltkrieges. Grund dieser Maßnahme ist außer der Faulheit der Staatsknechte noch jener, daß nach Möglichkeit um 9.00 Uhr wieder alles unter Verschluß ist und die Vollzugslakaien in ihrem Glashäuschen die Bildzeitung lesen können. Erst vor Monaten konnte erreicht werden, daß sich Gefangene in kleinen Gruppen stehend im Hof unterhalten können, davor wurde man gezwungen, ohne Unterlaß hintereinander zu gehen.

Aus - Schluß

Oberflächenreformen, z.B. eine formalrechtliche Angleichung unseres Strafrechts an die Normen der europäischen Menschenrechtskonvention, werden am Gundzug unseres Strafrechts nichts ändern, daß nämlich die Strafe in der Isolation der Gesetzesbrecher von der Gesellschaft besteht. Diese Isolation hält den Häftling vom gesellschaftlichen Leben fern, mit dem er sowieso genug Schwierigkeiten hatte. Absurd, ja gerade zynisch ist die häufige Begründung der Strafe mit der Hoffnung, der Häftling werde sich nach seiner Entlassung in derselben gesellschaftlichen Lage, die ihn vorher in Konflikt mit dem Gesetz gebracht hatte, nun staatstreu und konform verhalten. Die zeigt schon allein die hohe Rückfallquote im Strafvollzug. Das Modewort ‚Resozialisierung' der Häftlinge, die ein ‚humaner' Vollzug zustande bringen soll, ist sinnlos weil die Strafe gerade im Ausschluß des Sträflings aus der Gesellschaft liegt, in ihrer Desozialisierung.

SABINE SCHMITZ BLEIBT IN U-HAFT

KARLSRUHE 1. Juni *Die Anwältin von Sabine Schmitz, Frau Anne Riehle, schickte uns folgende Presseerklärung:*

Sabine Schmitz befindet sich seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Hauptanklagepunkt ist der Vorwurf, bei einem angeblich von Haag und Mayer in Aosta getätigten Waffenkauf anwesend gewesen zu sein. Deshalb sei Sabine Schmitz „Mitglied" dieser terroristischen Vereinigung („Haag-Mayer-Bande"). Der einzige Zeuge, der Sabine Schmitz bei diesem Waffenkauf gesehen haben will, hat inzwischen ausgesagt, daß er sich weder heute noch bei der 1977 erfolgten Gegenüberstellung sicher gewesen sei, daß es Sabine Schmitz war, die bei diesem Waffenkauf anwesend war. Trotzdem ist Sabine Schmitz weiterhin in U-Haft.

Während des inzwischen mit über 50 Verhandlungstagen laufenden Strafverfahrens kam es zu einer ganzen Reihe drastischer Behinderungen der Verteidigung: So wurde den Verteidigern bei der Vernehmung des oben genannten Zeugen das Fragerecht beschnitten, einer der Verteidiger wurde mit gezogener Maschinenpistole vor dem Prozeßgebäude vorläufig festgenommen, der Vorsitzende regte bei den zuständigen Staatsanwaltschaften die Einleitung von ehrengerichtlichen Verfahren gegen die Verteidiger an. Bei Sabine Schmitz führte dies dazu, daß sie den Eindruck gewann, ihr Verteidiger kapituliere vor diesen Bedingungen: sie entzog ihrer Wahlpflichtverteidigerin deshalb das Mandat.

Nun lehnt es der Vorsitzende des erkennenden Gerichts ab, diese Verteidigerin zu entpflichten und die neue Wahlverteidigerin von Sabine Schmitz zu verpflichten, obwohl die Pflichtverteidigerin seit 4 Wochen nicht mehr in der Hauptverhandlung erschienen ist, zwei Entpflichtungsanträge gestellt hat und unmißverständlich erklärte, daß ihr eine weitere Verteidigung nicht mehr zumutbar sei. Nach Meinung des Vorsitzenden soll sie auch ohne Vertrauen weiter verteidigen, da sie ja – im Gegensatz zu dem auch noch vorhandenen Sicherungsverteidiger, ja das „Hintergrundwissen" habe! Inzwischen ist ein neuer Haftentlassungsantrag gestellt: Denn aufgrund der neuen Aussagen des einzig relevanten Belastungszeugen kann vom Bestehen eines „dringenden Tatverdachts" keine Rede mehr sein. Schon gar nicht kann mehr von einer Verhältnismäßigkeit der Dauer der U-Haft gesprochen werden, so daß sich der Verdacht aufdrängt, Sabine Schmitz befände sich einzig wegen ihrer staatsfeindlichen Gesinnung noch in U-Haft. An der Entscheidung des Gerichts wird man sehen, ob zwischen dem Aufzwingen zweier Verteidiger, die nicht das Vertrauen der Angeklagten haben, und der Haftfortdauer ein Zusammenhang besteht.

Inzwischen entschied der vorsitzende Richter, daß die Wahlpflichtverteidigerin jetzt doch entpflichtet wird und verpflichtete die Wahlverteidigerin, Frau Riehle. Der Haftentlassungsantrag wurde abgewiesen, was bedeutet, daß Sabine Schmitz weiterhin in U-Haft bleibt.

Kontakt: Anne Riehle, Leopoldstr. 46, 75 Karlsruhe 1



BÜRO DES ROTEN KREUZES BESETZT

BRÜSSEL 7. Juni *Wie im ID 285 schon kurz gemeldet, besetzten am 6.6. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD das Büro des Roten Kreuzes in Brüssel. Folgendes sind ihre Motive und Forderungen:*

„folgende gründe veranlaßten uns zu dieser aktion:

— das permanente totschweigen der haftbedingungen in brd-gefängnissen durch die deutschen massenmedien und die fast durchgängige nachrichtensperre über die tatsache, daß sich inzwischen 50 politische gefangene im hungerstreik befinden, einige von ihnen schon seit dem 20. april.

— die erfahrung, daß für diese gefangenen innerstaatliches recht seit jahren außer kraft gesetzt ist: die politischen gefangenen sind weiterhin einer sonderbehandlung unterworfen, in d der sie durch isolation zerstört werden sollen.

— von staatlicher seite gegebene zusagen bezüglich der verbesserung der haftsituation wurden nicht eingehalten bzw. nach kurzer zeit wieder rückgängig gemacht.

— unter diesen voraussetzungen halten wir es für die aufgabe und pflicht von internationalen humanitären organisationen, die haftbedingungen der politischen gefangenen zu untersuchen und permanent zu kontrollieren.

— wir haben deshalb brüssel gewählt, weil diese stadt eines der zentren für das projekt der europäischen integration ist, für die durchsetzung des „modell deutschland" in europa. wir wollten damit unseren protest ausdrücken gegen eines der wesentlichen Ziele dieses projekts: die auslöschung des widerstands in europa.

deshalb fordern wir grundsätzlich, daß das CICR (comite international du croix rouge) die haftbedingungen aller politischer gefangener aus widerstandsbewegungen in westeuropa kontrolliert. nach anfänglichem mißtrauen wurde unsere aktion im roten kreuz verständnis entgegengebracht. wir konnten ungehindert eine ausführliche pressekonferenz abhalten, bei der zwei belgische fernsehteams, der holländische und belgische rundfunk sowie holländische und belgische presse und liberation aus frankreich anwesend waren. auf der konferenz sprachen mehrere angehörige, ein deutscher anwalt, ein holländischer arzt und zwei ehemalige gefangene. das französischsprachige und das flämische belgische fernsehen brachten in den abendnachrichten einen ausführlichen mehrminütigen bericht über die aktion, den hungerstreik und die forderungen, sowie interviews mit den angehörigen. auch im radio kamen mehrmals berichte und interviews.



„Wir fordern die Aufhebung der Isolationsfolter. Zusammenschluß in Gruppen zu 15. Kontrolle der Haftbedingungen durch das Internationale Rote Kreuz.

der vertreter des roten kreuzes in brüssel erklärte auf der pressekonferenz seine mangelnde kompetenz für unsere vorgebrachten probleme und verwies auf die zuständigkeit der genfer zentrale des CICR, welche er noch am gleichen tag per telex über unsere aktion und die forderungen informierte. die forderungen an das internationale kommitee des roten kreuzes (CICR) lauteten im einzelnen: „wir fordern, daß das CICR unverzüglich die gefangenen im hungerstreik besucht und interveniert, damit diese haftbedingungen nicht weiter andauern."

„wir fordern die schaffung einer permanenten kommission des CICR, damit die haftbedingungen von allen politischen gefangenen kontrolliert werden."

„wir fordern, daß das thema der haftbedingungen der politischen gefangenen bei der nächsten internationalen versammlung des CICR in genf auf die tagesordnung gesetzt und diskutiert wird, und daß dazu eine delegation der angehörigen der politischen gefangenen als zeugen geladen wird."

die angehörigen der politischen gefangenen der brd

Kontaktadresse: C. Cullen, Fremersbergstr. 77, 7570 Baden-Baden.

UNTERSCHRIFTEN FÜR WERNER SCHLEGEL

AACHEN 4. Juni *Werner Schlegel hat am 7. Juni 2/3 seiner sechsjährigen Haftzeit hinter sich. Freunde von ihm fordern deshalb zu einer Briefaktion und Unterschriftensammlung auf, damit ihm der Rest der Haftstrafe erlassen wird. Die Initiatoren schreiben u.a.:*

„(...) Über den Antrag zur Haftentlassung entscheidet in letzter Instanz der Anstaltsleiter, nachdem vorher von verschiedenen Seiten, i.d.R. besonders der Anstaltskonferenz (vor allem Leitung, Sozialarbeiter, Pfarrer, Sicherheitsinspektor usw.) eine Stellungnahme abgegeben wurde. Darüberhinaus ist vor allem bei Werner mit einer Stellungnahme des Justizministers und des Landeskriminalamts zu rechnen, die möglicherweise aus sehr allgemeinen „sicherheitspolitischen" Gründen negativ ausfallen wird. Wir sind aufgrund unserer teils mehrjährigen Bekanntschaft mit Werner überzeugt, daß er die Bedingungen einer vorzeitigen Haftentlassung auf Bewährung erfüllt. Wir versuchen darüberhinaus seit einiger Zeit, ihn bei der Suche nach Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten zu unterstützen. So liegt ihm ein Arbeitsplatzangebot einer Berliner Druckerei schon vor. Werner wird außerdem einen Teil seines Lebensunterhalts aus literarisch/publizistischer Arbeit bestreiten — das also weitermachen, was er schon vor seiner und während seiner Haftzeit begonnen hat.

Wir unterstützen ihn dabei mit dem beklemmenden Gefühl, daß sehr wahrscheinlich trotz eines zu erwartenden positiven Urteils der Anstalt (inoffiziell verlautbart) eine aus politischer Opportunität, von übergeordneten Instanzen gegen alle anderen Gründe durchgesetzte Entscheidung den dünnen Schleier einer großen Hoffnung zerreißen wird. Einer unterschwelligen Hoffnung, denn weder Werner noch wir machen uns Illusionen über seine geringen Erfolgsaussichten. Aber über die Vorstellung möglicherweise ZWEI Jahre weniger mit nahezu ruinierter Gesundheit in einer Haftzelle zu verbringen, hilft auch ein kluger Zweckpessimismus nicht hinweg.

(Schon vor seiner Haftzeit wurde Werner wegen einer Lungentuberkulose ein Teil eines Lungenflügels operativ entfernt. Seine Gesundheit war immer schon angeschlagen. Nun leidet er an einer chronischen Darmentzündung. Wegen Verdachts auf Magen- und Darmgeschwüren wurde er am 20.3.79 geröngt und wartet seitdem auf den Befund. Sein Körpergewicht beträgt bei einer Größe von 1,76 m nur 56 kg.)

Wir befürchten, daß sich von allen an der Entscheidung über die vorzeitige Entlassung beteiligten Instanzen vor allem diejenigen querlegen könnten, die auch bisher für seine extrem scharfen Haftbedingungen verantwortlich sind... Wir sind entschieden der Meinung, daß allein schon die ungewöhnliche Härte dieses Vollzugs eine Entlassung auf 2/3 der Haftzeit rechtfertigt. Wir haben alle, die wir mit Werner in Kontakt stehen, diesen schleichenden nervlichen und gesundheitlichen Verfall verfolgen können, — und Werner wegen seiner ungebrochenen Widerstandskraft bewundert.

Und Werner ist ein unbequemer Gefangener, der sich während seiner gesamten Haftzeit aufgrund eigener Erfahrun mit allen

legalen Mitteln für menschenwürdige Haftbedingungen für alle Gefangenen eingesetzt hat. Dazu gehörte z.B. sein Einsatz für den schwerkranken „normalen" Gefangenen Kurt Schnedewind, die Vermittlung von Weihnachtspaketen, seine literarischen Texte zum „Normalvollzug", dazu gehörte auch die Teilnahme an Hungerstreiks, die Unterstützung von RAF-Gefangenen, auch wenn er zu ihnen zu jeder Zeit ein äußerst kritisches Verhältnis hatte. Dies möchten wir nicht unerwähnt lassen, weil zu befürchten steht, daß ihm dies gewisse Leute nicht verzeihen und als Zeichen mangelnder Resozialisierung auslegen werden.

Wir fragen allerdings: soll das Kriterium für „Resozialisierung" um die es hier geht, politische oder sonstige Fügsamkeit heißen? Gerade Werners Sensibilität für Unterdrückung und seine Bereitschaft, menschenunwürdige Verhältnisse nicht einfach widerstandslos hinzunehmen, sollte positiv für ihn zu Buche schlagen! Und seine Bereitschaft, den Rahmen der Legalität nicht zu verlassen, darf nicht unter den Tisch gekehrt werden. Dagegen würde mit großer Wahrscheinlichkeit ein unerbittlicher Vollzug der — ohnehin überaus harten Strafe — bis zum letzten Tag, vor allem unter den vorherrschenden Haftbedingungen, einen Prozeß der Verzweiflung in Gang setzen, der bei vielen Gefangenen immer wieder fatale Folgen hat... Haben daran bestimmte Kreise etwa ein Interesse? Nachschub an Desperados? Werner hat andere Pläne!

Bereits vor seiner Inhaftierung war Werner Schlegel journalistisch tätig. Als Pressesprecher einer Dortmunder Bürgerinitiative knüpfte er vielfältige Kontakte zur Regionalpresse. Gelegentlich schrieb er in den Lokalseiten ortsansässiger Zeitungen. Schon in den ersten Tagen seiner Haft begann Werner, literarisch aktiv zu werden — und zu schreiben. Er intensivierte diese Tätigkeit, soweit sie nicht durch den Strafvollzug, Anhalteverfügungen und Zensurmaßnahmen behindert wurde (vgl. „Verhaftete Drucksachen", hrsg. von der Initiative Peter-Paul Zahl, Ffm 1978), und begann, Gedichte und Satiren zu publizieren; in seinen Texten setzt er sich kritisch mit seinen Haftbedingungen, der Situation von Mitgefangenen, dem bundesdeutschen Strafvollzug und a nderen bösen Entwicklungen in diesem Lande auseinander. Erst hier draußen erhielte Werner die Möglichkeit, seine vielfältigen Kontakte wahrzunhemen und in der Redaktion der Literaturzeitschrift „Das Nebenhorn" aktiv mitzuwirken.

Wir möchten deshalb herzlich bitten, sich durch ein persönliches Anschreiben, oder durch Unterschrift unter die beigefügte Liste für Werners Haftentlassung zum 7. Juni 79 einzusetzen. Diese Schreiben bitten wir an folgende Adresse zu senden:

Original an:
Minister für Justiz des Landes NRW, z.Hd. Herrn Eickmeyer, Martin-Luther-Platz 40, 4000 Düsseldorf
Kopie an:
Die Anstaltsleitung der JVA Rheinbach, z.Hd. Herrn Reg.Dir. Breitkreuz, Postfach 601, 5308 Rheinbach
Spenden bitte unter dem Stichwort Werner Schlegel auf das Konto:
4047 080 Stadtsparkasse Aachen, (BLZ 390 500 00) Bertold Schachta
Kontakt:
Initiative Werner Schlegel, c/o Dirk Backes, Adlerberg 2, 5100 Aachen.

URTEIL GEGEN JOHANNES ROOS: 8 JAHRE FREIHEITSSTRAFE

Frankfurt 12. Juni — *Zum Urteil gegen Johannes Roos eine Presseerklärung der Anwälte:*

Johannes Roos, der beschuldigt worden war, Mitglied einer Revolutionären Zelle gewesen zu sein und in diesem Rahmen die Entführung des Kardinal Höffner und der CDU-Politikerinnen Annemarie Griessinger und Rita Waschbüsch geplant zu haben, ist am 12.6.79 vom 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf zu einer Freiheitsstrafe von 8 Jahren verurteilt worden. Dies jedoch nicht wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung und der Verabredung zur Geiselnahme der drei Prominenten, sondern wegen räuberischer Erpressung (Bankraub), bewaffentem Autodiebstahl, einer Geiselnahme aus Anlaß einer versuchten Selbstbefreiung im Frankfurter Knast, Verstoßes gegen das Waffengesetz, Urkundenfälschung und Diebstahl oder Hehlerei. Der Vorwurf, zu einer terroristischen Vereinigung zu gehören und die Entführung der drei PProminenten geplant zu haben, war von vorneherein nicht beweisbar; trotzdem wurde deswegen Anklage gegen Johannes erhoben, die schließlich erwartungsgemäß während des Verfahrens fallengelassen wurde. Diese eingestellten Vorwürfe boten jedoch dem Gericht bei der Urteilsverkündung die Gelegenheit, noch einmal politische Propaganda zu betreiben: Obwohl längst nicht mehr Gegenstand des Verfahrens und demgemäß nicht mehr der Verurteilung, wurde Johannes in der Urteilsbegründung angelastet, er habe durch die angebliche Anmietung einer Wohnung einen "Stützpunkt terroristischer Aktivitäten" geschaffen und biete das "Bild eines Täters, der schwerste Straftaten" geplant habe.

Die Verteidiger von Johannes Roos sahen sich vor Beginn der Urteilsverkündung noch einmal gezwungen, einen Ablehnungsantrag gegen das Gericht wegen Befangenheit anzubringen. In der Zeit unmittelbar nach den Plädoyers der Staatsanwaltschaft, also vor den Plädoyers der Verteidiger, hatte das Gericht an Angehörige und Freunde von Johannes Besuchserlaubnisse verschickt, die nicht etwa für seinen derzeitigen Haftort Düsseldorf, sondern für die Justizanstalt Köln ausgestellt waren. Johannes mußte hieraus schließen, daß seine Richter sich ohne Anhörung der Argumente der Verteidiger Gedanken darüber machten, wohin er nach dem Urteil zur weiteren Untersuchungshaft kommen sollte. Der Befangenheitsantrag wurde als unzulässig zurückgewiesen, tat aber seine Wirkung: Das Gericht sah sich gezwungen, vor der anwesenden Presse die Ausstellung der Besuchserlaubnisse auf die Justizvollzugsanstalt Köln als ein Versehen hinzustellen.

Auf den Antrag der Verteidiger, das Verfahren gegen Johannes Roos einzustellen, weil wegen der Sonderbedingungen der als Terroristenprozeß durchgeführten Verfahrens die Prozeßvoraussetzung des "fairen Verfahrens" nicht mehr gewährleistet ist, ging das Gericht vorsichtshalber gar nicht erst ein. Auch die Argumente der Verteidigung gegen die Täterschaft von Johannes bei dem ihm zur Last gelegten Bankraub wurden vom Gericht keineswegs widerlegt, sondern nur gestreift, wo sie entkräftbar schienen. Mit der Mehrzahl der Verteidigerargumente setzte sich der Senat nicht auseinander. Besondere argumentatorische Haken schlug das Gericht, als es versuchte, aus der Nötigung eines Justizvollzugsbeamten im Frankfurter Knast, dem Johannes eine Pistolenattrappe unter die Nase gehalten hatte, eine Geiselnahme zu zimmern. Zur Geiselnahme gehört, daß man jemanden in seine Gewalt bringt, um andere dadurch unter Druck zu setzen. Hiervon konnte keine Rede sein. Trotzdem hat das Gericht wegen Geiselnahme verurteilt.

Während der Urteilsverkündung schloß es obendrein Johannes aus. Er hatte es nämlich fertiggebracht, die Begründung des Urteils etliche Minuten dadurch zu dabotieren, daß er lautstark die Presse aufforderte, über die Haftbedingungen und den Hungerstreik der politischen Gefangenen zu berichten.
Kontakt: Rechtsanwalt Bernd Koch, Hochstraße 52, 6 Ffm 1.

FREIHEIT FÜR ALLE

KÖLN 8. Juni *Die Schwarze Hilfe Köln will auf die Haftsituation von Heinz Schümann aufmerksam machen. Schümann wird u.a. beschuldigt, Kassiber für Norbert Kröcher (Knofo) weitergeleitet zu haben. Die Schwarze Hilfe schreibt u.a.:*

"Heinz Schümann, ein Gefangener unter 50-60.000 Gefangenen in der BRD, ein MENSCH, der einen Großteil seines Lebens hinter Mauern verbrachte, ein Schwuler im Knast, ein Rebell im Knast, ein Rebell 'draußen', erhielt durch das Landgericht Frankenthal am 16.5.79 eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren, plus absehbaren Widerruf von 1 Jahr Freiheitsstrafe, für fortgesetzten schweren Diebstahl, in Tateinheit mit Betrug bzw. Unterschlagung. Heinz erfuhr, nach seinen eigenen Worten, erst im Knast, durch Knofo, einen Bewußtwerdungsprozeß, er erkannte wer und was er ist, er erkannte, warum er immer wieder 'einfuhr'.

Heinz ist ein Teil der Gefangenenbewegung. Heinz ist ein Bruder, ein Genosse, eine Schwester.

Sein Aufruf, aus seinem Termin ein Schwulentribunal zu machen, blieb ungehört. Die Linke ist nicht an ihm interessiert, das spiegelte sich anläßlich seines Termines durch die leeren Zuschauerbänke wider. . .

Der überwiegende Teil der bestehenden Knastgruppen hat sich auf die Prominentenarbeit verlegt; man sagt, aus ner Resignation heraus; man sagt, 'weil man sich mit den "Sozialen" eh nicht gut verständigen kann'; man findet bestimmt ausreichende 'Entschuldigungen'. . .

Menschenfeindliche Haftbedingungen, Folter, Isolation, Zerstörung der sozialen Bedingungen usw. usf., all dies trifft nicht nur eine Minorität, sondern jeden Gefangenen in diesem Land, den 'bewußten' Gefangenen, den Gefangenen, der sich wehrt und denkt, besonders. Es waren keine Genossen von der RAF, die im Klingelpütz, in Mannheim und in den vielen anderen Knästen starben; Stammheim ist überall!!!

Auch Heinz erhielt den 'Polit-Zuschlag', weil er solidarisch ist, mit politischen Gefangenen und nicht wie so mancher Linke nur redet, sondern etwas vorlebt. Merkwürdig nur, daß die politischen Gefangenen in den Knästen selber kaum (außer einigen unrühmlichen Ausnahmen) Unterschiede machen und kennen — ergo wird diese unterschiedliche Behandlung von außen ('draußen') aufgepfropft, von denen also, welche doch angeblich die Interessen der Politischen vertreten. Sollte sich da ein Fehler, oder ein Versäumnis eingeschlichen haben? Es wäre für manchen Knastarbeiter, für manche Knastarbeiterin an der Zeit sich einige Gedanken zu machen und zu erkennen, daß es nur eine Forderung, nur ein Ziel geben kann:

FREIHEIT FÜR ALLE!"

Kontakt: Schwarze Hilfe Cölle, c/o Günter Butt, Nußbaumerstr. 39, 5000 Köln 30

HUNGERSTREIK IM FRAUENGEFÄNGNIS PREUNGESHEIM

F RANKFURT 11. Juni *Von der Frauengruppe Frankfurt, c/o Stobbe, Moselstr. 39, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/23 17 11 erhielten wir diesen Bericht:*

Seit letztem Freitag, 8. Juni, sind im Frankfurter Frauengefängnis 21 Gefangene im Hungerstreik. Sie haben eine gemeinsame Erklärung verfaßt, in der sie erstens die Entlassung des neu eingesetzten Anstaltsleiters Kulenkampff und des Sicherheitsbeauftragten Nolte fordern. Zweitens wehren sie sich gegen ein von eben diesem Anstaltsleiter geplantes Konzept, die gesamte Haftanstalt umzustrukturieren. Das soll so aussehen: alle Gefangenen sollen nach ihren "Delikten" getrennt werden, also die Frauen, die wegen Drogendelikten sitzen, zusammen; die Frauen, die wegen politischer Delikte sitzen, zusammen; die Frauen, die wegen klassischer Delikte sitzen wie Diebstahl etc. zusammen. Darüberhinaus soll für die Gruppe der Drogenabhängigen eine Zwangstherapie eingeführt werden. In ihrer Hungerstreikerklärung haben die 21 Frauen außerdem ein Programm aufgestellt, um das sie sich in Zukunft weiter organisieren wollen. Sie kämpfen für die Selbstorganisation der Gefangenen.

Zu dem Programm gehören unter anderem: *Informations- und Versammlungsfreiheit; Abschaffung von Rollkommandos, Hausstrafen und Isolation; ausreichender Hofgang und offene Zellen; gleiche Behandlung der ausländischen Gefangenen; statt Zwangstherapie Selbsthilfegruppen der drogenabhängigen Gefangenen; keine Trennung der Gefangenen nach Alter, Delikten oder Straflänge; freie Arztwahl; Kranken/Rentenversicherung; freie Sexualität; Verbesserung der hygienischen Zustände (in Preungesheim gibt es noch Kübel); Tariflohn und Streikrecht.*

In ihrer Erklärung solidarisieren sich die Frauen auch mit den 45 Gefangenen, die seit 6 Wochen in ganz Westdeutschland und Berlin im Hungerstreik sind, um eine Zusammenlegung in kleinen Gruppen zu fordern und gegen ihre Isolation zu kämpfen.

In Preungesheim sind die 21 Frauen sofort bei Beginn ihres Hungerstreiks in die Zellen eingeschlossen worden, und zwar 24 Stunden am Tag. Weder haben sie Hofgang noch werden sie dem Arzt vorgeführt. Dreimal täglich erscheinen Schließer an der Tür und stellen eine Kanne Wasser in die Zelle. Die Arbeitsplätze der Gefangenen wurden sofort weitergegeben. Jede Gefangene, die mit den Hungerstreikenden Kontakt aufnimmt, wird sofort eingeschlossen. Die Beamtinnen haben das gleich zu Anfang kommentiert mit: "Diesmal läuft's anders!"

Inzwischen haben 50 andere Gefangene eine Unterschriftenliste gemacht, in der sie sich gegen den Hungerstreik erklären und die Verlegung der "Rädelsführer" verlangen. Bezeichnend ist aber, daß nicht die 50 Gefangenen sich organisiert haben, sondern daß die Beamten mit der Unterschriftenliste durch die Stationen gegangen sind.

Die Art, wie in der Anstalt mit diesem Hungerstreik verfahren wird, ist offenbar der Teil der sog. "Sozialstrategie": Nachdem die ehemalige Anstaltsleiterin Eva v. Pilgrim, die noch eine verwaschene Art von Reformpolitik vertrat, vom Justizministerium auf üble Art abgeschoben worden war, wurde Kulenkampff vorübergehend (aber wahrscheinlich langfristig, falls sein Konzept klappt) als Anstaltsleiter eingesetzt. Er hat öffentlich erklärt, daß er sein Amt als "Sozialtechnik" begreift.

In der Praxis sieht das für die Gefangenen so aus, daß sie in Kategorien zerteilt werden, daß Widerstand unterdrückt wird, wo er nur erahnt wird; dazu gehört die offizielle Abschaffung des Isolationstraktes, praktisch aber haben schon die höheren Aufsichtsbeamten die Befugnis, aufrührerische oder nur nervöse Gefangene in diesem Flügel einzuschließen. Dazu gehört auch, daß männliche Schließer gegen die Frauen eingesetzt werden. Und dazu gehört auch das von den Gefangenen als "Drogenkonzentrationslager" bezeichnete Konzept, mit dem an drogenabhängigen Frauen zwangsweise "Therapie" durchgeführt werden soll.

DIE SITUATION IM HUNGERSTREIK

FRANKFURT 13. Juni *Trotz einiger widersprüchlicher Informationen, können wir folgendes über den Hungerstreik berichten. Die Berichterstattung stellt eine Erweiterung der in den ID-Nummern 284 und 285 gegebenen Informationen dar.*

Während Roland Meyer am 10.6. den Hungerstreik aus gesundheitlichen Gründen abgebrochen hat, haben sich folgende Gefangenen dem Hungerstreik angeschlossen:

A. Müller	Stammheim
A. Newerla	Stammheim
Dieter Wedekin	Ffm-Preungesheim
Jürgen Tauras	Preungesheim
Klaus Dorff	Preungesheim
Wolgang Beer	Preungesheim

Bei den namentlich nicht genannten Gefangenen, die in Nürnberg in den Hungerstreik getreten sind (siehe ID 285) handelt es sich um Inge Piroch, Gabor Winter und Wolfgang Burghardt. Neben den bekannten Forderungen, um die es im Hungerstreik geht, fordern die Gefangenen aus Nürnberg

- die Zulassung freier Ärzte ihres Vertrauens
- den ganztägigen Zusammenschluß an drei Tagen pro Woche, bzw. die Zusammenlegung auf einen Gang für den Zusammenschluß von Inge, Gabor und Burkhardt.

Zu den Forderungen sagt Inge in ihrer Erklärung: „mein hungerstreik, die forderungen nach 2 legitimen punkten, deren zugeständnisse für die justiz ein leichtes wäre, sind notwendigkeit. notwendig sind neutrale, objektive, nicht-korrumpierte ärzte. es bedarf ja keiner großen phantasieanstrengung, um sich auszumalen wie die gutachtererstellung in den staatlichen irrenhäusern aussieht; es bedarf ebenso keiner enormen vorstellung, wie das resultat in form eines gutachtens dann ausfällt. außerdem wurde mir bekannt, daß dickgesponnene fäden — wohl eine form der neuen amtshilfe — von den ärzten der irrenhäuser zum psycho-dr. schildmayer führen. die sippenhafte zusammenarbeit von justiz und den staatlichen einrichtungen ist damit auch für den öffensichtlich der bislang noch dem glauben d der objektivität nachhing."

Fünf Frauen aus dem Nürnberger Knast haben sich in einem befristeten Hungerstreik vom 30.5. — 6.6. mit den Forderungen von Inge, Gabor und Wolfgang solidarisiert. Warum die Zulassung von Ärzten, die das Vertrauen der Gefangenen genießen, so wichtig ist, zeigt folgender Auszug aus einem Brief, der uns aus Nürnberg zuging:

„Freie Ärzte, weil
vor seiner inhaftierung hatte gabor ein körpergewicht von 68 kg, nahm dann in franz. haft — in auslieferungshaft — so ab, daß er, als er in amberger zuchthaus eingeliefert wurde, nur noch 53 kg wog. von dort wurde er mit einem gewicht von 58 kg nach nürnberg überstellt, und hier nahm er wieder innerhalb von 4 wochen 8 kilo ab. — (ohne in hungerstreik gewesen zu sein.)

während des zweiten verhandlungstages hatte gabor einen kreislaufkollaps, der sogar von schildmayer (ehemaliger knastarzt) diagnostiziert wurde. ebenso stellte schildmayer auch in einer oberflächlichen untersuchung akute herzrythmusstörungen fest.

inge befand sich bereits vor ihrer inhaftierung unter ärztlicher behandlung. sie hatte und hat kreislaufstörungen, schwindelanfälle, konzentrationsschwächen und krampfartige schmerzen. während der haft haben sich ihre beschwerden extrem verschlimmert, und treten immer häufiger auf. außerdem hatte sie schon öfter kreislaufzusammenbrüche im knast.

inge, gabor und wolfgang kämpfen schon seit dem ersten verhandlungstag für die zulassung freier ärzte ihres vertrauens. durch die nürnberger knastärzte bausenwein und jahn kann eine ärztliche versorgung in keiner weise gewährleistet werden. (z.b. genehmigte bausenwein sogar den einsatz des in internationalen kriegen verbotenen giftgases chemical mace in die geschlossene zelle, ohne inge je zuvor untersucht zu haben.)

gabor, inge und wolfgang haben immer noch keinen arzt ihrer wahl gesehen. stattdessen wurden sie von dem gerichtsmediziner schildmayer (ist im ruhestand) unter unmittelbarer anwendung körperlichen zwangs untersucht, wovon inge noch jetzt eine verletzung an der hand hat, und woraufhin unerwarteterweise sogar dieser gerichtsarzt die untersuchung ablehnte, „da mann einen menschen nicht gegen seinen willen untersuchen kann". nachdem diese untersuchung so nicht erfolgen konnte, faßte der vorsitzende richter mürschberger einen neuen beschluß: einweisung der drei angeklagten in eine psychiatrische klinik zur beobachtung (6 wochen lang) ebenfalls unter anwendung unmittelbaren zwangs. dagegen wurde von rechtsanwälten und angeklagten beschwerde eingelegt, die wahrscheinlich schon am freitag entschieden wird. es gilt festzustellen, daß die gefangenen nie psychische untersuchung und behandlung gefordert haben, sondern nur behandlung ihrer organischen schäden durch fachärzte ihres vertrauens! auch günter braun benötigte medizinische hilfe. auch er kam in die psychiatrie, dort angekommen, verstarb er."

FERNSCHREIBEN

in der brd und westberlin befinden sich 47 gefangene im hungerstreik, einige davon bereits in der siebten woche. sie befinden sich in akuter lebensgefahr. sie sind haftbedingungen unterworfen, die unter dem begriff „sensorische deprivation" bekannt sind. sensorische deprivation ist die unmenschlichste methode der verzögerten auslöschung von leben. über monate und jahre angewendet ist sie der sprichwörtliche perfekte mord. es ist eine von pervertierten amerikanischen und deutschen wissenschaftlern entwickelte methode ähnlich jener kz-ärzte, die an menschen systematisch ihr wissenschaftliches vernichtungsprogramm erforschten und praktizierten.
isolation und sensorische deprivation wurden von amnesty international und der uno-menschenrechtskommission als folter bezeichnet.

die gefangenen fordern:

- die zusammenfassung der gefangenen zu interaktionsfähigen gruppen, wie sie von den gerichtlich bestellten gutachtern seit jahren gefordert werden
- die abschaffung der spezialzellen und isolationsbunker
- aufhebung von informationsbeschränkungen und der trennscheibe
- zulassung von externen ärzten des vertrauens
- die anwendung der mindestgarantien der genfer konvention über die behandlung von gefangenen
- die kontrolle der haftbedingungen durch eine internationale überwachungskommission
- die freilassung von günther sonnenberg, der infolge seiner kopfverletzung haftunfähig ist.

frauengruppe schwarze rose
westberlin
2. Juni 1979

Berlin — Der alltägliche Skandal

Der Arbeitskreis Heimerziehung aus Berlin hat eine Dokumentation über das Mädchenheim im Diakonischen Zentrum Heiligensee herausgegeben: "Der alltägliche Skandal". Die Broschüre ist 40 Seiten dick und kostet drei Mark.
Kontakt: Regenbogen Buchvertrieb, Zillestr. 111, 1000 Berlin 10

Über - See

REISE NACH CHILE

"Was in den letzten fünf Jahren in Deutschland über Chile gesagt wurde, ist ja alles erstunken und erlogen", sagte mir ein Flugpassagier auf der Rückreise nach Europa. Und es fiel mir schwer, diese Äußerung dem Mann besonders zu verübeln, war doch auch ich, Mitarbeiter der LN (Lateinamerika–Nachrichten), zutiefst befremdet und irritiert über vieles, was ich in diesen Wochen gesehen hatte.

Die Einreise

Bevor ich von Tacna über die peruanisch-chilenische Grenze nach Arica gehe, habe ich dem chilenischen Zoll schon die erste Aufgabe abgenommen und mich selbst gründlich überprüft. Ich habe keine "subversive" Literatur dabei, die Adressen aus Santiago sind im Kopf – das Adressbuch in Lima. Als ich dann vor dem Grenzbeamten stehe, habe ich trotzdem Angst, denn er beginnt mit meinem Paß in der Hand in einer vor ihm liegenden Liste nach meinem Namen zu suchen. Plötzlich fällt mir ein, was hinter meinem Namen auf der Liste stehen könnte: 3 Jahre Chile–Solidaritätsarbeit – Briefe und Resolutionen zur Freilassung politischer Gefangener unterzeichnet – einige Artikel in einer linken Zeitschrift über die Lage im Lande geschrieben – usw.

Während der Typ weiter auf der Liste nach meinem Namen sucht, fragt er nach meinem Beruf. Ich will gerade Student sagen, da habe ich plötzlich Angst, das könnte ihn mißtrauisch machen. Mit fester Stimme sage ich: "comerciante" – Kaufmann, und tatsächlich, er sieht mich lächelnd an, legt die Liste weg und läßt mich passieren.

Später, im Flugzeug nach Santiago, muß ich über mein Verhalten lachen. Sicher stand mein Name nicht auf der Liste und sicher hätte ich als Student genauso die Grenze passieren können wie als Kaufmann.

Dann Santiago: Ein Grenzbeamter liest mein Einreiseformular und wünscht mir – ohne nach dem Inhalt meiner Koffer zu fragen – " einen angenehmen Aufenthalt und gute Geschäfte". Danke!

Santiago-City – ein potemkinsches Dorf ?

Bei der Fahrt durch die Stadt fällt mir auf, daß nur sehr wenige Leute auf der Straße sind, obwohl es doch Samstagabend und noch sehr früh ist (22 h).
"Die Leute haben gelernt, zu Hause zu bleiben" ist die Antwort Marias, die mich zusammen mit Alfredo vom Flugplatz abgeholt hat. "Schau mal nach links, das ist die Moneda (Regierungspalast von S. Allende). Die reparieren noch immer die Bombenschäden". Ich habe auf einmal das Gefühl, die Düsenjäger zu hören, die am 11. September 1973 die Moneda angegriffen und beschossen hatten, erinnere mich an das Bild von Allende am Fenster mit dem Gewehr in der Hand, das ihm Fidel geschenkt hatte. Da stand also die Moneda, vor ein paar Jahren für mich noch Monument des Kampfes und der Entschlossenheit zum Sieg der Revolution, heute durchlöchertes Denkmal der Trauer und Niederlage.

Am folgenden Morgen im Zentrum. Ich will mich ganz ziellos durch die Stadt treiben lassen, um langsam einen Eindruck zu gewinnen. Es fällt mir auf, daß sehr viele gut gekleidete Männer in Sommeranzug und Krawatte, viele Frauen in teuer wirkenden Kostümen herumlaufen. Die Männer haben fast alle den "Mercurio" lässig unter den Arm geklemmt. Ich schaue mir die Auslagen der Geschäfte an. Sie sind voll bis unters Dach mit Sachen, die ich zum letzten Mal in Berlin gesehen habe: Feine Seidenkrawatten aus Hongkong, Idee–Kaffee aus Hamburg, das obligatorische Chanel Nr. 5 und (für mich nach 5 Monaten Peru ein kleines Wunder) französische Gauloises.
Ein kleines Straßencafe gibt mir Gelegenheit zum Ausruhen und Überdenken der ersten Eindrücke, die mich doch ziemlich überraschten. Ungefähr 10 Meter von mir entfernt liegt eine etwa 40 jährige Frau auf einer Bank und schläft. Sie sieht ziemlich zerlumpt aus. Gerade denke ich darüber nach, wer überhaupt das Geld haben könnte, um die Geschäfte leerzukaufen, als die Frau aufwacht, sich aufzurichten versucht und dabei von der Bank fällt. Sie ist völlig betrunken. Irgendwie gelingt es ihr wieder auf die Bank zu klettern. Sie brabbelt etwas unverständliches vor sich hin. Auf einmal fängt sie an zu schreien. Ich kann nur einige Worte verstehen. Ich höre so etwas wie "fascistas" und "Pinochet" (Führer der Diktatur) und mir wird es verdammt mulmig. Was kann man denn nur machen, die wird sich noch um Kopf und Kragen reden. "Canalla Pinochet" schreit sie, ich kann es kaum noch aushalten, möchte ihr am liebsten den Mund verstopfen, denn das kann doch nicht gutgehen. Von den Passanten wird sie kaum beachtet. Einige murmeln sich abfällige Bemerkungen in den Bart, aber die meisten gehen einfach an ihr vorbei – vielleicht ein bißchen schneller als normal. Da passiert es: zwei Polizisten kommen auf die Frau zu. Ich habe unheimliche Lust abzuhauen oder einfach die Augen zuzumachen, um nicht mitansehen zu müssen, was jetzt sicherlich geschehen wird. Aber irgendwie starre ich weiter auf die Frau, die inzwischen wieder auf die Seite gerutscht ist. Die Polizisten stehen vor ihr und machen überhaupt keine Anzeichen, als wollten sie sie mitnehmen. Im Gegenteil, einer von ihnen redet leise auf die Frau ein. Die läßt sich jedoch nicht beeindrucken und schreit plötzlich wieder – diesmal sehr verständlich – "fascistas". Der Schweiß bricht mir aus. Aber die Polizisten stehen vor ihr und reden auf die Frau ein. Das geht ungefähr 10 Minuten so weiter. Die Frau beruhigt sich langsam und redet mit den Polizisten. Nach einer Weile steht sie von der Bank auf und torkelt davon. Die Polizisten ziehen in die andere Richtung ab. Ich kann das alles überhaupt nicht fassen, das kann doch kein Trick sein. Die haben sich doch nicht mal Namen und Adresse aufgeschrieben. Das Gleiche in Berlin 1938? Ich mache in meinem Kopf hinter dem Schlagwort "Faschismus in Chile" ein großes Fragezeichen. Die Geschichte hat mich so verwirrt, daß ich Alfredo im Büro anrufe und ihn frage, ob ich mit ihm reden kann. Wir verabreden uns zum Essen.
"Also weißt du, alltäglich ist das bestimmt nicht", antwortet mir Alfredo auf meine aufgeregt vorgebrachte Schilderung. "Aber was ist denn schon passiert? Eine betrunkene Frau hat Pinochet einen "huevon" (sinngemäß: Dummkopf) beschimpft und was von Faschismus geschrien. Vor eins/zwei Jahren wäre die noch als gefährlich eingestuft worden und irgendwo verschwunden. Heute sind die Faschisten schon gelassener geworden. Sieh mal, in dieser Straße laufen viele Touristen herum. Wenn die die verhaftet und abgeführt hätten, wäre das viel mehr aufgefallen als so. Und auf dich hat das doch offensichtlich Eindruck gemacht, oder? " Stimmt, und was für einen.
Alfredo hatte ja recht, aber trotzdem: was bedeutet das? Der Staat der absoluten Repression, Chile, kann es sich heute leisten, die Junta und die Regierung öffentlich als Faschisten beschimpfen zu lassen. Eigentlich fand ich das viel schlimmer und bedenklicher, als wäre sie verhaftet oder verprügelt worden.

Am nächsten Tag lerne ich über Alfredo Genossen kennen, die bis 1973 im Agrarministerium gearbeitet haben und jetzt ein kleines Lebensmittelgeschäft führen. Wir treffen uns in der Nähe des Stadtviertels "Nuevo Amanecer" (Neuer Sonnen-

aufgang). Bis zum Putsch hieß dieses Viertel "Nueva Havanna" und war uns in der BRD wegen seiner kämpferischen Bewohner gut bekannt. In "Nueva Havanna" scheint sich nicht nur der Name verändert zu haben. Ich möchte nicht in das barrio (Stadtviertel) reingehen und Voyeur spielen. Also fahren wir langsam die Straße entlang, die das barrio außen umgrenzt. Maria erzählt: "Die meisten sind seit 73 arbeitslos. Aus dem ehemaligen "Nueva Havanna" zu kommen, reicht aus, um überall, wo es Arbeit gibt, sofort weggejagt zu werden. Wenn es nicht kostenloses Essen von der Kirche gäbe, wären die Bewohner längst verhungert. Aber man muß nicht von "Nueva Havanna" kommen, um keine Arbeit zu kriegen. Die Situation in den Volksvierteln ist generell gleich. Es sind nicht nur einfach "viele", die seit Jahren arbeitslos sind, es sind schlichtweg die meisten. Manchmal kommen sie in die Beschäftigungsprogramme der Regierung. Dort gibt es im Unterschied zum gesetzlich festgelegten Mindestlohn nur den Mindestbeschäftigungslohn und ein paar Essensrationen. Kannst du dir vorstellen, wie man damit eine 5 oder gar 10-köpfige Familie ernähren soll? "

Nein, kann ich nicht. "So werden die Arbeitslosenstatistiken bereinigt. Die Leute sind ja offiziell nicht mehr arbeitslos, auch wenn der Lohn nicht einmal für die Befriedigung der unmittelbarsten Reproduktionsbedürfnisse reicht". ABM auf chilenisch.

"Nuevo Amanecer" hat mich stutzig gemacht. Ich beginne langsam zu merken, daß mit meinem Stadt–Zentrum–Bild etwas nicht stimmt. Maria hilft mir weiter. "Du hast die ganzen gutgekleideten Leute in der Innenstadt gesehen. O.K. das waren keine Gespenster, das ist schon klar. Aber weißt du auch, daß es durchaus üblich ist, sich ein Hemd für (umgerechnet) 40 Mark auf 12 Monatsraten zu kaufen? Das gleiche gilt für Schuhe und alles andere!" Das wußte ich natürlich nicht. Ich beginne langsam zu merken, daß man in der Innenstadt Santiagos eine Kulisse aufgebaut hat, die in ihrer Wirkung auf Touristen, auf Ausländer insgesamt, einfach perfekt ist. Die Zirkulation des Geldes, die Geschäftsmeile, die sauberen Straßen, die prallen Warenauslagen in den Schaufenstern, das alles spielt sich in der Tat nur im Zentrum ab. Wer aber kommt schon auf die Idee, hinter die Kulissen zu schauen, wer merkt überhaupt, daß er es mit einer Kulisse zu tun hat?

Am Abend mache ich eine neue Erfahrung. Ich gehe mit Alfredo und Maria auf dem Paseo Bernardo O'Higgins spazieren. Plötzlich beginnt es wie verrückt zu regnen. Maria winkt ein Taxi heran. Wir steigen ein und Maria nennt dem Fahrer unsere Adresse. "Na", sagt er, "gleich mit zweien? Du machst bei dem Regen aber gute Geschäfte". Ich interpretiere das "Du" und den Spruch des Fahrers als etwas zu direkte Freundlichkeit, finde das Ganze aber eher amüsant. Maria wird dagegen stocksauer. Sie fährt den Chauffeur an, es sei eine Unverschämtheit, sie als Hure zu bezeichnen. Der wiederum ist fest davon überzeugt, eine solche mit ihren beiden ausländischen Freiern zu transportieren und wird seinerseits wütend. Nach einem heftigen Wortwechsel steigt er heftig in die Bremsen und schmeißt uns raus. "Puta de mierda" (Scheißnutte) brüllt er noch zum Fenster raus, gibt Gas und läßt uns im Regen stehen. Das ging alles so schnell, daß ich kaum was davon mitgekriegt habe. Maria weint und wir flüchten uns vor dem Regen in ein Cafe. Nachdem sie sich beruhigt hat, erklärt sie mir: "Im Prinzip hat er ja recht. Der mußte ja glauben, ich sei eine Hure". "Aber entschuldige mal", erwidere ich und werde jetzt meinerseits sauer auf den Fahrer, "der Heini kann doch nicht jede Frau, die mit zwei Männern in ein Taxi steigt, als Hure bezeichnen. Der spinnt wohl".
Maria erklärt mir, daß die O'Higgins und viele andere Straßen, die in die sogenannte 'barrio high', also in die Bourgeoisieviertel , führen, um diese Zeit voll mit Prostituierten sind. Aber nicht mit "Profis", sondern mit normalen Hausfrauen, die aus Verzweiflung heraus, ihre Familie hungern zu sehen, auf den Strich gehen müssen. Ich glaube ihr zwar, daß es hier einige Prostituierte gibt, an ihrer extremen Schilderung ("tausende von Frauen") zweifle ich dennoch.

Am nächsten Abend mache ich einen Test und fahre mit Alfredos Auto auffallend langsam die O'Higgins rauf und runter. Mich trifft wirklich fast der Schlag, als ich mitkriege, daß nahezu alle 20 Meter eine Frau, die ich sonst nie als Prostituierte wahrgenommen hätte, mir einen kurzen unauffälligen Wink mit der Hand gibt. Andere beugen sich runter und schauen in das Auto rein, wieder andere gehen direkt auf mein langsam fahrendes Auto zu. Prostitution als Broterwerb, als letzter Strohhalm – der Blick hinter die Kulissen.

Ein letzter Eindruck: Mir war aufgefallen, daß es im Unterschied zu Lima sehr wenig Bettler in Santiago gibt. Am letzten Tag kommt ein kleiner Junge in Lumpen auf mich zu und hält wortlos die Hand auf. Ich beende den permanenten Streit mit mir selbst, ob man Bettlern etwas geben sollte oder nicht, damit, daß ich meinen Geldbeutel heraushole und dem Jungen etwas geben will. Plötzlich rennt er von mir weg. Ich verstehe das nicht, entdecke aber beim Einstecken des Geldbeutels zwei Polizisten am gegenüberliegenden Schaufenster, die mich angrinsen. Der Junge hatte sie nur gesehen und war sofort geflüchtet. Die Angst vor der Gewalt sitzt tief, ist verinnerlicht. Die reine Anwesenheit der Repressionskräfte genügt offensichtlich.

Als ich nach einer Woche von Santiago zurück nach Lima fliege, ist meine Angst vor dem chilenischen Faschismus (oder wie immer man das nennen will) noch größer als zuvor. Ich hatte ihn zu ruhig, zu sicher, zu überzeugt von sich selbst gesehen. Chile 1979 hat mich sehr an das franquistische Spanien erinnert.

In Peru komme ich gerade an, als die Diskussion über einen neuen Generalstreik geführt wird. Mit ein paar peruanischen Genossen diskutiere ich über meine Eindrücke aus Chile vor dem Hintergrund eines drohenden Rechtsputsches in Peru. Auf meine Bedenken gegen einen erneuten Generalstreik in der damaligen Situation in Peru und angesichts einer politisch wie militärisch der chilenischen unterlegenen peruanischen Linken, antwortet mir ein Genosse: "Wir wollen keinen 'pinochetazo', aber allein seine Androhung kann uns nicht davon abhalten, die Massen offensiv vorwärts zu treiben, damit sie die revolutionäre Gewalt ausüben können. Und wenn es tatsächlich zu einem faschistischen Putsch a la Chile kommen sollte . . . auch aus solchen Niederlagen können die Massen lernen".

20 000 Tote in Peru? Wer soll dann noch lernen? Hat man in Chile gelernt? Kann man in Chile lernen, nach 5 Jahren Hunger, absoluter Armut und allesumfassender Repression? Ich bin sicher, daß man es kann und daß man es tut. Aber es sollte mich nicht wundern, wenn es, ähnlich wie in Spanien 30 oder 40 Jahre dauert, bis man mit dem "Erlernten" etwas anfangen kann.

Und der Widerstand?

Trotz alledem ist die beklemmende Friedhofsruhe in Chile nur eine Seite, allerdings die augenscheinlichste, der gegenwärtigen Lage. Wer sich am 1. Mai dieses Jahres in den Strassen Santiagos befand, konnte einen anderen Eindruck von der Situation gewinnen.

Weitaus weniger zugänglich sind dem Reisenden jedoch noch andere Formen des Widerstands, die in Chile zunehmend an Bedeutung gewinnen. Immer häufiger erfährt man von kulturellen Veranstaltungen, die in ihrem Verlauf an politischer Eindeutigkeit nicht zu wünschen übrig lassen. In diesen Bereich gehört auch die Arbeit von zahlreichen Theatergruppen, von denen eine kennenzulernen ich die Gelegenheit hatte.

Jene Theatergruppe besteht nunmehr schon über zwei Jahre und die Fluktuation ist erstaunlich niedrig. Fast alle Mitglieder sind ehemalige politische Gefangene und heute, wie so viele, arbeitslos. Ihren kargen Lebensunterhalt verdienen sich die meisten durch Arbeit in den "Werkstätten", von denen in den LN schon öfter berichtet wurde. Durch die zeitlich "freie" Arbeit in den Werkstätten, ist es den meisten Mitgliedern der Gruppe auch möglich, sich im Laufe des Tages zu Proben zusammenzufinden, z.B., weil der Bustarif da etwas niedriger ist.

Die Grundkonzeption der Stücke, von der Gesamtheit der Theatergruppe ausgearbeitet und geschrieben, ist im wesentlichen immer ähnlich. Zwei Parteien treffen aufeinander: die eine politisch sehr bewußt und reif, die andere das genaue Gegenteil davon. Beide Spielgruppen treten nun in Interaktion zueinander und begeben sich in einen Lernprozeß. Auf diese Weise lernt der politisch nur sehr wenig entwickelte Darsteller von seinem Gegenspieler und steht damit für den Zuschauer am Ende eines Stückes als praktisches Beispiel für erfolgreiche politische Bildung.

Wie sieht nun ein solches Theaterstück aus? Eines der Stücke heißt "der Straßenverkäufer". Der Straßenverkäufer ist ein Mann, der seinen Job mit dem geringen Einkommen reichlich satt hat, und für einen anderen, besser bezahlten Job eine ganze Menge tun würde. So trifft er den Arbeitsvermittler namens Diabolo (Teufel) Perez Cotapo (Diabolo als Anspielung und Kritik an der Kirche, Perez Cotabo bekannter Name einer chil. Familie der Großbourgeoisie). Dieser bietet dem Straßenverkäufer an, ihn einzustellen, einzige Bedingung sei die Unterzeichnung eines Arbeitsvertrages. Dafür soll er eine Million Pesos erhalten und dann bis an sein Lebensende für das Unternehmen arbeiten. Ohne zu überlegen unterzeichnet der Verkäufer den Vertrag, der u.a. die Klauseln enthält 'Du darfst nicht Mitglied einer politischen Partei sein', 'Du darfst nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein', 'Du darfst nicht streiken', usw.

Dafür erhält er ein dickes Bündel Banknoten.

In den folgenden Szenen trifft der Straßenverkäufer auf einen armen, unterernährten Jungen, der ihm, dem vermeintlich so reichen Verkäufer, ein Stück seines trockenen Brotes anbietet. Bestürzt über die Fehleinschätzung des Jungen, versichert er ihm, dies nicht nötig zu haben. Zum Beweis seines Reichtums bietet er dem Jungen als Geschenk den Kauf einer großen Tüte Süßigkeiten an. Dieser nimmt das Angebot an, erbittet jedoch statt der Süßigkeiten ein Kilo Fleisch, da seine arbeitslose Familie zu Hause hungere. Eine solch uneigennützige Haltung irritiert den Verkäufer zutiefst, trotzdem willigt er ein, und gemeinsam betreten sie eine Metzgerei. Erst beim Bezahlen merkt er, wie sehr er von dem Agenten der Fam. Perez Cotapo getäuscht worden ist. Nur der erste Schein des Geldbündels ist echt, die darunter liegenden Scheine sind aus Schreibpapier. Nun wieder auf dem Boden der Realität läßt er sich bereitwillig von dem Jungen zum gemeinsamen Verzehr des Fleisches einladen.

Im Haus der Familie, eines ehemaligen Gewerkschaftlers, der nun, als Arbeitsloser mit Schuhreparaturen etwas Geld verdient, seine Frau mit Wäsche waschen, erzählt der Verkäufer von seinem Geschick und wird entsprechend seiner Fehler von der Familie solidarisch kritisiert. Dabei gewinnt er Einsicht in sein Fehlverhalten.

Im abschließenden Teil tritt erneut Diabolo Perez Cotapo auf: In dem Arbeitsvertrag fehlt noch die Angabe der Personalausweisnummer, ohne die der Vertrag ungültig ist. Doch der Straßenverkäufer verweigert die Nummer, worauf der Agent zur Unterstützung seiner Forderung die Pistole zieht. Gemeinsam mit der Familie entwaffnet der Verkäufer jedoch seinen Unterdrücker und in solidarischer Aktion schicken sie den Agenten im wahrsten Sinne des Wortes zum Teufel.

Im Verlauf eines solchen Stückes gewinnen die Zuschauer Einsicht in ihre eigene Lage und verlieren durch die Vitalität des Vortrages die Angst vor der Diskussion. Je nach Interesse des Publikums bleibt einer der Truppe auch noch eine Weile in der Gegend, wo das Stück gezeigt wird, um das vorhandene Interesse zum Gespräch zusätzlich zu vertiefen. Auf diese Weise ergeben sich häufig feste Diskussionsrunden, die auch lange nach einer solchen Aufführung regelmäßig zum Gespräch zusammenkommen.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin–West E. Kohut Nr. 380 087-108, Kennwort: Hilfe für Chile

Kontakt: Lateinamerikanachrichten c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel. 030/3135065

UNTERSTÜTZT DEN BEFREIUNGSKAMPF IN NICARAGUA!

WUPPERTAL 12. Juni Die europäischen Nicaragua-Solidaritätskomitees haben einen dringenden Aufruf um politische und materielle Unterstützung verbreitet, dem sich der ID anschließen und auch seinen geschätzten Lesern ans Herz legen möchte.

Am Freitag, den 22. Juni sollen in München, Hamburg, Berlin und Frankfurt Fackelzugdemonstrationen stattfinden, um von der Bundesregierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Einstellung aller politischen und wirtschaftlichen Unterstützung die Diktatur zu fördern. Auch finanzielle über Costa Rica an die Sandinistas (FSLN) gelangen.

Alle Informationen über die jetzige Situation in Nicaragua lassen nur den Schluß zu, daß in kürzester Zeit über Sturz oder Fortbestand der Diktatur entschieden werden wird.

Die lange angekündigte und immer wieder verschobene Großoffensive gegen die Somoza-Diktatur ist jetzt in vollem Gange. Die Meldungen der Tagespresse über den Verlauf der Kämpfe, die in allen Einzelheiten zur Zeit nur schwer überschaubar sind, zeigen, daß die anfänglichen militärischen Kommandoaktionen der FSLN breiteste Unterstützung gefunden und den allgemeinen Generalstreik ausgelöst haben.

In fast allen Städten und auf dem Land wird gekämpft. Die Nationalgarde, deren Posten und Einheiten an vielen Stellen eingeschlossen und belagert sind, versucht mithilfe ihrer überlegenen Bewaffnung Terror unter der Bevölkerung zu verbreiten, um die offensichtlich sehr große Bereitschaft zum allgemeinen Volksaufstand zu dämpfen.

In den USA scheint man zwar im Moment bereit, Somoza fallenzulassen, aber einen Sieg der FSLN will man auch nicht hinnehmen. Jedenfalls werden die Somoza-Truppen bis jetzt noch mit US-Waffen unterstützt. Zusätzlich werden US-Flottenkonzentrationen gemeldet und auch eine militärische Hilfsintervention von Somozas Bruderdiktatoren aus Honduras, Guatemala, El Salvador ist sehr gut denkbar, nachdem sich aus diesen Ländern bereits jetzt Offiziere und vielleicht sogar auch schon Einheiten in Nicaragua aufhalten. Der FSLN ist jedenfalls ein guatemaltekischer Coronel in die Hände gefallen!

Spenden und weitere Informationen über Solidaritätsaktionen:
Informationsbüro Nicaragua e.V., Ravensberger Str. 149, 5600 Wuppertal 1 (Stadtsparkasse Wuppertal, Konto-Nr. 976 738)
Solidaritätskomitee Nicaragua, Mollardgasse 29/18, A 1050 Wien (Österreichische Postsparkasse 1 012 200)
Nicaragua-Solidaritätskomitee, Postfach 67, CH 8060 Zürich (Postscheckkonto 80-60518)

Postvertriebsstück | ID Nr. 286 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

1

4400 E 305

UTE LAMPING

HORNERSTR.17

D-2800 BREMEN 1

Achtung 'iebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt da
daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwies
werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALTSVERZEICHNIS

KURZMELDUNGEN

Seite 1: *Der ID-Bilderdienst lebt !/Begegnungsstätte in Ulmbach (Vogelsberg)/Schwalmstädter Hungerstreik abgebrochen/Prozeß gegen Strompreisboykottler in Stuttgart/Dritte–Welt-Plakat der Aktion Dritte Welt/Veranstaltung zum Umweltchemikaliengesetz in Freiburg/ Alternative „Tagträume" in Nürnberg/„Umwelt-Tage" (eine Woche lang) in und an der Universität Hohenstein*

FRAU & TRAMPEN/SCHWULE/ PÄDOPHILE

Berlin	Weibliche Tramper–Erfahrungen	2
Köln	Polizei bespitzelt Schwule	2
Krefeld	Pädophile gründen Studiengemeinschaft	2
Hamburg	Ausstellung von Päderasten-Gruppe mit Werken von Olaf Stüben	3

Umwelt & Umweltbewegung

Luxemburg	Pfingst-Demo gegen AKW Cattenom	4
Trebel	Arbeitstreffen von Wissenschaftlern	4
Hildesheim	Unterstützung für Karl und Eso	6
Wilhelmshaven	Jaderaum bedroht	6
Chicago	Aktion gegen Brennelement-Laster	7
Erlangen	Treffen von US-Militärgeschädigten	7
Königstein	Neues von den B 8–Besetzern	8
Frankfurt	Unterhosen gegen Zahlungsbescheide	8
Isny/Allgäu	Bürgerentscheid vs. Freizeitzentrum	9

Inland

Steven in Gorleben überfahren		10
Nürnberg	Indianerkommune im Hungerstreik	11
Straubing	Rainer Koch bei **Rolf Heissler**	11
Konstanz	Welche Art von Lehrern wünscht die Obrigkeit ?	12
Rödermark	Einbruch hat gar nicht sattgefunden	12
Berlin	„Maulwurf" hört auf zu werfen	13
Frankfurt	Netzwerk Rhein-Main wird gegründet	14
Trier	Stadtzeitung feiert erstes (Fast-)Jahr	14
Röttingen	Open-Air-Konzert des Jugendzentrums	14
Bremen	Kontakte in Krisen (KiK) fängt an	14
Tanzania	Material über Sonnenöfen gesucht	14
Bochum	Gewerkschaftsausschluß vor Gericht	18
Rüsselsheim	Arbeitsgerichtsprozeß gegen Cassella	18

ROCK (?) GEGEN (?) RECHTS (?)

Frankfurt	Rock - Geschichte	15
Frankfurt	Rock-Sternmarsch findet statt	17
Sachsenhausen	Keine Nazi-Demo in Frankfurt !	17
Frankfurt	Verfassungsssschutzbericht:rechtsextrem ?	17

PROZESSE/KNAST/KNASTALLTAG

Heidelberg	Urteil gegen den Anwalt Härdle	19
Köln	Zustände im Ossendorfer Knast	20
Karlsruhe	Sabine Schmitz weiter in U-Haft	23
Brüssel	Rot-Kreuz-Büro besetzt	24
Aachen	Werner Schlegel...	24
Düsseldorf	Johannes Roos zu 8 Jahren verknackt	25
Köln	Haftsituation von Heinz Schümann	26
Frankfurt	Hungerstreik der Gefangenen	27

ÜBERSEE

Chile	Ein Reisebericht - sechs Jahre danach	28
Nicaragua	Unterstützt den Befreiungskampf	30

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Wolfgang Stoll

Abonnement:

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 · für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72. für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**